

Die Politische Meinung

NACHHALTIG

Jenseits von Verboten

ZUM SCHWERPUNKT Magdalena Göbl, Aufgeladener Diskurs. Warum Moral allein keine Lösung ist; Ralf Fücks, Verbieten kann jeder; Jürgen Struck, Landwirtschaft und Nachhaltigkeit; Christoph M. Schmidt, Technologie im Kontext eines „neuen Klimaregimes“; Anna Luisa Lippold, Bewegung statt Stillstand. Orientierungen zu einer nachhaltigen Mobilität

INTERVIEW Ursula von der Leyen über den European Green Deal als Zukunftsvision

MENSCH UND WIRTSCHAFT Hans Rusinek, Arbeit for Future?

KOMMENTIERT Jürgen Rüttgers, Eine neue Erinnerungskultur. 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland



Basque Coast #3, UNESCO Geopark, Zumaia, Spain, 2015

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Nimmt die Menschheit ihre erdgeschichtliche Verantwortung ausreichend wahr? Derart umfassend verändert sie den Planeten, dass Wissenschaftler vorschlagen, ein geologisches Zeitalter nach ihr zu benennen: das Anthropozän. Selbstredend wird damit alles andere als eine positive Gestaltungskraft beschrieben; vielmehr verweist der Begriff auf die destruktiven Folgen für die irdische Natur. Demnach erwachsen die multiplen planetarischen Bedrohungen – Erderwärmung, Artensterben, Überdüngung, Müllberge et cetera – aus der paradoxen Verbindung von der enormen Wirkmacht menschlichen Handelns einerseits und einem möglicherweise bis zur Selbstausslöschung eskalierenden Kontrollverlust andererseits.

Eine chaotische Menschheit steht vor der Aufgabe, ein nicht minder komplexes Erdsystem vor dem Absturz zu bewahren. Allein diese enorme Problemstellung lässt ahnen, wie leicht die Bewältigungsstrategien wieder in Selbstüberschätzungen münden können. Von Erdregierung und Erdverwaltung oder Social- und Geo-Engineering ist die Rede. Aber wie erfolgsträchtig kann eine solche Vormundschaft über die Erde und ihre Bewohner überhaupt sein?

Zu Recht atmet die Welt auf, seit die USA zu den Pariser Klimaschutzziele zurückgekehrt sind. Doch so wichtig die Neuformierung internationaler Zusammenarbeit in Nachhaltigkeitsfragen ist: Ihre Konzepte bleiben abstrakt, sollten sie nur „top-down“ verhandelt werden. Schon heute stapeln sich die Klima-, Umwelt- und Naturschutzverordnungen in den Amtsstuben, Planungsbüros und Betrieben vor Ort. Wer mag darauf vertrauen, dass sich politische Risikosteuerung nicht an den eigenen Widersprüchen verzettelt? Das Mikromanagement in der akuten Seuchenbekämpfung hat die Grenzen aufgezeigt.

Ver- und Gebote mit engmaschigen Kontrollen allein fördern die Attraktivität des Nachhaltigkeitsgedankens in der Breite nicht. Eine dekretierende Lebensstil- und Postwachstumspolitik ruft sogar Abwehr hervor, und das nicht nur in den armen Ländern. Jenseits von Verboten sind Ideen gefragt, die sich in der gelebten Praxis bewähren oder, noch besser, aus ihr erwachsen. Manchen erscheint der Gedanke der Subsidiarität heute steinzeitlich; er hätte eine Übertragung ins Anthropozän verdient.

Es geht darum, in einer nicht grundlos angstbeladenen, aber teils ideologisch zugespitzten Debatte Impulse für einen breiten Dialog und Einbindung zu geben. Die erforderlichen Veränderungen in der „Zeit des Menschen“ entstehen aus der positiven Umkehrung seines kumulativ wirkenden, aber stets auch unkoordinierten Potenzials. Wie lassen sich individuelle Ziele und globale Notwendigkeiten in Einklang bringen?

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Nachhaltig – jenseits von Verboten

16 AUFGELADENER DISKURS

Magdalena Göbl

Warum Moral allein keine Lösung ist und Nachhaltigkeit zur Leerformel zu werden droht

21 VERBIETEN KANN JEDER

Ralf Fücks

Die Klimakrise wird zur Bewährungsprobe für die offene Gesellschaft

26 ACKER ODER BRACHE

Jürgen Struck

Landwirtschaft und Nachhaltigkeit

31 GLOBAL, ABER NICHT ZENTRAL

Christoph M. Schmidt

Technologie im Kontext eines „neuen Klimaregimes“

36 INTERVIEW: „EUROPAS MANN-AUF- DEM-MOND-MOMENT“

Ursula von der Leyen über den European Green Deal als Zukunftsvision

45 SPOTLIGHTS NACHHALTIGKEIT GLOBAL

Berichte aus Polen, der Arktis und Indien

54 KNICKT KAPITAL NATUR?

Antonia Mannweiler

Wie die Finanzwirtschaft mehr für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sorgen kann

60 „SPINNING JENNY“ ZUM QUADRAT

Bernd Weber

Innovation als Schlüssel für Klimaneutralität und Wachstum

65 NETZWERKE FÜRS KLIMA

Hans-Peter Meister

Klimaschutz in den Kommunen

70 COME TO BUSINESS!

Julia Wildner

Fridays for Future und die Wirtschaft sollten mehr miteinander sprechen

81 ZÜNDENDE IDEEN

Christoph Ploß

Politische Impulse für den Wandel des Energiesystems

86 BEWEGUNG STATT STILLSTAND

Anna Luisa Lippold

Orientierungen zu einer nachhaltigen Mobilität

91 ANSPORN ZUM UMBAU

Andreas Barner,
Volker Meyer-Guckel

Impulse zur Transformation der Industrie

97 EXISTENZIELL WICHTIG

Marlehn Thieme

Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz

Mensch und Wirtschaft

76 EN VOGUE ODER LEERE HÜLLE?

Maximilian Kutzner

Die neue Serie zu Fragen der Sozialen Marktwirtschaft

77 ARBEIT FOR FUTURE?

Hans Rusinek

Von montags bis freitags die Welt retten

Impulse

41 TRANSATLANTISCHE KLIMAKOOPERATION

Josef Braml

Chancen für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika

106 DISTANZIERUNG PLUS ANNÄHERUNG

Murat Kayman

Extremistische Gewalt als „islamisches Problem“, und was hat das mit Überlegenheitsvorstellungen zu tun?

Kommentiert

102 BOTSCHAFT DER TOLERANZ

Matthias Kopp

Der Besuch von Papst Franziskus im Irak

111 EINE NEUE ERINNERUNGSKULTUR

Jürgen Rüttgers

1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Würdigung

117 NATÜRLICHE AUTORITÄT

Heinrich Oberreuter

Hans Maier zum 90. Geburtstag

Gelesen

121 MACHT UND MÄSSIGUNG

Hans-Christof Kraus

Die Orientierung der britischen Konservativen zur politischen Mitte

126 AUS DER STIFTUNG

128 FUNDSTÜCK



Cover: Avatar Grove #3, Vancouver Island, British Columbia, Canada, 2017

Fürchterlich feierliches Terraforming

Bilder von der Erdzeitepoche des Menschen

Die Aufnahmen des kanadischen Fotografen Edward Burtynsky aus der Serie „Anthropocene“ sind schockierend und majestätisch zugleich. Sie zeigen die erd- und naturverändernde Kraft eines expansiven menschlichen Handelns, die der Gewalt von Vulkanen und Erdbeben gleichzukommen scheint.

Mit Rücksicht auf unsere ebenso mächtige wie erdgeschichtlich nichtige Spezies lassen sich die Bilder als Memento-mori-Darstellungen verstehen. Die Drohnenperspektive ist jedenfalls bereits entrückt: Weltsicht als Aufsicht. Wie ausgebürgert erscheint der Mensch in der von ihm malträtierten Natur. Auf diesen Bildern des Anthropozäns kommt der Anthropos selbst nahezu nicht mehr vor.

Die verstörende Schönheit dieser Bilder ruft zum Umdenken auf. Es geht um die Bewahrung der natürlichen Ressourcen, aber auch um Wiedereinbürgerung des Menschen in sein Zeitalter.

© Edward Burtynsky,
courtesy of Galerie Springer, Berlin / Nicholas Metivier Gallery, Toronto

Nachhaltig

—

Jenseits von Verboten



Basque Coast #1, UNESCO Geopark, Zumaia, Spain, 2015



Uralkali Potash Mine #4, Berezniki, Russia, 2017



Saw Mills #1, Lagos, Nigeria, 2016



Sidarth Nagar, Worli, Mumbai, India, 2016 (Detail)



Carrara Marble Quarries, Cava di Canalgrande #2, Carrara, Italy, 2016 (Detail)



Greenhouses #2, El Ejido, Southern Spain, 2010



Clearcut #4, Vancouver Island, British Columbia, Canada, 2016



Highway #8, Santa Ana Freeway, Los Angeles, California, USA, 2017



PS10 Solar Power Plant, Seville, Spain, 2013

Aufgeladener Diskurs

Warum Moral allein keine Lösung ist und Nachhaltigkeit
zur Leerformel zu werden droht

MAGDALENA GÖBL

Umweltsoziologin, Wissenschaft-
liche Mitarbeiterin, Lehrstuhl für
Allgemeine Soziologie und
Gesellschaftstheorie, Ludwig-
Maximilians-Universität München.

Die öffentliche Diskussion über ökologische Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens hat in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Die Gesellschaft fühlt sich von Effekten betroffen, die sie selbst in ihrer Umwelt ausgelöst hat. Gemeint sind damit

der Rückgang der biologischen Vielfalt, klimatische Veränderungen, die Evolution resistenter Krankheitserreger, Nebenfolgen der Implementierung von Hochtechnologien, die globale Umweltverschmutzung und so weiter. Angesichts mannigfaltiger ökologischer Problemlagen setzt sich die Gesellschaft selbst heftiger Kritik aus und überfordert sich nicht minder mit Interventionsansprüchen.

Ein Begriff, der in den letzten Jahren den ökologischen Diskurs massiv beeinflusst, wenn nicht sogar dominiert hat, ist der der „Nachhaltigkeit“. Einfach ist der Begriff, weil er eine nachhaltige alltagsweltliche Wirkung erzielt hat und an ihn affektiv und kognitiv angeschlossen werden kann. Es wird „nachhaltig“ gebaut, gekauft, gegessen, geforscht und vieles mehr. Komplex ist er, weil er als regulative und normative Idee in alle Lebensbereiche der Gesellschaft vorgedrungen ist und Transformationsprozesse einleiten möchte. Man kann also sagen: Nachhaltigkeitsorientierung lenkt den Fokus auf umweltpolitische Programme, und der Begriff Nachhaltigkeit, als gesellschaftlich induzierte Problemstellung, impliziert konkrete Problemlösungsstrategien unter Komplexitätsbedingungen.

Waren es in einfach strukturierten Gesellschaften Riten, Mythen, Tabuisierungen, die komplexe ökologische Selbstregulierungen in Gang setzten, wird in einer funktional differenzierten Gesellschaft selektiv darüber entschieden, ob, wie und inwieweit „Natur“ Eingang in die Gesellschaft findet. Was als ökologisches Phänomen Resonanz erlangt, ist nicht von objektiven Tatsachen abhängig, sondern davon, wie die Gesellschaft Problemlagen identifiziert beziehungsweise wie und ob sie ökologische Probleme innergesellschaftlich überhaupt bearbeiten kann.

BESCHRÄNKTE RESONANZFÄHIGKEIT

Der nur vermittelte Zugang zur „Ökologie“ lässt gesamtgesellschaftliche Lösungen unwahrscheinlich werden, denn die Problemdefinition und erst recht Problemlösungen werden je durch die Perspektive unterschiedlicher Funktionssysteme für Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Erziehung, Religion et cetera – basierend auf der je eigenen Systemlogik – gebrochen. Die Konstruktion einer „natürlichen“ Umwelt ist ein vielstimmiges künstliches Produkt. Diese Vielstimmigkeit macht es aus strukturellen Gründen unmöglich, dass die Gesellschaft als Ganzes darauf reagieren kann. Die Resonanzfähigkeit bleibt auf operative und funktionsspezifische Lösungsstrategien beschränkt. Selektiv wird darüber entschieden, was als Problem erkannt, als riskant, gefährlich oder als nicht nachhaltig zu gelten hat. So mag es für das Wirtschaftssystem sinnvoll erscheinen, nachhaltig zu produzieren, da so Anschlüsse über Preise generiert werden können, oder die Politik entscheidet darüber, ob und inwieweit in „nachhaltige“ Projekte investiert werden kann.

Die Ambivalenz zeigt sich in den paradoxen Effekten, die Problemlösungsstrategien unter polykontexturalen Bedingungen zeitigen. So produzieren Entscheidungen, die sich auf rationales Wissen stützen, Gefährdungen, die nicht mit der ursprünglichen Intention und Systemlogik gelöst werden können. Veränderungen in einem System können gleichzeitig Transformationsprozesse in anderen Systemen auslösen. Wie und ob ein System auf

Störungen reagiert, entscheidet ausschließlich das irritierte System selbst. Wenn zum Beispiel das Recht zur Verschärfung von Umweltauflagen verpflichtet, kann das wirtschaftliche Konsequenzen haben, die nicht zu dem im Verhältnis stehen, was das Rechtssystem ursprünglich zu ändern beabsichtigte. Ebenso vermögen Nanotechnologien Wechselwirkungen auszulösen, die sich zum Zeitpunkt der Implementierung und Anwendung einer Wahrnehmung entziehen. Indem Bestimmtes betont wird, jedoch das meiste unbestimmt bleibt, wirken Entscheidungen auf Strukturen und invisibilisieren gleichzeitig Adaptionmöglichkeiten. Redundanzverzicht, der in der Nichtsubstituierbarkeit der Funktionssysteme liegt und gerade deshalb mit einer enormen Leistungssteigerung einhergeht, führt gleichzeitig dazu, dass notwendiges Wissen im Bedarfsfall möglicherweise nicht zur Verfügung steht. So wirken Restriktionen immer auch auf die Wissensproduktion ein. Es ist eine offene Frage, inwieweit Steuerungsmechanismen die Form von Kreativität produzieren und/oder einschränken, die benötigt würde. Insbesondere im Zusammenhang mit neuen Technologien herrschen kontemporäre Fiktionen vor, was die Entstehung und die Verbreitung von Innovationen anbelangt. So fürchtet man sich gegenwärtig mehr vor der Nahrungsmittelchemie als vor der eigenen ungesunden Ernährung.

NORMATIVE POSTULATE UND KONSUMVERHALTEN

Aufgrund des strukturellen Selbstbeschreibungsdefizits der Gesellschaft, sich tatsächlich als Einheit beschreiben zu können, wird der ökologische Diskurs mit Moral aufgeladen. Das Steuerungsdefizit wird durch die Hoffnung auf eine „bessere“ Anpasstheit an „die natürliche Umwelt“ verdeckt sowie durch klare moralische Markierungen, was als „gut“ und was als „schlecht“ zu gelten hat. „Saubere“ Technologien sind besser als „schmutzige“, „Kleinräumigkeit“ ist besser als „groß“, „grüne“ Produkte sind besser als „konventionelle“. Diese normativen Postulate der Nachhaltigkeit werden vorzugsweise an einem nachhaltigen Konsumverhalten festgemacht, das den latenten Glauben eines steigenden „ökologischen Bewusstseins“ jedes Einzelnen mitführt. Individuelles Verhalten und individuelle Entscheidungen eignen sich am besten für die Adressierung moralischer Ansprüche. Empirisch zeigt sich, dass das individuelle Konsumverhalten stark variiert; man kauft Bioprodukte und gleichzeitig Gemüse, das Tausende Kilometer transportiert wurde. Die Lösung des Problems wird im Maßhalten und in der Reduzierung des Verbrauchs gesehen. So wird dem Konsumenten – zwangsläufig – eine besondere moralische Verantwortung zugeschrieben.

Individuen zeichnen sich gemeinhein durch ein äußerst ambivalentes Konsumverhalten aus. Effizienzgewinne werden oftmals durch Veränderungen

der Kaufgewohnheiten kompensiert. So führt ein geringer Stromverbrauch als *Reboundeffekt*, also als Bumerangeffekt, sehr häufig zu Veränderungen des Konsumverhaltens, die sich in der Steigerung des Konsums widerspiegeln, zu sehen beispielsweise in einem sparsamen Treibstoffverbrauch, der durch vermehrtes Fahrverhalten kompensiert und konterkariert wird. Die Forderung nach einem nachhaltigen Leben kann somit nur als Appell verstanden werden, etwas zu tun, was man im Idealfall von sich aus tun würde. So stößt individuelles Handeln in einer modernen Gesellschaft angesichts komplexer Wirkungszusammenhänge zwangsläufig an Grenzen. Subjektive Lösungsmöglichkeiten können sehr begrenzt sein und ebenso kontraproduktiv als Handlungsfolgen wirken.

NACHHALTIGKEIT ALS TREND

Der Rekurs auf Nachhaltigkeit als Trend der Gegenwart zeigt sich auch in Marketing- oder *Greenwashing*-Strategien, die darauf abzielen, eine nachhaltige Produktionsweise zu suggerieren, ohne dass es hierfür hinreichende Grundlagen gibt. Wir haben es in der Ökologieforschung mit einem sehr weit getriebenen wissenschaftlichen Auflöse- und Rekombinationsvermögen zu tun. Physik, Chemie, Biologie und so weiter formulieren die Welt mit Techniken, Werkzeugen und Instrumenten und eröffnen schier unbegrenzte Variationsmöglichkeiten. Das zeigt sich zurzeit deutlich in der Lebensmittelindustrie mit ihren „hybriden“ Formen der Produktion wie Gewebezüchtungen, gentechnisch veränderten Lebensmitteln et cetera – einer Vernetzung von Ökologie, technischen Fortschritten, politischen Entscheidungen sowie Implementierungen, die in verschiedenen Funktionssystemen Irritationen auszulösen vermögen und gleichzeitig die natürliche Umwelt auf eine unprognostizierbare Weise transformieren. Dies auf die Verantwortung des Einzelnen übertragen zu wollen, wäre nicht nur grob fahrlässig, sondern verhinderte ebenso systemisches Lernen. Denn es handelt sich um systemische Effekte, die sich der Wahrnehmung des Einzelnen vollkommen entziehen und intendierte Handlungsfolgen individuellen Umwelthandelns transformieren – oder sogar ins Gegenteil verkehren können.

Das Erziehungssystem nimmt im Nachhaltigkeitsdiskurs einen besonderen und wichtigen Stellenwert ein. Wir handeln in einer vorstrukturierten Welt, in der es Handlungsmuster, Normen, Routinen, Typisierungen und Erwartbarkeiten gibt. Gerade bei Kindern kann zurzeit beobachtet werden, wie diese Regelmäßigkeiten im Hinblick auf ökologische Problemlagen infrage gestellt werden. Dennoch und trotz aller Irritation sind es in einer hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaft meist die sozial erwartbaren Möglichkeiten, die das Handeln anleiten. Verhaltensdispositionen erweisen sich als stabiler, als man es sich eingestehen möchte. Hier gälte es anzusetzen. Täglich liest

man die Verwunderung darüber, dass sich das nachhaltige Umweltbewusstsein, das, was ein Mensch in seiner psychischen Verfasstheit als ökologisch schützenswert erachtet, sich nicht im praktischen Umweltverhalten niederschlägt. Das meiste, was geschieht, geschieht relativ reflexionsfrei. Hier sind innovative, neugierige, lernbereite und kluge Reflexionen notwendig.

Über Nachhaltigkeit zu sprechen, kann nur und ausschließlich unter Einbezug von Praktiken, Technologien und Konventionen erfolgen und sollte sich von der bloß normativen Orientierung eines nachhaltigen Konsums durch aufgeklärte Konsumenten lösen, was nur heißt: diese in ihren praktischen Routinen ernst zu nehmen. Nur so lässt sich die Idee der Nachhaltigkeit auch in den Strukturen einer modernen Gesellschaft etablieren. Einfache Lösungsstrategien in einer komplexen Gesellschaft verhindern Anpassungsleistungen. Benötigt wird ein modernes Monitoring, das Komplexität in den Blick bekommt, um Beharrungstendenzen gesellschaftlicher Verhältnisse in den Blick zu nehmen und damit Innovationsideen überhaupt zu ermöglichen. Stagnation und Verzicht wirken genauso destruktiv wie maßloses Wachstum. Utopien, die Gesellschaft steuern zu können, sind genauso ineffizient wie Konzepte, die lediglich auf Partizipation und Verantwortungszuschreibung des Einzelnen abzielen.

DENKMUSTER UND BLOCKADEN

Es geht heute mehr denn je um ökologische, wissenschaftliche und politische Kreativität. Denkmuster, und sei es in bester ökologischer Absicht, blockieren das Nachdenken und invisibilisieren Möglichkeiten. Nicht Einschränkungen, sondern Ermöglichungsstrategien schärfen den Blick für intelligente Lösungen (*Smart-Grids*, intelligente Stromnetze, Unverpackt-Läden et cetera) für ökologische Herausforderungen. Das heißt, dass Produktionsprozesse vollkommen neu gedacht werden sollten, um den Blick zu öffnen für Möglichkeitsformen und sich stetig aktualisierende Anpassungsstrategien – was bedeutet, das Erreichte ständig zu hinterfragen, eben einem modernen Monitoring zu unterziehen, etwa bedarfsgerechte Planung der Nahrungsmittelherstellung. So verändern moderne Kommunikationstechnologien aktuell grundlegend alle Lebensbereiche, und diese Veränderungen sollten Möglichkeiten eröffnen und nicht durch tradierte Lösungsstrategien ausgehöhlt werden.

SCHWERPUNKT

Verbieten kann jeder

Die Klimakrise wird zur Bewährungsprobe für die offene Gesellschaft

RALF FÜCKS

Geboren 1951 in Edenkoben, 1991 bis 1995 Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Bremen (Bündnis 90/Die Grünen), 1997 bis 2017 Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, 2017 Gründer und Leiter des Zentrums Liberale Moderne, Berlin. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen „Intelligent wachsen. Die grüne Revolution“ (2013) und „Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen“ (2017). Im September 2019 gab er für das Zentrum Liberale Moderne gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung den Sammelband „Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern“ heraus.

Die Corona-Pandemie hat den Klimawandel vorübergehend aus den Schlagzeilen verdrängt. Er wird sich zurückmelden. Nicht nur weil sich die Anzeichen verdichten, dass die Erderwärmung noch rascher abläuft, als es die Klimawissenschaftler in ihren Rechenmodellen simuliert haben. Auch aus den Köpfen ist das Thema nicht mehr zu verdrängen. Das gilt insbesondere für die jüngere Generation. Wenn sich die Kluft zwischen dem Tempo des Klimawandels und der Trägheit von Politik und Wirtschaft vertieft, kann daraus eine ernste Legitimationskrise von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie entstehen.

Kapitalismuskritik hat Konjunktur, vom Papst bis in die Hörsäle und Feuilletons. Die Rufe nach drastischen Eingriffen in Produktion und Konsum werden lauter. Wenn

der Ausnahmezustand zur Eindämmung von COVID-19 verhängt wurde, weshalb nicht erst recht angesichts des Klimawandels? Hat die Coronakrise nicht gezeigt, dass die Mehrheit bereit ist, staatlich verordnete Einschränkungen bis in die private Lebensführung zu akzeptieren, um Schlimmeres zu verhüten?

Wer aus den Erfahrungen der Pandemie ableiten will, dass die Stilllegung des Flugverkehrs, die Drosselung des Handels und das Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens auf einen „Survival-Modus“ als Blaupause für die Klimapolitik dienen könnte, ist gleich mehrfach schiefgewickelt. Eine Virus-Epidemie ist monokausal. Dagegen speist sich die Erderwärmung aus einer Vielfalt unterschiedlicher Quellen. COVID-19 ist ein Einbruch von außen in unseren Alltag, während der Klimawandel aus der Art und Weise hervorgeht, wie wir bislang Energie erzeugen, Mobilität ermöglichen, Güter produzieren und Städte bauen. Ihn aufzuhalten, ist ein ungleich komplexeres Unterfangen: Es erfordert nichts weniger als eine Runderneuerung der modernen Industriegesellschaft.

Auch der Zeithorizont der Coronakrise ist ein völlig anderer: Trotz der inzwischen über ein Jahr anhaltenden Anstrengungen zur Eindämmung von COVID-19 verhält sie sich zur Stabilisierung des Erdklimas wie ein Sprint zu einem Marathonlauf. Die meisten Menschen sind bereit, eine temporäre Einschränkung ihrer Grundrechte hinzunehmen, sofern ein Erfolg – und damit auch das Ende – dieser Maßnahmen absehbar ist. Wenn man den Klimawandel mit drastischen Eingriffen in unsere wirtschaftliche Freiheit, unsere Mobilität und unser soziales Leben bekämpfen will, wären diese Restriktionen aber nicht vorübergehender Natur, sondern müssten auf Dauer angelegt werden. Man sieht bereits jetzt, nach gut einem Jahr, wie die Akzeptanz eines „Lockdowns“ schwindet. Ein dauerhaftes klimapolitisches Austeritätsregime findet keine demokratische Zustimmung, es müsste mit harter Hand erzwungen werden.

Die zukunftssträchtige Lehre der Corona-Pandemie ist, dass Restriktionen nur ein kurzfristiger Notbehelf sein können, bis wir intelligenter Mittel gefunden haben, um der Gefahr Herr zu werden. Nicht die Drosselung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, sondern die in Windeseile entwickelten Impfstoffe helfen uns aus der Misere. Es sind der vielfach mit Skepsis beäugte wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Innovationskraft von Unternehmen, die uns hoffen lassen, dass die Corona-Pandemie wie andere Infektionskrankheiten in Schach gehalten werden kann. Das gilt umso mehr für den Klimawandel.

Als Folge der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Restriktionen insbesondere im Verkehrssektor sind die globalen CO₂-Emissionen im letzten Jahr um rund sieben Prozent gefallen. Das senkt die Durchschnittstemperatur auf der Erde voraussichtlich um etwa 0,01 Grad Celsius, richtet also kaum etwas gegen den Klimawandel aus. Gleichzeitig brachen Welthandel

und Weltwirtschaft ein. Im Ergebnis nahmen – entgegen dem langfristigen Trend – Hunger und Armut empfindlich zu.

„Degrowth“ – die freiwillige oder erzwungene Minimierung von Produktion und Konsum – hat einen hohen sozialen Preis, kann den Klimawandel jedoch allenfalls verlangsamen. Um ihn aufzuhalten, ist die dauerhafte Senkung der globalen Treibhausgasemissionen auf netto null erforderlich. Eine so drastische Reduktion kann schlechterdings nicht durch Verzichtleistungen erreicht werden. Sie erfordert vielmehr eine grundlegende Erneuerung des Industriesystems, also Innovationen und Investitionen im großen Stil.

Der Ruf nach einem Klima-Notstandsregime führt ökologisch ins Nirgendwo und politisch auf die schiefe Ebene des Autoritarismus. Wir können allerdings nicht bei der Kritik solcher Vorstellungen stehen bleiben. Wer unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsform verteidigen will, muss die Soziale Marktwirtschaft auf ökologische Grundlagen stellen.

NULLWACHSTUM ODER GRÜNE INDUSTRIELLE REVOLUTION?

Spätestens seit dem berühmten Report an den *Club of Rome* zu den „Grenzen des Wachstums“ steht Wachstumskritik speziell in Deutschland hoch im Kurs und findet Resonanz sowohl in konservativen als auch in linken Milieus. „Degrowth“ ist eine populäre Strömung an geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Dabei ist die Frage, ob die Weltwirtschaft auch in Zukunft wachsen wird, trotz der Corona-Rezession längst entschieden. Angesichts einer auf zehn Milliarden anwachsenden Weltbevölkerung, des anhaltenden Wachstums der Städte und bahnbrechender Innovationen bei Künstlicher Intelligenz und Biotechnik ist weiteres Wirtschaftswachstum vorprogrammiert.

Seit der Zäsur von 1990 stieg die globale Wirtschaftsleistung im Schnitt um rund vier Prozent pro Jahr. Auch bei einem Rückgang auf drei Prozent hieße das eine erneute Verdoppelung des Weltsozialprodukts in den nächsten 25 Jahren. Im gleichen Zeitraum müssen die Treibhausgasemissionen dramatisch sinken, um den Temperaturanstieg im Zaum zu halten. Die alles entscheidende Frage lautet deshalb, ob es gelingt, *Wertschöpfung und Umweltbelastung zu entkoppeln*.

Das erfordert nichts weniger als eine *grüne industrielle Revolution*. Im Kern geht es um eine dreifache Transformation der alten Industriegesellschaft: *erstens* den Wechsel von fossilen Energiequellen zu erneuerbaren Energien, *zweitens* um eine kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz (aus weniger Rohstoffen und Energie mehr Wohlstand erzeugen) und *drittens* um den Übergang zu einer modernen Kreislaufwirtschaft, in der jeder Reststoff wieder in den biologischen oder industriellen Zyklus eingeht.

Wachstum ist nicht per se umweltfeindlich. Nicht die Größe des Bruttoinlandsprodukts entscheidet über die Umweltbilanz einer Volkswirtschaft,

sondern die Frage, wie umweltverträglich unsere Energieerzeugung, unsere industriellen Prozesse, Landwirtschaft und Verkehr organisiert sind. In einer schrumpfenden Ökonomie sinken auch die Investitionen und das Innovations-tempo. Gerade weil die Zeit angesichts des Klimawandels drängt, benötigen wir jedoch ein *höheres Tempo* des ökologischen Strukturwandels. Das bedingt wiederum steigende öffentliche wie privatwirtschaftliche Investitionen. Wenn wir es richtig anstellen, entsteht daraus eine lange Welle nachhaltigen Wachstums.

Die alte Frage „Wie viel Staat braucht der Markt?“ stellt sich angesichts der Tragweite des Klimawandels neu. Auch eine ordoliberalen Umweltpolitik kommt nicht ohne Grenzwerte und Verbote aus. Verbote sind ein legitimes Mittel demokratischer Politik, und sie sind dort angebracht, wo es um unmittelbare Gefahren für Leben und Gesundheit geht. Ordnungsrecht kann durchaus auch als Innovationstreiber wirken. So hat das Verbot von chlor- und bromhaltigen Kohlenwasserstoffen im Rahmen des Montreal-Protokolls zum Schutz der Ozonschicht die Entwicklung umweltverträglicher Ersatzstoffe beschleunigt.

PREISSIGNALE ALS STEUERUNGSELEMENT

Verbote sind allerdings nicht der Königsweg zur Überwindung der Klimakrise. Ihre Ursachen – wie die notwendigen Veränderungen – sind viel zu komplex, um sie mit den groben Mitteln des Ordnungsrechts zu bewältigen. Dreh- und Angelpunkt einer nachhaltigen Marktwirtschaft ist die Einbeziehung ökologischer Kosten in die Preisbildung. Eine ökologische Steuerreform, die Treibhausgasemissionen und den Verbrauch knapper natürlicher Ressourcen schrittweise verteuert, hat einen weitaus größeren Effekt als immer neue Gebote und Verbote. Preissignale sind das zentrale Steuerungselement von Märkten. Sie setzen eine Re-Allokation von Ressourcen und eine Veränderung von Angebot und Nachfrage quer durch alle Sektoren in Gang.

Die Mehrbelastungen, die durch Umweltsteuern entstehen, können in Form eines pauschalen Öko-Bonus an alle Bürger zurückerstattet werden. Ein solcher Pro-Kopf-Betrag hätte einen positiven Umverteilungseffekt, weil die Geringverdienenden in der Regel einen geringeren CO₂-Fußabdruck aufweisen als die Wohlhabenden.

Ein sukzessive ansteigender CO₂-Preis ist auch der kostengünstigste Weg zum Klimaschutz – er setzt die Maßnahmen frei, bei denen das günstigste Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt werden kann. Der zweite große Vorteil gegenüber einer staatlichen Detailsteuerung von Produktion und Konsum liegt darin, dass Preissignale die Eigeninitiative von Unternehmen und Verbrauchern fördern, statt ihnen Vorschriften zu machen, was genau sie zu tun oder zu lassen haben.

Der Einstieg in einen sektorübergreifenden CO₂-Preis im „Klimapaket“ der Bundesregierung geht in die richtige Richtung, springt aber zu kurz. Umweltökonominnen kommen auf lenkungswirksame Einstiegspreise von rund sechzig Euro pro Tonne, die bis auf dreistellige Beträge ansteigen. Wohlgemerkt: Es geht nicht um zusätzliche Belastungen für Betriebe und Haushalte, sondern um eine Verlagerung von Steuern und Abgaben auf den Umweltverbrauch. Sie muss durch Entlastungen an anderer Stelle kompensiert werden, etwa durch Abschaffung der Stromsteuer, eine Reform der Einkommenssteuer (kalte Progression) oder sinkende Sozialabgaben. Für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen Übergangsregelungen gefunden werden.

SPIELRAUM FÜR INNOVATIONSWETTBEWERB

Die Konjunktur- und Investitionsprogramme, die jetzt aufgelegt werden, um den Corona-Schock zu bewältigen, sollten zwei große Ziele miteinander verbinden: Sie müssen Europa bei der *Digitalisierung* voranbringen und zugleich den *ökologischen Strukturwandel* forcieren. Angesichts der rapide steigenden Staatsschulden wird es auf absehbare Zeit keine zweite Chance für ein groß angelegtes ökologisches Investitionsprogramm geben. Deshalb ist eine enge Abstimmung zwischen nationalen und Programmen der Europäischen Union notwendig, um optimale Synergien zu erzielen.

Ökologische Ordnungspolitik ist mehr als Ordnungsrecht. Sie sollte den größtmöglichen Spielraum für Innovationswettbewerb gewähren. Sie muss einen verlässlichen Orientierungsrahmen für Unternehmen und Bürger bieten, ohne ihnen engmaschige Vorschriften zu machen. Wenn eine ambitionierte Klimapolitik gesellschaftlichen Rückhalt gewinnen will, muss sie auch ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen im Auge behalten. Andernfalls wird sie populistischen Gegenbewegungen neue Nahrung verschaffen, die Klimaschutz als Bedrohung für Arbeitsplätze und Angriff auf die Lebensführung der „kleinen Leute“ denunzieren.

Angesichts der drohenden Zuspitzung ökologischer Krisen stehen wir vor drei absehbaren Optionen: Die erste liegt in der Radikalisierung der Klimabewegung. Sie sucht die Rettung in der Minimierung von Produktion und Konsum, in Verzicht und Verbot. Ihr Gegenpol ist ein trotziges „Weiter-so“ nach der Devise „Nach uns die Sintflut“. Die dritte Möglichkeit liegt in einem großen Aufbruch in die ökologische Moderne. Sie setzt vor allem auf die Kreativität offener Gesellschaften und die Innovationsdynamik der Marktwirtschaft.

Acker oder Brache

—
Landwirtschaft und Nachhaltigkeit

JÜRGEN STRUCK

Geboren 1956 in Höxter,
promovierter Agrar-
wissenschaftler und Autor.

Spätestens seit den 2015 veröffentlichten Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*) der Vereinten Nationen (UN) ist der komplexe Begriff „Nachhaltigkeit“ ein fester Bestandteil der politischen Kommunikation. Dabei hat sich sein Verständnis in Deutschland stark verkürzt. Für die Landwirtschaft verbindet es sich mit der Vorstellung einer minder produktiven Wirtschaftsweise als ideale Wirtschaftsform, möglichst in Form des Ökolandbaus. Nachhaltig gleich bio – so lautet die Formel. Die in dieser Wirtschaftsweise um etwa fünfzig Prozent deutlich verminderten Erträge pro Fläche plus zusätzliche Flächenstilllegungen gelten als Zielvorstellung. Die Welt wird unserem Verständnis nicht folgen können.

In den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung stehen drei Forderungen seit Langem an der Spitze: Armut und Hunger beseitigen, Bildung sowie Gleichstellung der Geschlechter. Neu hinzugekommen sind vor einigen Jahren „Maßnahmen zum Klimaschutz“ sowie die Forderung nach nachhaltigem Konsum und einer nachhaltigen Produktion.

Global besteht die Herausforderung, die Lebensmittelerzeugung bis 2050 für die dann etwa neun bis zehn Milliarden Menschen umfassende Weltbevölkerung um etwa zwei Drittel – verglichen mit heute – zu steigern. Nach dokumentierten Erfolgen zum Abschluss der Millenniumsziele (2015) steigt die Zahl der Hungernden mittlerweile wieder an, wie aus Berichten der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (*Food and Agriculture Organization*, FAO) hervorgeht.

KLIMASCHUTZ VERSUS HUNGER?

Vor diesem Hintergrund ergibt sich, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele der Landwirtschaft eine herausgehobene, teilweise sogar herausragende Rolle einräumen. Der aktive Beitrag des Sektors steht aus globaler Perspektive im Vordergrund. Zwar bleibt ein Spielraum, dass die Vorgaben an die jeweilige Situation angepasst anzuwenden sind, doch mit Blick auf Deutschland besteht eine allzu große Distanz. Während den existenziellen Herausforderungen wie Hunger und Armut in globaler Perspektive möglichst rasch und umfassend zu begegnen ist, beherrschen in Deutschland andere Schwerpunkte die Debatte. „Nachhaltige Entwicklung“ wird gleichgesetzt mit Biodiversität und „Klimaschutz“. Die daraus entstandene Dynamik führt zu weitreichenden Entscheidungen, die alle Sektoren der Volkswirtschaft betreffen, auch den Agrarsektor. Im Sinne einer global nachhaltigen Entwicklung ist es nicht zu vermitteln, dass weltweit landwirtschaftliche Flächen intensiver genutzt werden müssen, um Hunger zu bekämpfen, während hierzulande fruchtbare und ertragreiche Flächen, ökologisch begründet, praktisch stillgelegt und sich selbst überlassen werden sollen. Das ist umso unverständlicher, wenn man bedenkt, dass es nur mit einer nachhaltig intensivierten Landwirtschaft möglich ist, ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren.

Schwer fällt der Verlust von weltweit rund zwölf Millionen Hektar Agrarflächen pro Jahr, so das Bundeslandwirtschaftsministerium, ins Gewicht: Setze sich dieser Trend fort, würden die Ernten in den kommenden Jahren um 25 Prozent sinken. Als Konsequenz daraus ergibt sich, dass die landwirtschaftliche Erzeugung künftig an vielen Orten mit steigender Effizienz geschehen muss.

Dabei sind die Voraussetzungen grundsätzlich gegeben, den Hunger besiegen zu können. Erfolge in der Wissenschaft und effiziente Produktionsmittel bilden dafür die Grundlage. Doch einseitige Präferenzen, wie das Ideal

von kleinbäuerlicher und möglichst „ökologischer“ Landwirtschaft selbst in Krisenregionen, werden zu einer gedeihlichen Entwicklung nicht beitragen. Dazu müssen die Prioritäten auf einer ebenso effizienten wie umweltgerechten Produktion liegen.

BEDENKENLOSE ABLEHNUNG VON BIOTECHNOLOGIE

Als wenig zielführend erweist sich, Fortschritte durch neue Formen der Biotechnologie, namentlich in der Pflanzenzucht im eigenen Land, zu verteuern, während sie anderenorts – leider teils gänzlich bedenkenlos – angewandt werden. Als Reaktion auf unsere ebenso bedenkenlose Ablehnung wandern wertvolles Wissen in der Forschung und Industrie mittelfristig aus Deutschland und EU-Europa ab – was auch die Möglichkeit nimmt, sich an weiteren, auch kritischen Diskussionen und zielorientierten Maßnahmen zu beteiligen und darin ernst genommen zu werden.

Die besonders in Deutschland oftmals geäußerte Kritik an Agrarexporten aus dem eigenen Land gilt es zu überdenken. Nach wie vor ist Deutschland ein Nettoimporteur von Agrargütern, beim Gemüse liegt die Eigenversorgung bei gut dreißig Prozent. Ein großer Teil des „Biogemüses“ stammt aus dem Ausland. Noch viel gravierender ist die Situation in Ländern wie dem Vereinigten Königreich, das traditionell auf den Import von Nahrungsgütern in großem Maßstab angewiesen ist – heute eben auch aus Deutschland und anderen europäischen Ländern. Auch Italien ist auf Milchimporte aus Deutschland angewiesen.

Primäre Funktion der Landwirtschaft war und ist, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel vielfältig und ausreichend zu produzieren. Dabei setzen auch konventionelle Landwirte – selbst wenn es, wie in jeder Berufsgruppe, auch schwarze Schafe gibt – allein schon aus Eigeninteresse auf den effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen. Seit einiger Zeit melden sich die landwirtschaftlichen Erzeuger in Deutschland verstärkt zu Wort und zeigen: Im internationalen Vergleich hervorragend ausgebildete Landwirte produzieren mittels moderner Technologie verantwortungsvoll Lebensmittel und deren Rohstoffe. Dass es mit Sicht auf Biodiversität und Klimaschutz wie an anderen Stellen der Gesellschaft noch Luft nach oben gibt, auch teils ein Umdenken notwendig ist, bestreiten die wenigsten. Aber sie wollen sich nicht dafür entschuldigen, dass sie Produzenten von Lebensmitteln sind. Den teils romantisierenden, städtischen Vorstellungen vom Landleben widersetzen sie sich und mahnen an: Grundlegende gesellschaftliche Umbrüche dürfen sich nicht selektiv an eine Gruppe richten.

Immerhin erkennt der Klimaschutzplan der Bundesregierung an, dass die Potenziale, klimarelevante Gase zu mindern, in der Landwirtschaft

grundsätzlich limitiert sind. Kohlendioxid ist eben ein Teil des Lebens. Dennoch soll der Sektor in Deutschland bis 2030 mit bis zu 38 Prozent im Vergleich zu 1990 dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen. Dazu sollen Tierbestände abgebaut und Flächen stillgelegt werden. Zusätzlich sollen Lachgasemissionen aus der Düngung deutlich reduziert werden, selbst wenn der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Treibhausgasemissionen in absoluten Zahlen vergleichsweise gering ausfällt.

DIE FRUSTRATION DER BAUERN

Der seit Jahrzehnten stattfindende Strukturwandel in der landwirtschaftlichen Erzeugung blieb für die Gesamtgesellschaft weitgehend unbemerkt. Gab es im Jahr 1960 allein im damaligen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland noch mehr als 1,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, so sind es derzeit nur noch rund 260.000. Ihre Zahl wird nach einer Studie der Deutschen Zentralgenossenschaftsbank allein in den kommenden zwanzig Jahren auf etwa ein Drittel sinken – mit erheblichen Konsequenzen für das Leben in den betreffenden Regionen. Allen Appellen und Beteuerungen zum Trotz, besonders kleine Betriebe erhalten und fördern zu wollen. Denn wie sollten diese ständig steigende Anforderungen und regulatorische Vorgaben erfüllen können, und wer ist noch dazu bereit?

Nur ein hoher Ausbildungsstand der in der Landwirtschaft verbliebenen Akteure, moderne Produktionstechnik und effiziente Betriebsorganisation bei Einbindung in den Weltmarkt lassen die Produktion hierzulande überhaupt noch zu. Allerdings ist die Landwirtschaft seit Beginn der 1980er-Jahre zunehmendem Druck gesellschaftlicher Gruppen ausgesetzt, der sich in der jüngeren Zeit massiv erhöht hat. Die Kritik umfasst alle Produktionsbereiche und kann ständig nach Belieben erweitert werden. Die Agrarwirtschaft scheint in ihrer Breite zur einer Art „Moving Target“, zum beweglichen Ziel, geworden zu sein. Die Frustration vieler Landwirte ist groß, aber sie müsste es nicht sein, wenn man ihre zentrale Rolle in Fragen globaler Nachhaltigkeit ernst nimmt.

Entgegen der hiesigen Sichtweise muss es für mehr Nachhaltigkeit weiterhin ein vorrangiges Ziel sein, bestehende Bodenpotenziale sinnvoll zu erschließen, die Bildung von Wüsten einzudämmen oder im Idealfall die Flächen wieder zu „begrünen“. Der Anbau neuer und mittels gentechnischer Verfahren angepasster Pflanzensorten mit entsprechenden Merkmalen, wie ausgeprägter Trocken- oder Schädlingsresistenz, wäre für eine wirklich nachhaltige Entwicklung in den genannten Regionen sinnvoll. Gegen gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft ziehen die Verfechter der vermeintlichen „Agrar-Wende“ aber seit Jahrzehnten vehement zu Felde. Sowohl im wörtlichen Sinn, indem sie Versuchsflächen zerstörten, als es diese in Deutschland

noch in halbwegs nennenswertem Umfang gab, als auch politisch, indem sie selbst Forschungsprojekte nach dem „Vorsorgeprinzip“ blockieren. Die ohnehin bestehenden Erklärungsnotwendigkeiten der Gentechnik-Gegner, gentechnische Verfahren sind in der internationalen Landwirtschaft längst bewährter Standard, verschärfen sich, wenn man bedenkt, dass gentechnische Methoden unter anderem in der Medizin ihren großen Nutzen beweisen.

Die heimische Landwirtschaft könnte dazu beitragen, für eine nachhaltige Bauwirtschaft neue Rohstoffe jenseits von Holz als Bau- und Stroh als Dämmmaterial bereitzustellen. Übrigens sind hochwertige pflanzliche Rohstoffe für vegetarische Lebensmittel in Deutschland knapp und müssen bisher ebenfalls zu großen Teilen importiert werden. In sozialer Hinsicht bieten die ländlichen Räume in Mitteleuropa Ansatzpunkte, beispielsweise für Pflege- und Wohngemeinschaften in geeigneten landwirtschaftlichen Betrieben. Erste Projekte machen Hoffnung. Kreative Lösungen sind gefragt und möglich. Es darf in der Agrarpolitik für Europa nicht nur die Option geben, zwischen „Acker oder Brache“, begleitet von Verboten, zu entscheiden. Gefragt ist vielmehr ein Pakt für ländliche Räume, der – jenseits städtischer und nationaler Blasen – den aktiven und zentralen Beitrag von Landwirtinnen und Landwirten sowie ihres regionalen Umfelds für die umfassenden UN-Nachhaltigkeitsziele wahrnimmt und ermöglicht.

Global, aber nicht zentral

Technologie im Kontext eines „neuen Klimaregimes“

CHRISTOPH M. SCHMIDT

Geboren 1962 in Canberra (Australien), Volkswirt, 2013 bis 2020 Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie, Ruhr-Universität Bochum, Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.

Bei der Transformation des europäischen Energiesystems zur Klimaneutralität gilt es, die ambitionierten Klimaziele unter Wahrung wirtschaftlicher Prosperität und gesellschaftlicher Kohärenz zu verwirklichen. Technologische Fortschritte können diesen Zielkonflikt abmildern. Zudem ist eine hohe Technologiekompetenz für Europa ein Trumpf im globalen Wettbewerb der Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme.

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung und die wirtschaftliche Öffnung Osteuropas und Chinas haben seit 1990 zu einem enormen weltweiten Wirtschaftswachstum geführt. Trotz erheblicher Zuwächse der globalen Bevölkerungszahl hat sich die Anzahl derjenigen Menschen, die in absoluter Armut leben, deutlich verringert. Zugleich hat sich die ökologische Belastung des Planeten dramatisch zugespitzt.

Stellvertretend für das Überreizen der planetaren Belastungsgrenzen steht die steigende Konzentration des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO₂)

in der Erdatmosphäre. Die weltweite Durchschnittstemperatur ist gegenüber der vorindustriellen Zeit spürbar angestiegen; eine weitere Erhöhung lässt sich bereits jetzt nicht mehr vermeiden. Dies bedroht die Artenvielfalt, führt zu einer Zunahme an Extremwetterereignissen und einem Anstieg des Meeresspiegels.

Um die Erwärmung wenigstens zu begrenzen, muss nicht weniger als eine grundlegende Transformation der Weltwirtschaft erfolgen. Dabei sind zwei übergreifende Ziele miteinander zu verbinden: Zum einen muss die weitere Entwicklung der globalen Wirtschaft umweltverträglich, ressourcenschonend und treibhausgasneutral ausgerichtet sein. Zum anderen muss sie den ärmeren Volkswirtschaften des globalen Südens weiterhin einen starken wirtschaftlichen Aufholprozess ermöglichen.

DAS ZIEL DER KLIMANEUTRALITÄT

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 setzt das Ziel, die Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Es lässt sich aller Voraussicht nach nur erreichen, wenn bis zur Jahrhundertmitte weltweit Klimaneutralität erreicht wird: Dazu müssen die anthropogen verursachten Treibhausgasemissionen und die durch Senken der Atmosphäre entzogenen Treibhausgase bilanziell bei null liegen.

Bislang wurden keine hinreichenden Weichenstellungen eingeleitet, um dieses globale Ziel zu erreichen. Immerhin strebt die Europäische Union (EU) mit dem *European Green Deal* Klimaneutralität bereits bis zur Jahrhundertmitte an. Aktuell stehen ihre Mitgliedstaaten vor der Frage, wie sie die klimapolitischen Weichenstellungen an diese erhöhte Ambition anpassen sollen. Auf Ebene der deutschen Klimapolitik wird diese erhöhte Ambition ebenfalls deutliche Auswirkungen haben.

Vor allem werden erhebliche Umstellungen bei der Nutzung von Energie notwendig, die wiederum nur durch technischen Fortschritt erreichbar sind. Wenngleich dieser nicht präzise vorhergesagt werden kann, zeichnet sich zumindest grob ab, welcher technologische Wandel sich in den kommenden Jahren vollziehen wird.

Eine zentrale Entwicklungslinie wird in der Elektrifizierung aller Lebensbereiche, der sogenannten Sektorenkopplung, liegen: Elektrische Anwendungen, etwa die Elektromobilität oder der Einsatz von Wärmepumpen, werden in den Bereichen Verkehr und Wärme unverzichtbar sein, um dort den bislang dominanten Einsatz fossiler Energieträger zurückzudrängen. Die Rechnung kann jedoch nur aufgehen, wenn der eingesetzte Strom überwiegend aus nicht fossilen Energieträgern erzeugt wird.

Hierzulande bieten eigentlich nur Photovoltaik und Windenergie das Potenzial, um in einem für die Sektorenkopplung hinreichenden Umfang

Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. In anderen Ländern sind Optionen wie Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft teilweise von größerer Bedeutung. In jedem Fall werden ein erheblicher Ausbau und die Digitalisierung der Transport- und Verteilinfrastrukturen sowie Schnittstellen zu den Netzen im benachbarten Ausland erforderlich sein.

Es wird in der Europäischen Union jedoch nicht gelingen, allein auf Basis erneuerbarer Energieträger hinreichend Strom bereitzustellen, um die umfassende Defossilisierung der Energienutzung zu bewerkstelligen. Die Europäische Union wird daher weiterhin im großen Stil Energieträger aus dem Ausland importieren müssen, jetzt aber auf Basis erneuerbarer Quellen. Als Bezugsorte bieten sich beispielsweise sonnen- und windreiche Regionen in Nordafrika oder Australien an, um von dort Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe zu beziehen.

In den unterschiedlichen Anwendungsbereichen werden sich vielfältige Wege finden, um aus der Energie einen größeren Nutzen zu ziehen. Dazu könnten die energetische Sanierung und die Nutzung von Wärmepumpen im Gebäudebereich ebenso beitragen wie die Weiterentwicklung emissionsarmer Antriebe im Mobilitätsbereich, etwa von batterie-elektrischen Antrieben beim Individualverkehr und von Brennstoffzellen beim Lastverkehr, oder die Entwicklung emissionsarmer Mobilitätskonzepte.

In der Industrie dürften unter anderem Verbesserungen der eingesetzten Materialien für den weiteren Rückgang von Emissionen, in der Landwirtschaft neue digitale Lösungen für einen sparsameren Einsatz von Ressourcen sorgen. Maßnahmen der Rückführung von Treibhausgasen („negative Emissionen“) aus der Atmosphäre sowie ihre Speicherung und Nutzung dürften ebenso unverzichtbar sein, wenn Klimaneutralität erreicht werden soll, denn nicht überall wird der Verzicht auf fossile Energieträger möglich sein.

STAATLICHER EINFLUSS AUF TECHNISCHEM FORTSCHRITT

Wir wissen also relativ viel über die grundsätzliche Gestalt des künftigen Energiesystems. Die konkreten Anteile unterschiedlicher Energieträger und das Ausmaß, in dem einzelne, zum großen Teil heute noch unbekanntere Lösungen zum Zug kommen werden, sind jedoch weitgehend offen. Sie lassen sich daher nicht seriös prognostizieren und schon gar nicht staatlicherseits planen. Von der Vielzahl einzelner Entscheidungen, die in diese Zukunft führen werden, kann der Staat ohnehin nur einen kleinen Teil direkt treffen.

Ginge es nur um das Erreichen der Klimaziele, wäre die Lösung einfach: Die europäische Wirtschaft würde in einen strikten Lockdown geschickt. Es ist offensichtlich, dass diese Lösung aus Sicht der meisten europäischen Bürger völlig inakzeptabel wäre. In seinem eigenen Wirkungsbereich kann

der Staat durch eine konsequente Ausrichtung der öffentlichen Anlageinvestitionen am Ziel der Emissionsreduktion einiges bewegen. So sehen beispielsweise der siebenjährige Finanzrahmen der Europäischen Union und der europäische Wiederaufbaufonds (*NextGenerationEU*) jeweils verpflichtende Anteile grüner Investitionen vor. Die für die Transformation des Energiesystems notwendigen Investitionen müssen jedoch überwiegend von privaten Akteuren getätigt werden.

Um die Millionen Unternehmen und Haushalte in Europa dazu zu bewegen, bei ihren Konsum- und Investitionsentscheidungen mehr und mehr von fossilen Energieträgern Abschied zu nehmen, hat der Staat zwei grundsätzliche Möglichkeiten: das Aussprechen von Ge- und Verboten einerseits und das Setzen von Anreizen andererseits. In der politischen Praxis wird Klimapolitik in der Europäischen Union und in Deutschland durch eine Mischung dieser Ansätze mit einer Vielzahl sektoraler, nationaler und europäischer Instrumente umgesetzt.

Doch weder in der Medizin noch in der Klimapolitik ist das Motto „Viel hilft viel“ eine gute Richtschnur. Vielmehr wäre anzuraten, ein Leitinstrument zu definieren, an dem sich das Gesamtpaket der klimapolitischen Eingriffe ausrichten kann. Ein alle Akteure, Technologien, Sektoren und Regionen umfassender einheitlicher CO₂-Preis, flankiert durch Investitionen in physische und digitale Infrastrukturen und die Grundlagen- und Anwendungsforschung, würde eine arbeitsteilige Emissionsvermeidung ermöglichen.

ÄNDERUNGEN BEIM EMISSIONSHANDEL

Es ist sinnvoll, dass auf europäischer Ebene der Einzugsbereich des Emissionshandels, der sich bislang auf Industrie und Energiewirtschaft konzentrierte, auf die Bereiche Verkehr und Wärme erweitert werden soll. Damit sollte dort auch die nationale Aufteilung der Reduktionslasten (*Effort-Sharing*) aufgegeben werden. Nach derzeitigem Stand ist beispielsweise Deutschland verpflichtet, Treibhausgasemissionen in denjenigen Sektoren, die der Emissionshandel der Europäischen Union (ETS) nicht erfasst, bis 2030 um 38 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren. Stattdessen ein europäisches Gesamtziel für die Reduktion zu verfolgen, würde berücksichtigen, dass es für das Erreichen der Klimaneutralität auf das Gesamtergebnis ankommt und nicht auf die von einzelnen Sektoren oder Mitgliedstaaten beschrittenen Pfade.

Ein umfassender und einheitlicher CO₂-Preis hätte zwei grundlegende Funktionen: Zum Ersten würde er die vielfältigen individuellen Handlungen der Haushalte, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen so koordinieren, dass die angestrebte Rückführung der Emissionen zu vergleichsweise geringen Kosten verwirklicht würde. Dies würde insbesondere dann gelingen,

wenn nicht nur der aktuelle CO₂-Preis transparent wäre, sondern auch verlässliche Erwartungen über den künftigen Preispfad gebildet werden könnten.

Zum Zweiten dient eine Koordination durch Preissignale auf Märkten der Informationsgewinnung – gerade durch Verzicht auf Steuerung im Detail. Denn wollte der Staat eine ähnlich kostengünstige Transformation auf dem Weg planwirtschaftlicher Vorgaben bewerkstelligen, müsste er ein umfassendes Wissen über technologische Entwicklungen und individuelle Zahlungsbereitschaften besitzen. Dies dürfte angesichts der Dynamik der technologischen Entwicklungslinien nahezu unmöglich sein.

Aber woher kommt diese Dynamik überhaupt? Erkenntnisse der Grundlagenforschung werden überwiegend vom Staat finanziert. Doch sie müssen durch anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung zur Marktreife gebracht werden. Da sind vor allem die Unternehmen gefordert. Doch um die Suche nach innovativen Lösungen für sie attraktiv zu machen, muss sich eine erfolgreiche Umsetzung im Markt für sie auch lohnen. Dafür sorgt ebenfalls der – inhärent technologieneutrale – CO₂-Preis.

KOORDINATION EINER GLOBALEN KLIMAPOLITIK

Zur Eindämmung des globalen Klimawandels reicht eine drastische Reduktion der in Europa erzeugten Treibhausgasemissionen bei Weitem nicht aus. Vielmehr wird eine global getragene Strategie benötigt, die die europäische Transformation zur Klimaneutralität in ein global vereinbartes und umgesetztes Paket von klimapolitischen Maßnahmen einbettet. Zum einen gilt es dabei, die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, allen voran die USA, und den großen Emittenten China einzubinden.

Zum anderen wird es wichtig sein, den Ländern des globalen Südens gute Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und zugleich dafür zu sorgen, dass sie sich dabei nicht auf fossile Energieträger stützen oder wichtige Senken, wie den tropischen Regenwald, vernichten. Die Voraussetzung dafür liegt im Einsatz neuer technologischer Lösungen. Ein wichtiges Vehikel, um diese Volkswirtschaften dabei zu unterstützen, ist – neben Finanztransfers – der Transfer von Technologien.

Die Herausforderung wird durch den globalen Machtanspruch Chinas und dessen eigenen Technologietransfer verschärft. Damit Europa selbstbewusst diesen globalen Systemwettbewerb annehmen kann, muss die Europäische Union eine volkswirtschaftlich rationale Klimapolitik und zugleich einen Technologietransfer in die Staaten des globalen Südens betreiben, etwa durch den Aufbau der Infrastrukturen für eine Wasserstoffwirtschaft. Dann besteht Aussicht, ein wahrhaft globales Klimaschutz-Regime zu errichten.

„Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment“

Der European Green Deal als Zukunftsvision

URSULA VON DER LEYEN

Geboren 1958 in Ixelles (Belgien), 2003 bis 2005 niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales, 2013 bis 2019 Bundesministerin der Verteidigung, November 2010 bis November 2019 stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, seit Dezember 2019 Präsidentin der Europäischen Kommission.

Im Dezember 2019 haben Sie den European Green Deal ausgerufen. Hauptziel ist die Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050. In Ihrer Rede sprachen Sie vom „Mann-auf-dem-Mond-Moment“ für Europa. Was ist damit gemeint?

Ursula von der Leyen: Das „Man-on-the-Moon“-Projekt der Amerikaner hat zu einem gewaltigen Innovationsschub mit weltweiter Technologievorherrschaft geführt. Das kann der Europäische Green Deal auch für Europa leisten. Die Bewohnbarkeit



Foto: © Europäische Kommission / Etienne Ansotte

unseres Planeten entscheidet sich jetzt. Alles hängt davon ab, ob wir in der Lage sind, den Klimawandel zu stoppen und die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Europa geht voran und spielt für den Rest der Welt eine ganz entscheidende Rolle. Wie bei der Mondmission dürfen wir die Dimension der Aufgabe nicht scheuen, sondern wir müssen sie beherzt anpacken und bei anderen Begeisterung wecken. Ich bin überzeugt, dass der Europäische Green Deal eine großartige Chance für Europa ist – auch wirtschaftlich und gesellschaftlich. Die Sorge um die Gesundheit des Planeten weckt Innovationskraft, verbindet Generationen und Kontinente.

Im Pariser Klimaabkommen hat sich die Staatengemeinschaft 2015 darauf geeinigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Der European Green

Deal soll aber nicht nur Klimawandel und Umweltzerstörung eindämmen, sondern auch eine nachhaltige Wirtschaft in der Europäischen Union etablieren. In welchen Bereichen der Wirtschaft sollen die Schwerpunkte liegen?

Ursula von der Leyen: Es geht nicht nur darum, die Wirtschaft nachhaltiger zu machen, sondern auch wettbewerbsfähiger in der Welt. Wir sehen bereits zunehmendes Interesse an nachhaltigen Produkten. Wenn die europäische Wirtschaft vorn mitmischen und nachhaltige Jobs schaffen will, müssen wir jetzt die notwendigen Hebel umlegen. Bei der Elektromobilität hat sich schon viel zu viel nach China verschoben. Unsere stolze Autoindustrie muss verlorene Jahre wettmachen. In vielen grünen Technologien führt Europa. Das wollen wir verteidigen und ausbauen. Zu den Klimazielen müssen alle Sektoren beitragen.

Natürlich gilt der Fokus den Branchen, die besonders energieintensiv sind und viele Treibhausgase freisetzen. Wenn wir uns die Emissionen seit 1990 betrachten, sehen wir, dass viele Sektoren ihre Emissionen bereits deutlich verringert haben. Zwischen 1990 und 2015 sind etwa die Emissionen der Industrie um 35 Prozent gesunken, die von Gebäuden um 25 Prozent. Das zeigt, was möglich ist. Umgekehrt hat der Flugverkehr 84 Prozent mehr Treibhausgase verursacht und der Straßenverkehr 22 Prozent. Da müssen wir ran. Ich sehe aber mit Freude, dass viele energieintensive Industrien längst an ihren Konzepten und Zielen arbeiten, weil sie wissen, dass der Wandel unausweichlich ist.

Wie wichtig sind Innovationen bei dem Projekt?

Ursula von der Leyen: Innovation ist bei der Klimawende alles. In einigen Bereichen gibt es bereits hervorragende Technologien für den Europäischen Green Deal, wie Elektromobilität, naturbasierte Dämmstoffe für die Renovierung von Gebäuden oder energiesparende Digitaltechnik. Aber auf anderen Feldern brauchen wir dringend Innovation, um den CO₂-Verbrauch schneller und deutlicher zu verringern. Ein hervorragendes Beispiel ist die Stahlproduktion. Hier setzen wir auf den sauberen Wasserstoff. Es gibt bereits spannende Pilotprojekte, etwa in Schweden. Europa kann helfen, diese Innovationen zu fördern und in der Breite bezahlbar zu machen. Das fördern wir auch mit unserem milliardenschweren Aufbaufonds „NextGenerationEU“.

Der European Green Deal ist ein Gemeinschaftsprojekt. Welche Rolle

kann Europa beim Klimaschutz im internationalen Rahmen spielen?

Ursula von der Leyen: Die Erderwärmung stoppen wir nur gemeinsam. Europa wird alles daransetzen, seine ambitionierten Klimaziele zu erreichen: minus 55 Prozent Treibhausgase bis 2030 mindestens und Klimaneutralität bis 2050. Das können wir in Europa schaffen. Weltweit gelingt das aber nur, wenn andere Länder, die auch sehr viele Emissionen ausstoßen, mitziehen. Hoffnung macht mir, dass sich seit Europas Initiative Ende 2019 mit dem Europäischen Green Deal Schritt für Schritt viele weitere wichtige Industrieländer angeschlossen haben: China, Südkorea, Japan, Südafrika haben angekündigt, bis 2050/2060 klimaneutral werden zu wollen.

Mit Joe Biden im Weißen Haus gibt es jetzt die riesige Chance, auch die USA mit ins Boot zu holen. Europa arbeitet gerade mit Partnern in aller Welt daran, die Klimaversprechen für den anstehenden Klimagipfel in Glasgow ambitionierter zu machen. Wir haben eine regelrechte „Green Deal Diplomacy“ entwickelt und knüpfen strategische Partnerschaften zwischen der Europäischen Union und anderen Ländern. Wir verpflichten uns gegenseitig zu Klimazielen und ganz konkreten Schritten dorthin. Wir können voneinander lernen und gemeinsam andere überzeugen.

Die Coronakrise überlagert derzeit alle anderen Politikfelder. Gefährdet die Pandemie das ambitionierte Ziel des European Green Deal?

Ursula von der Leyen: Nein. Im Gegenteil: Die Coronakrise hat zweierlei gezeigt. Erstens, dass der Verlust der Biodiversität nicht nur dramatisch für unsere Umwelt

ist, sondern auch ein Nährboden für Pandemien. Viele haben den Zusammenhang zwischen dem rücksichtslosen Raubbau an der Natur und der Gefahr, dass Viren wie Corona aus dem Tierreich auf Menschen übergehen, verstanden. Aber die Krise hat auch gezeigt, wie rasch erhebliche Veränderungen möglich sind. Wir haben ja im vergangenen Jahr trotz der Krise auch einige positive Erfahrungen gemacht. Wir alle haben uns zum Beispiel über die bessere Luft in unseren Städten gefreut und über deutlich weniger Verkehr. Viele Dienstreisen haben sich dank digitaler Technik als verzichtbar herausgestellt. Es ist uns bewusst geworden, wie wertvoll Natur für unser Wohlbefinden ist. Städte haben Radwege ausgebaut und alternative Mobilitätskonzepte entwickelt. Das gibt doch Hoffnung. Beide Erfahrungen geben uns Rückenwind für den Europäischen Green Deal.

Wirtschaftlich gesehen kann diese Pandemie die grüne Wende sogar beschleunigen. Unser Investitionsprogramm „NextGenerationEU“ setzt gewaltige Investitionen in nachhaltige Projekte und klimaschonende Prozesse in Gang. 37 Prozent der Gesamtsumme von 750 Milliarden Euro fließen in nachhaltige und klimafreundliche Investitionen. Da geht es zum Beispiel darum, Flughäfen CO₂-neutral zu machen oder Innovationen von Wasserstofftechnologien zur Marktreife zu bringen. Der Europäische Green Deal hat das Zeug, zum Wachstumstreiber für die Wirtschaft zu werden.

Auf dem EU-Gipfel Ende 2019 haben sich 26 Staaten der Europäischen Union dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet. Polen soll dieses Ziel später erreichen, aber Widerstand

kam auch aus Ungarn, Tschechien und Estland. Droht der Europäischen Union bei der Klimapolitik eine Ost-West-Spaltung?

Ursula von der Leyen: Das sehe ich anders. Natürlich haben einige Länder, deren Energieversorgung stark von Kohle und Gas abhängt, weitere Wege zu gehen als andere. Aber im Herbst haben sich ausnahmslos alle 27 Mitgliedstaaten zum neuen Klimaziel für 2030 verpflichtet. Die Europäische Union soll 2050 klimaneutral sein, und das wollen wir als Gemeinschaft erreichen. Wir arbeiten intensiv mit diesen Ländern zusammen. Wir zeigen Wege und unterstützen sie finanziell, damit die Transformation gelingen kann – sozial fair und verträglich für die Wirtschaft. Vor Herausforderungen wie dem Kohleausstieg stehen ja auch Regionen in Deutschland, und da lassen sich Lösungen finden. Wichtig ist, dass wir das gemeinsame Ziel fest im Auge behalten und dafür sorgen, dass die Umstellung auf ein nachhaltigeres Wachstum in allen Regionen Europas als Gewinn empfunden wird.

Die große Mehrheit der Europäerinnen und Europäer versteht inzwischen, dass die Zerstörung durch den Klimawandel uns mehr kostet als der Kampf gegen ihn. Dürren, Überschwemmungen, extreme Wetterlagen, Versteppung, Gletschersterben – das ist ja erst der Anfang. Auch in Polen gibt es übrigens sehr viel Rückhalt für Umweltschutzfragen in der Bevölkerung. Und der Europäische Green Deal verfügt über zahlreiche Instrumente, mit denen wir gerade die besonders vom Wandel betroffenen Regionen unterstützen wollen. Unser „Just Transition Fund“ mit 17,5 Milliarden Euro soll gezielt Regionen helfen, die zum Beispiel aus der Kohle

aussteigen. Aus dem Emissionshandel können zusätzliche Mittel für den Umbau hin zu einem moderneren und umweltfreundlicheren Wirtschaften kommen. Anreize für klimagerechte Gebäudemodernisierung können Millionen Haushalten helfen, Heizkosten zu sparen.

Das Europäische Klimagesetz gilt als zentraler Bestandteil des European Green Deal. Was wird in dem Gesetz geregelt?

Ursula von der Leyen: Das Klimagesetz gießt das gemeinsame europäische Ziel, die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu machen, in Gesetzesform. Dadurch wird es für die 27 Mitgliedstaaten rechtlich bindend. Auch das erhöhte Klimaziel von mindestens minus 55 Prozent Treibhausgasen wird damit gesetzlich geregelt. Das schafft die dringend notwendige Planungssicherheit, die so wichtig ist für langfristige Investitionsentscheidungen in Wirtschaft und Verwaltung.

Zum European Green Deal gehört ein Zwischenziel 2030. Die Autoindustrie blickt mit Sorge auf mögliche höhere Klimaziele der EU und fürchtet ein vorzeitiges Aus des Verbrennungsmotors. Auch eine mögliche neue Euro-7-Abgasnorm ist im Gespräch. Sind die Sorgen der Autoindustrie berechtigt?

Ursula von der Leyen: Wir sehen heute schon, dass zahlreiche Unternehmen, darunter auch wichtige Marken der deutschen Autoindustrie, mit ambitionierten Zielen vorangehen. VW exportiert in großem Stil nach China, und dieser riesige Markt setzt klar auf Elektromobilität. Da ist die Industrie der öffentlichen Diskus-

sion in einigen Punkten sogar voraus. Viele Länder in der Europäischen Union und in der Welt haben angekündigt, sich auf mittlere Sicht vom Verbrennungsmotor zu verabschieden. Was die Unternehmen vor allem von uns wollen, sind Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen und Vorgaben für realistische Zwischenziele. Die definieren wir im gemeinsamen Dialog mit der Wissenschaft und den Wirtschaftsverbänden. Wir müssen jetzt die Standards für die Zeit von 2030 bis 2050 festlegen. Europa muss beherzt in die Zukunft investieren. Ich will, dass unsere Industrie Vorreiter in Technologiefeldern wird, die die ganze Welt auch morgen noch braucht.

Zu den schwierigsten Fragen gehört die Finanzierung. Es ist von einigen Billionen Euro die Rede. Wie kann die europäische Klimapolitik finanziell bewältigt werden?

Ursula von der Leyen: Europa ist in einer guten Ausgangslage. Die Finanzmärkte sind längst aufgewacht, und privates Kapital sucht bereits auf breiter Front nach grünen Investitionschancen. Wir haben mit „NextGenerationEU“ ein riesiges öffentliches Investitionsprogramm gestartet. Die „Green Bonds“ sind bei Anlegern überaus gefragt. Auch aus dem Europäischen Haushalt werden die Programme konsequent auf die Modernisierung der europäischen Wirtschaft ausgerichtet. Natürlich müssen auch die europäischen Mitgliedstaaten mitziehen. Inzwischen haben alle die Zeichen der Zeit erkannt. Wir haben mit dem Europäischen Green Deal einen soliden Plan, und die Mittel stehen zur Verfügung. Ich sehe Europa auf einem guten Kurs.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus am 19. April 2021.

Transatlantische Klimakooperation

Chancen für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika

JOSEF BRAML

Geboren 1968 in Regen (Bayern), promovierter Politikwissenschaftler, USA-Experte des „Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies“ (CASSIS), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission. Aktuelle Analysen des Autors auch über seinen Blog „usaexperte.com“.

Die auf fossile Energieträger fokussierte Energiepolitik des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump schadete nicht nur Amerikas Alliierten, sondern auch den USA selbst, weil sie dem Hauptenergiekonsumenten China strategisch in die Karten spielte. Hingegen könnte eine von der neuen Regierung unter Präsident Joe Biden forcierte transatlantische Kooperation bei der Weiterentwicklung zukunftsfähiger

Energien und Technologien eine verbesserte Energieversorgungssicherheit, dringend notwendige wirtschaftliche Wachstumsimpulse und Klimaschutz generieren – im Interesse der USA und der Europäischen Union (EU).¹

Die Entwicklung erneuerbarer Energien und moderner Umwelttechnologien bietet für ein innovationsorientiertes Land wie die Vereinigten Staaten die Möglichkeit, sich aus der Abhängigkeit der internationalen Preisbildung fossiler Brennstoffe zu befreien, die durch autokratische Führer in problematischen Weltregionen beeinflusst werden kann. Angesichts der Verwundbarkeit der amerikanischen Wirtschaft ist es erforderlich, energiesparende Technologien sowie alternative Kraftstoffe für die bisher auf fossile Brennstoffe angewiesenen Wirtschaftszweige und den Transportsektor zu entwickeln. Dabei könnten die USA auch auf die Kooperation mit den EU-Mitgliedstaaten zählen, die ihre Wirtschaft mit einem *European Green Deal* wiederbeleben wollen. Die EU will die Corona-Wirtschaftskrise für den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Digitalwirtschaft nutzen.

Im Kampf gegen die Folgen der Coronakrise haben die EU-Staaten das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte verabschiedet. Auf einem Sondergipfel in Brüssel im Juli 2020 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ein umfassendes Corona-Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro, um in die Krisenbewältigung sowie die ökonomische und ökologische Zukunft Europas zu investieren. Bereits am 11. Dezember 2019 stellte die Europäische Kommission unter Führung Ursula von der Leyens das Konzept des

European Green Deal vor. Nach diesem ehrgeizigen Plan soll Europa als erster Kontinent klimaneutral werden und bis 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der EU auf null reduzieren. Der *European Green Deal* umfasst eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Finanzmarktregulierung (Stichwort: *sustainable finance*), Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft.

SAUBERE ENERGIE- REVOLUTION UND UMWELTGERECHTIGKEIT

Die dafür nötigen Regulierungen – Gesetzesinitiativen für eine höhere Bepreisung fossiler Energieträger sowie verschärfte CO₂-Grenzwerte – sollten gemeinsam mit der neuen Biden-Regierung austariert und auch auf internationaler Ebene ausgehandelt werden. Europas Verantwortlichen muss klar sein, dass ihre Bemühungen für ein klimaneutrales Wirtschaften weniger erfolgreich sein werden, wenn es nicht gelingt, die größte Volkswirtschaft der Welt zum Umdenken zu bewegen. Die neue Biden-Regierung bietet dafür eine gute Chance.

Bereits im Wahlkampf legte US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden seinen „Plan für eine saubere Energierevolution und Umweltgerechtigkeit“ vor.² Demnach sollen die USA in der nächsten, für die globale Marktführerschaft entscheidenden Dekade „eine historische Investition in saubere Energie und Innovation“ tätigen: in zehn Jahren insgesamt 400 Milliarden Dollar an staatlichen Mitteln für saubere Energie und Innovation.

Auf beiden Seiten des Atlantiks werden umweltpolitische Maßnahmen auch vom Privatsektor unterstützt. Vorausschauende Anleger haben bereits erkannt, dass das Klimarisiko ein Investitionsrisiko ist. In seinem „Investorenbrief für das Jahr 2020“ warnte etwa Larry Fink, Aufsichtsrats- und Vorstandsvorsitzender der US-Investmentgesellschaft BlackRock, dass sich das Umweltbewusstsein „schnell verändert“. Deshalb erwartet der Kopf dieser weltweit größten Fondsgesellschaft eine „grundlegende Umgestaltung des Finanzwesens“. Denn die „Beweise für das Klimarisiko“ werden Investoren zwingen, „Kernannahmen über modernes Finanzwesen neu zu bewerten“.³

REGELWERK FÜR NACHHALTIGE FINANZANLAGEN

Dafür müsste auch die Politik ihren bisherigen Horizont nationalstaatlicher Lösungen mit der Perspektive eines erweiterten internationalen ordnungspolitischen Rahmens überdenken. Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, das Risiko offenzulegen, das der Klimawandel mit sich bringt, damit die Märkte dieses Risiko „bepreisen“ können.

Seit Längerem arbeitet die EU-Kommission an einem Regelwerk für nachhaltige Finanzanlagen. Mit der Taxonomie-Verordnung vom 18. Juni 2020 schuf die Europäische Union die weltweit erste „grüne Liste“ für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Dieses Klassifizierungssystem können Anleger verwenden, wenn sie in Projekte und Wirtschaftstätigkeiten mit erheblichen positiven Klima- und Umweltauswirkungen investieren wollen.⁴

Zukunftsinvestitionen könnten auch durch „Schutzsteuern“ abgesichert und finanziert werden: Antizyklische – an den Marktpreis für Öl gekoppelte – Steuern auf fossile Kraftstoffe würden sowohl in den USA als auch in Europa Investitionen in erneuerbare Energien finanzieren helfen und diese auch vor weiteren plötzlichen, möglicherweise von der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) initiierten Preiseinbrüchen schützen. Mit „Steuern“ könnte die Steuerungswirkung der Energiepreise konsequent genutzt werden, um Energienachfragern und -anbietern größere Planungssicherheit zu ermöglichen.

Um die innenpolitische Akzeptanz zu fördern, könnten die Steuereinnahmen nicht nur zur Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien, sondern auch zur steuerlichen Entlastung der Bevölkerung verwendet werden. Das wären diesseits und jenseits des Atlantiks auch innenpolitisch schlagende Argumente. Sie könnten den durch die Corona-Wirtschaftskrise schwer in Mitleidenschaft gezogenen westlichen Ländern dringend notwendige optimistische und nachhaltige Zukunftsperspektiven geben.

Selbst bislang auf fossile Energieträger fokussierte Unternehmen wie ConocoPhillips und ExxonMobil sowie die Automobilkonzerne Ford und General Motors wären für ein derartiges Zukunftsprojekt zu gewinnen. So befürwortete im Februar 2020 der *Climate Leadership Council*, eine partei- sowie wirtschaftliche und ökologische Interessen übergreifende Vereinigung, die Idee stetig steigender Kohlenstoffsteuern.⁵

Schon seit Längerem favorisiert der gebündelte wissenschaftliche Sachverstand in den USA dieses steuernde Vorgehen.

Anstelle diverser bürokratischer Regulierungen – die weitaus weniger CO₂-Reduzierungen bewirken – sollte das Marktversagen mit Steuern behoben werden, so die über das *Wall Street Journal* im Januar 2019 öffentlich verbreitete Empfehlung von über 3.500 renommierten US-Ökonomen, darunter 27 Nobelpreisträger, vier ehemalige Chefs der US-Notenbank und fünfzehn ehemalige Leiter des *Council of Economic Advisers* – führende Köpfe, die bisherige Präsidenten der Vereinigten Staaten in Wirtschaftsfragen beraten haben.⁶

Mit „Steuern“ könnte auch im eigentlichen Wortsinn die Steuerungswirkung der Energiepreise konsequent genutzt werden. Um zu verhindern, dass einige Staaten Trittbrett fahren, Steuervorteile nutzen und ihre Wettbewerber übervorteilen, sollten auch international koordinierte Maßnahmen, etwa eine „carbon border tax“, erwogen werden.

So will die Europäische Kommission eine CO₂-Steuer auf Importe erheben, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht zu beeinträchtigen, insbesondere in energieintensiven Industrien. Die „Kohlenstoff-Grenzsteuer“ ist ein zentrales Thema im *European Green Deal* der Europäischen Kommission; sie sollte mit den USA und anderen innovationsorientierten Staaten sowie mit dem Regelwerk der Welthandelsorganisation abgestimmt werden, um internationale Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Diese Anpassungen sollten in Aushandlungsprozessen auf internationaler Ebene gemanagt werden. So könnten Anbieter und Nachfrager auf multilateraler Ebene der G20 und der Internationalen Energieagentur ins Gespräch gebracht werden. „Never waste a good crisis“ – in diesem Sinne sollten weltweit die Ver-

antwortlichen ihre milliardenschweren nationalen und internationalen Konjunkturprogramme zur Eindämmung der Corona-Wirtschaftskrise auch dafür nutzen, um Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern.

Denn es ist beides möglich: zum einen mit Blick auf die aktuelle Rezession zeitnahe und zielgerichtete Impulse zu geben, um den privaten Konsum und die unternehmerische Investitionstätigkeit kurzfristig anzukurbeln. Flankiert durch politische Rahmenbedingungen (Steuern oder Emissionsrecht) können sich Konjunkturpakete zum anderen langfristig als transformativ erweisen, indem sie die Struktur der Wirtschaft nachhaltig verändern.

¹ Ausführlicher siehe Josef Braml: „Transatlantic Action Plan: Energy Policy and Climate Change“, in: Policy Brief, Harvard Belfer Center Project on Europe and the Transatlantic Relationship / German Council on Foreign Relations, Januar 2021, www.belfercenter.org/publication/transatlantic-action-plan-energy-policy-and-climate-change [letzter Zugriff: 17.03.2021].

² Vgl. Joe Bidens Campaign-Website, Fact Sheet: 9 Key Elements of Joe Biden's Plan for a Clean Energy Revolution, <https://joebiden.com/9-key-elements-of-joe-bidens-plan-for-a-clean-energy-revolution/> [letzter Zugriff: 17.03.2021].

³ Larry Fink: A Fundamental Reshaping of Finance, 2020, www.blackrock.com/corporate/investor-relations/larry-fink-ceo-letter [letzter Zugriff: 17.03.2021].

⁴ Vgl. die umfangreichen Arbeiten der EU-Kommission zur Regulierung von nachhaltigen Finanzanlagen, die sogenannte EU Taxonomy, https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-technical-expert-group_en, letztes Update: Juli 2020 [letzter Zugriff: 17.03.2021].

⁵ „Editorial Board, Democrats and Republicans Should Both Embrace this Common-sense, Planet-saving Reform“, in: *Washington Post*, 13.02.2020.

⁶ „Economists' Statement on Carbon Dividends. Bipartisan Agreement on How to Combat Climate Change“, in: *Wall Street Journal*, 17.01.2019.

Nachhaltigkeit global

—
Berichte aus Polen, der Arktis und Indien

Polen: Noch zählt der Kohlektor in Deutschlands größtem östlichem Nachbarstaat zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. So gehört Polen zu den Top Ten der Kohleförderländer weltweit. Kohle findet insbesondere in der Energiewirtschaft Verwendung. Über siebzig Prozent des polnischen Stroms wird aus Kohlekraft gewonnen. Allein das Kraftwerk Bełchatów, zweitgrößtes Kohlekraftwerk der Welt, versorgt zwanzig Prozent der polnischen Haushalte mit Elektrizität. Dennoch fiel der Kohleanteil in den letzten Jahren deutlich. Vor zehn Jahren wurden noch über neunzig Prozent des Stroms aus dem „schwarzen Gold“ gewonnen.

Die polnische Regierung will den Anteil der Kohle an der Energiegewinnung mittel- bis langfristig senken. Laut einem im September 2020 vorgestellten Strategiepapier zur Energiepolitik (*Polityka energetyczna Polski do 2040 r.*, PEP2040) soll der Kohleanteil bis 2030 auf 56 Prozent sowie bis 2040 auf achtzehn Prozent sinken. Bis 2049 sollen die letzten Schächte und Tagebauanlagen geschlossen werden. Im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) liegt Polen damit weit hinten, würde jedoch unmittelbar vor dem Jahr 2050, in dem die Europäische Union die Klimaneutralität erreicht haben will, den Ausstieg aus der Kohle vollziehen.

Der Rückzug aus der Kohle ist ein bereits länger anhaltender Trend. Seit vierzig Jahren sinkt die Fördermenge in Polen kontinuierlich. Lag die Steinkohleförderung zu Beginn der 1980er-Jahre noch bei 200 Millionen Tonnen jährlich, ist sie seither auf ein Viertel dieses Wertes gefallen. Für den Zeitraum von Januar bis November 2020 sank der Braunkohleabbau erneut um 8,7 Prozent und der Steinkohleabbau um 11,9 Prozent.

Trotz dieses Rückgangs hatte die polnische Regierung zunächst auf dem Erhalt des Kohlesektors bestanden. Sie tat dies insbesondere mit Rücksicht auf die 80.000 Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig sowie auf die ungefähr 500.000 Beschäftigten im weiteren Umfeld dieses Sektors. „Kohle bleibt für uns eine zentrale Form der Energiegewinnung“, versicherte auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei seiner Antrittsrede 2017. Noch im Präsidentschaftswahlkampf 2020 hatte Präsident Andrzej Duda mit sicheren Arbeitsplätzen für die Bergleute geworben.

Ökonomische sowie ökologische Gründe haben in den letzten Monaten zu einem Umdenken in der polnischen Regierung geführt. Polens Klimaminister Michał Kurtyka verlautbarte Ende Juni 2020, dass ihn die gegenwärtige Pandemie in der Überzeugung bestärkt habe, dass der Weg der Transformation hin zu niedrigen und Netto-null-Emissionen absolut richtig sei. Polen unterstütze Brüssels Bestrebungen, bis 2050 eine Klimaneutralität in der Europäischen Union zu erreichen. Allerdings, so schränkte Kurtyka ein, hänge dies von der „Verfügbarkeit der Mittel für die Energiewandlung, der gesellschaftlichen Akzeptanz und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie ab“.

Tatsächlich ist das vom Klimaminister genannte ökologische Argument ein wichtiges. Insbesondere die Luftverschmutzung ist in Polen ein Problem. Unter den fünfzig Städten mit der schlechtesten Luftqualität in der Europäischen Union liegen 33 Städte in Polen. Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur sterben hier jedes Jahr 45.700 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung.

Trotz dieser Problematik und der EU-Klimapolitik muss darin nicht der Hauptgrund für den Kohleausstieg in Polen gesehen werden. Als

Beschleunigungsfaktor erweist sich insbesondere die anhaltende Pandemie. „Die Coronakrise wird riesige Summen kosten. Aus Sicht der Staatsfinanzen können wir den Abbau von Kohle nicht länger finanzieren“, erklärte unlängst ein anonymer Regierungsvertreter gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*.

Das ökonomische Argument erwächst nicht aus der Krise. So zeigte sich in den letzten Jahren, dass die Konkurrenzfähigkeit polnischer Kohle auf dem Weltmarkt stetig abnimmt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zum einen ist die polnische Kohle – insbesondere wegen ihres hohen Aschegehalts – von geringerer Qualität als die Konkurrenzprodukte aus Russland, Australien oder Kolumbien. Auch weist sie einen geringen Heizwert auf. Je höher dieser ist, desto geringer die Emissionen, was einen wichtigen Kostenfaktor darstellt.

Auf die Konkurrenzfähigkeit wirkt sich ebenfalls die Lage der Kohleflöze aus: Steinkohle ist meist erst in Tiefen von 700 bis zu 1.300 Metern zu finden. Dies hat zur Folge, dass polnische Bergarbeiter pro Jahr statistisch weniger Tonnen Kohle fördern als die ausländische Konkurrenz. Im Vergleich kostet russische Kohle nur ungefähr ein Drittel des polnischen Preises. Unterboten wird die russische Kohle noch von Kohle aus Kolumbien und Südafrika. Inzwischen hat sich die polnische Kohleförderung zum Verlustgeschäft entwickelt. Der Kohlesektor fuhr in den letzten Jahren zum Teil immense Verluste, teils in dreistelliger Millionenhöhe, ein.

Aufgrund der großen Konkurrenz aus dem Ausland hatten Gewerkschafter unlängst einen Importstopp für Kohle aus dem Ausland gefordert. Die polnische Regierung griff diese Forderung auf und verbot den Kauf ausländischer Kohle durch die zahlreichen staatlichen Betriebe. Dies trifft insbesondere auf den größten Energiekonzern *Polska Grupa Energetyczna* (Polnische Energiegruppe, PGE) zu, dessen Anteilseigner mehrheitlich der Staat ist.

Trotz des hauptsächlich aus der Unwirtschaftlichkeit der Kohle resultierenden Ausstiegs dauert die Diskussion um den Bau neuer Tagebauanlagen und Gruben in Polen an. In Schlesien scheiterte die PGE unlängst mit dem Versuch, ein neues Vorkommen zu erschließen. In Złoczew (südwestlich von Łódź) tobt derzeit ein Rechtsstreit um einen neuen Tagebau. Große Aufmerksamkeit erlangten zuletzt tschechische Proteste gegen den sich in Grenznähe befindenden Braunkohletagebau Turów, gegen dessen Ausbau Prag vor dem Europäischen Gerichtshof klagt. Gleichzeitig wurden die Bauarbeiten an einem Kohlekraftwerk in Ostrołęka gestoppt, was zu einer staatlichen Fehlinvestition von mindestens 280 Millionen Euro geführt hat.

Polen steht mit Blick auf seinen Kohlesektor in den nächsten drei Jahrzehnten vor immensen Herausforderungen, Diskussionen und Kompromissen. Zwar scheint der Kohleausstieg in Polen politisch und

gesellschaftlich mittlerweile gewollt, jedoch wird er eine tiefgreifende Energiewende zur Folge haben. Warschau hat damit einen Wandel weg von der Kohle hin zu erneuerbaren Energien, jedoch auch zur Kernkraft eingeläutet. Insbesondere die Kernkraft wird in Polen als eine Möglichkeit erachtet, die Energiegewinnung aus Kohle zu ersetzen. Planungen für ein erstes Atomkraftwerk in Pommern nehmen derzeit konkrete Gestalt an. Für die polnischen Konsumenten wird sich diese Energiewende insbesondere im Strompreis niederschlagen. So soll dieser, bedingt durch den Strukturwandel, mindestens bis 2030 steigen.

David Gregosz

*Leiter des Auslandsbüros Polen der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Warschau*

Arktis: Die Folgen des Klimawandels in der Arktis sind dramatisch und haben zu unumkehrbaren Veränderungen geführt. Die fortschreitende Erderwärmung vollzieht sich mehr als doppelt so schnell wie in anderen Weltregionen. Messbar ist dies unter anderem an der schwindenden Ausdehnung und Dicke des Meer- und Landeises – ein Frühwarnsystem des Klimawandels. Große Teile des Nordpolarmeers lagen früher ganzjährig unter einer dichten Eisschicht; Grönland galt als das Land des ewigen Eises, in dem grüne Landstriche, im Gegensatz zur eigentlichen Bedeutung des Namens, nur selten zum Vorschein kamen. Das rasante Abschmelzen des grönländischen Eisschildes führt zur Freilegung dieser Flächen und zum Anstieg des Meeresspiegels.

Die zunehmende Eisfreiheit steigert die ökonomische Bedeutung der Arktis. Die Ausweitung von Berg- und Tagebauvorhaben ist nun ebenso möglich wie die Öl- und Gasexploration sowie der verstärkte Seeverkehr in Gebieten, die zuvor eisbedeckt waren.

Aufrührendes Symbol der klimatischen Veränderungen sind die Eisbären: Ihr Lebensraum „schmilzt“ im wörtlichen Sinne. 22.000 bis 31.000 dieser Tiere leben heute in der Arktis. Im Eis jagen sie Robben und Walrosse und bringen ihre Jungen in Schneehöhlen zur Welt. Eisbären sind auf das Meereis angewiesen, das in den letzten Jahrzehnten dünner geworden ist. Je früher im Jahr das Eis bricht, desto weniger Nahrung können die Eisbären erbeuten.

Die Arktis – auf ihrem Gebiet leben vier Millionen Menschen (mit Kanada, den USA und Russland) – ist keine homogene Region, sondern umfasst sehr unterschiedliche Ökosysteme und Lebensräume. Besonders die subarktischen Regionen im Norden Norwegens, Schwedens und

Finnlands sind von urbanen Industrie- und Wissenschaftszentren wie Tromsø, Kiruna und Rovaniemi geprägt. Nachhaltige Strategien sind somit in allen Bereichen gefragt. Dabei geht es ebenso um gute Unternehmens- und Regierungsführung wie um Umweltfragen in einer sensiblen ökologischen Zone sowie um die sozialen Belange der Menschen.

Das arktische Meereis spielt nicht nur eine wichtige Rolle im globalen Klimasystem, es ist auch seit Jahrhunderten Bestandteil des Lebens der indigenen Gesellschaften wie der Inuit als Fischer und Jäger und der Sami als Rentierzüchter. Eine nachhaltige Entwicklung schließt damit den Erhalt und Schutz des kulturellen Erbes und Lebensraums der indigenen Völker ein. Der besonders geschützte Status der Sami als Rentierherdenhalter gerät in Nordschweden einerseits immer wieder in Konflikt mit den Interessen der Bergbauindustrie, wenn Letztere mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in Gebiete expandieren wollen, die traditionelles Weideland der Rentierherden sind.

Andererseits wird die Bergbauindustrie in diesen Breitengraden als wichtiger Wirtschaftsfaktor für eine nachhaltige Entwicklung der Region erachtet, da sie Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Seit 2014 werden große Anstrengungen unternommen, um einen Teil der Stadt Kiruna umzusiedeln und an anderer Stelle wiederaufzubauen, da unter dem alten Stadtkern reiche Vorkommen an Eisenerz vermutet werden. Eine nachhaltige Vorgehensweise bedeutet wie im Fall Kiruna, dass die Einkommen, die in der Region generiert werden, auch dort bleiben sollen, damit die wirtschaftlich aktive Bevölkerung in der Kommune gehalten wird und die Region konkurrenzfähig bleibt.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Ausbeutung von Bodenschätzen, die durch längere und wärmere Sommerperioden begünstigt wird, bestimmen und steuern die jeweiligen Kommunen und Provinzen (im Fall Grönlands die autonome Regierung). Es handelt sich also nicht um unkontrollierbare Dynamiken.

Aus politischer Perspektive ist der 1996 gegründete Arktische Rat, dem die acht Arktisstaaten Dänemark (mit Grönland), Kanada, Norwegen, die Russische Föderation, die USA, Island, Schweden und Finnland angehören, die bedeutendste zwischenstaatliche Institution zur Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung in der Arktis. Ziel des Arktischen Rates ist gleichermaßen der Erhalt der einzigartigen Lebensräume sowie die umweltverträgliche wirtschaftliche Ausbeutung der Bodenschätze. Bislang wird die Zusammenarbeit im Arktischen Rat als vertrauensvoll und konstruktiv beschrieben.

Deutschland, das im August 2019 die „Leitlinien deutscher Arktispolitik“ veröffentlichte, hat Beobachterstatus im Arktischen Rat. Neben Umwelt- und Klimaschutz geht es in den Leitlinien besonders um die Forschung. In der Polarforschung nimmt Deutschland eine Spitzenposition

ein, wie das internationale Projekt der Expedition MOSAiC (*Multidisciplinary drifting Observatory for the Study of Arctic Climate*, Multidziplinäres Driftobservatorium zur Untersuchung des Arktisklimas) unter Leitung des Alfred-Wegener-Instituts 2020 bewiesen hat. Das Forschungsschiff „Polarstern“ bewegte sich ein Jahr lang in der arktischen Eisdrift und stand damit in der Tradition der Expedition des norwegischen Polarforschers Fridtjof Nansen vor über einhundert Jahren.

Die Regierungen der nordischen Länder arbeiten nicht nur im Arktischen Rat, sondern auch im Nordischen Ministerrat, im Nordischen Rat sowie im Barents-Euro-Rat in Fragen, die die Arktis betreffen, zusammen. Der Fokus liegt auf der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den arktischen Gebieten der nordischen Länder. Entsprechend sind die Gesundheitsversorgung, soziale Fragen und Bildung, die arktische Umwelt und Natur, Klima sowie eine nachhaltige und grüne wirtschaftliche Entwicklung Arbeitsschwerpunkte.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Norden „grün, konkurrenzfähig und sozial nachhaltig“ zu gestalten. In den nordischen Ländern steigt generell das Bewusstsein, dass die Zusammenarbeit und Koordination verbessert und ausgebaut werden muss, um als relevante und gewichtige Stimme wahrgenommen zu werden. Dies gilt umso mehr für die Arktis angesichts des seit einigen Jahren rauer werdenden sicherheits- und geopolitischen Klimas. Die gestiegenen globalen Großmachtrivalitäten zwischen den USA und China sowie Russland werden zunehmend auch in die Arktis hineingetragen. Russland hat seine militärische Präsenz in der Region seit einem Jahrzehnt sukzessive erhöht.

Bei einem Treffen der fünf nordischen Regierungschefs in Reykjavik im August 2019 wurde auch Deutschland einbezogen und eine Plattform für einen noch engeren Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den sechs Ländern geschaffen, insbesondere in Fragen der Nachhaltigkeit. Die Regierungschefs von Island, Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland beschlossen bei diesem Treffen, die nordischen Länder bis 2030 zur nachhaltigsten Region der Welt zu entwickeln.

Finnland strebt die Klimaneutralität bis 2035 an und will die weltweit erste fossilfreie Wohlfahrtsgesellschaft werden. Die finnische Regierung plant, ihre Maßnahmen zur Emissionsreduzierung massiv zu beschleunigen. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, setzt Finnland – wie auch Schweden – weiter auf die Nutzung der Kernenergie neben dem Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Reduzierung fossiler Energieträger. Zu Finnlands nachhaltiger und ökologischer Politik trägt die Kernenergie mit einem Drittel des in Finnland erzeugten Stroms bei.

Für Norwegen hat die Arktis durch eine gemeinsame Grenze mit Russland eine wichtige außenpolitische Bedeutung. Norwegen spricht

sich deshalb klar für ein größeres Engagement der NATO in der Arktis aus. Innen- und wirtschaftspolitisch schließen sich die Förderung der arktischen Ressourcen sowie der Schutz der Arktis nicht aus. Zu Norwegens Prioritäten gehören eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit Öl- und Gask Gewinnung, Fischerei, Schifffahrt und Tourismus.

Um eine langfristige verantwortungsvolle und ausgewogene Entwicklung in der Arktis zu ermöglichen, ist es entscheidend, dass sich alle beteiligten und interessierten Akteure – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arktis – in einem ständigen Dialog und Informationsaustausch befinden. Dies sollte zu einem differenzierten Verständnis der Region führen.

Gabriele Baumann

Leiterin des Regionalprogramms Nordische Länder der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Stockholm (Schweden).

Indien ist eines der größten Entwicklungsländer der Welt und besitzt nach China mit 1,37 Milliarden Menschen die zweithöchste Einwohnerzahl. Bis 2030 wird Indien China voraussichtlich überholt haben; dann leben in Indien zwanzig Prozent der Weltbevölkerung. Laut *NITI Aayog*, der Nationalen Institution für die Transformation Indiens, ist es gelungen, „die Inzidenz mehrdimensionaler Armut zu halbieren und 271 Millionen Menschen aus den am stärksten gefährdeten Teilen der Gesellschaft aus der Armut zu befreien“. Millionen Arme müssen jedoch weiterhin mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen.

Die Corona-Pandemie hat das Land hart getroffen. Mit nahezu 400.000 bekannten täglichen Neuinfektionen und rund 3.500 gemeldeten Todesfällen täglich (es ist jeweils von einer sehr hohen Dunkelziffer auszugehen) sowie rund 3,5 Millionen aktiv Infizierten ist das indische Gesundheitssystem Anfang Mai 2021 am Rande des Zusammenbruchs angelangt. Die Millionenmetropolen sowie teilweise komplette Staaten Indiens befinden sich im mehrwöchigen Lockdown. Die Folgen dieser Pandemie werden nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch die Bemühungen um Nachhaltigkeit und soziale Fortschritte bremsen. Umso mehr steht Indien vor großen Herausforderungen. Genannt seien etwa soziale Verschiebungen und damit einhergehende Änderungen des Lebensstils und die massiven Umweltprobleme vielerorts. Die wirtschafts- und umweltpolitischen Entscheidungen, die das Land künftig trifft, werden fraglos globale Auswirkungen haben.

Indiens wachsende Infrastruktur lässt die weltweite Nachfrage nach Baustoffen, etwa Zement und Stahl, deren Produktion sehr energieintensiv

ist, steigen. Das Land verfügt über vielfältige Ressourcen und ein großes Reservoir an Arbeitskräften, und es sondiert derzeit die Möglichkeiten, in direkter Konkurrenz zu China den weltweiten Bedarf an Rohstoffen zu bedienen. Indiens Umgang mit seinen Ressourcen wird die Angebotsseite der Industrie weiter befeuern und ist unter nachhaltigen Gesichtspunkten herausfordernd.

Laut *India Energy Outlook 2021* hat sich der Energieverbrauch im Land seit 2000 verdoppelt, wobei Kohle, Öl und feste Biomasse achtzig Prozent des Bedarfs decken. Der Energieverbrauch und die Emissionen pro Kopf betragen allerdings weniger als die Hälfte des weltweiten Durchschnitts. Das gilt derzeit auch noch für andere Schlüsselindikatoren, wie Fahrzeugbesitz oder die Stahl- und Zementproduktion. Trotz steigenden Energieverbrauchs liegen die Pro-Kopf-Treibhausgasemissionen Indiens unter dem G20-Durchschnitt und werden ihn auch in naher Zukunft noch unterschreiten.

Nicht unproblematisch ist, dass Indiens Wachstum noch auf fossilen Brennstoffen basiert. Der Kohleverbrauch steigt, und die Städte sind einer erheblichen Umweltverschmutzung ausgesetzt – besonders spürbar ist das in Großstädten wie Neu-Delhi oder Mumbai. Indien lag zwischenzeitlich auf Platz drei der Länder mit den höchsten CO₂-Emissionen.

Indien hat jedoch erhebliche Fortschritte bei der Einführung umweltfreundlicher Technologien vorzuweisen. In seiner Rede anlässlich des G20-Gipfels 2015 formulierte Premierminister Narendra Modi das ambitionierte Vorhaben, wie Indien auf nationaler Ebene die von den Vereinten Nationen vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen plant – nicht ohne die künftige globale Rolle seines Landes insgesamt zu skizzieren. Modi versprach, bis 2022 eine zusätzliche Kapazität von 175 Gigawatt erneuerbarer Energien zu schaffen, die Subventionen für fossile Brennstoffe zu kürzen, eine Steuer auf Kohle zu erheben und einen *National Clean Energy Fund* in Höhe von drei Milliarden US-Dollar zur Förderung sauberer Technologien einzurichten.

Den Beschlüssen des Pariser Klimaabkommens folgend, hat Indien ehrgeizige Klimaziele. Bis 2030 will es den Anteil von Wind- und Solarenergie, Biomasse, Wasserkraft, aber auch Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung auf vierzig Prozent steigern. Gleichzeitig soll der CO₂-Ausstoß um mindestens 25 Prozent gesenkt werden. Angestrebt werden 450 Gigawatt erneuerbare Energien. Die Frage der Realisierbarkeit wird zu Recht diskutiert; dennoch ist diesem ernst gemeinten Bestreben Anerkennung zu zollen.

Indien engagiert sich auch im Rahmen der G20 für Nachhaltigkeit und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Eines der wichtigsten Ergebnisse war die Gründung der *International Solar Alliance* (ISA), in der die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beobachterstatus innehat. Die ISA

wurde 2015 von Premierminister Modi und dem damaligen französischen Präsidenten François Hollande auf den Weg gebracht. Ihre Gründung war eine der ersten weltweiten Initiativen Indiens.

Die ISA hat sich zu einer Durchführungsorganisation entwickelt, die sich vornehmlich mit dem beschleunigten Einsatz von Solartechnik befasst. War die Mitgliedschaft zunächst auf Länder im Tropengürtel der Erde beschränkt, ist die Allianz seit der Änderung der Rahmenvereinbarung 2018 zur Universalisierung der Mitgliedschaft enorm gewachsen. 2020 hatten bereits neunzig Länder das ISA-Rahmenabkommen unterzeichnet.

Obleich Indien kein bedeutender Hersteller oder Technologieriese auf dem Gebiet der Solarenergie ist, hat es sich eine Führungsposition in der ISA erarbeitet. Indien setzt auf Solarenergie. So beabsichtigt das Land, seinen Landwirten etwa 1,7 Millionen Solarpumpen zur Verfügung zu stellen. Indiens Bestreben, den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben und praktisch umsetzbare Lösungen für Entwicklungsländer bereitzustellen, wird weltweit anerkannt.

Eine von Indiens Schlüsselinitiativen ist das Programm *One Sun, One World, One Grid* (OSOWOG, „eine Sonne, eine Welt, ein Stromnetz“). Es wird häufig mit der chinesischen Seidenstraßeninitiative verglichen, doch konzentriert es sich vorrangig auf die Förderung und Gewährleistung des Zugangs zu Solarenergie. Geplant ist ein globaler Konsens über die Aufteilung der Solarressourcen.

Die genannten Initiativen belegen Indiens wachsende Rolle im globalen Wettbewerb um mehr Nachhaltigkeit. Das Land ist nicht mehr nur Anwender von Normen, sondern es setzt sie inzwischen selbst. Indiens zunehmende Präsenz im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs ist auch Ausdruck dafür, dass man neue Wege beschreiten, neue Initiativen entwickeln will und bereit ist, herausfordernde Aufgaben zu übernehmen. Indien hat seine globale Statur und seine bilateralen oder multilateralen Beziehungen immer auf seiner umfassenden *Soft Power* aufgebaut. Indiens Führungsposition in der ISA stärkt zudem das Vertrauen anderer Entwicklungsländer, mutige Initiativen zu ergreifen. Obwohl das Land vor einer Reihe von Entwicklungsherausforderungen steht, präferiert es umweltfreundliche und nachhaltige Lösungen, die erhebliche Finanzmittel und Kapazitäten erfordern werden.

In den letzten zehn Jahren hat sich Indien zu einer starken Stimme im globalen Klimadialog entwickelt. Indien ist zu einem Land geworden, das herausfordernde und komplexe Initiativen ergreift und darauf hinarbeitet, diese umzusetzen – langsam, stetig und mit erstaunlichen Ergebnissen.

Peter Rimmele

Leiter des Auslandsbüros Indien der Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Neu-Delhi

Knickt Kapital Natur?

Wie die Finanzwirtschaft mehr für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sorgen kann

ANTONIA MANNWEILER

Geboren 1993 in Aschaffenburg, Studium der Wirtschaftswissenschaften und Masterstudium in Internationalem Journalismus, seit 2018 Mitglied der Finanzredaktion, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Während der Finanzkrise 2008 musste man nicht lange nach dem Übeltäter suchen. Ausgehend von Amerika, hatten große Banken untereinander wissentlich faule Kredite in strukturierten Finanzprodukten gehandelt. Als die Zinsen in den Vereinigten Staaten anzogen und die Immobilienblase platzte,

zog die Finanzindustrie die Märkte weltweit in ihren Sog und stürzte die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. Die Branche wurde mit Steuergeldern in Milliardenhöhe gerettet. Verantworten musste sich für diese Krise letztlich im Bankwesen jedoch so gut wie niemand.

Mehr als elf Jahre später schlitterte die Weltwirtschaft wieder in eine Rezession. Die Vorzeichen für die Finanzindustrie haben sich allerdings geändert: In der Coronakrise haben sich die Banken als wichtiges Bindeglied zwischen staatlichen Hilfskrediten und strauchelnden Unternehmen erwiesen. Es passt in das neue Narrativ der Finanzbranche, die sich vom einstigen Saulus zum Paulus gewandelt hat. Schon längst haben sich die Prioritäten verschoben: Während früher ausschließlich die Rendite zählte, spielen heute auch Kriterien wie die CO₂-Bilanz und Diversität eine wichtige Rolle.

Der Wind in der Gesellschaft und auch an den Finanzmärkten hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gedreht. Dabei ist nicht nur das Bewusstsein für den Klimawandel nach unzähligen Dürreperioden, Überschwemmungen oder Bildern von einsam herumschwimmenden Eisbären gestiegen. Gerade in der jüngeren Vergangenheit sind durch Proteste gegen die Diskriminierung und Gewalt gegenüber Minderheiten auch soziale Fragen wieder stärker in den Vordergrund gerückt. In Deutschland hat der spektakuläre Fall des einstigen Sterns am Finanzmarkt-Himmel, Wirecard, dagegen verdeutlicht, dass auch das Thema *Governance* bei der Frage der Nachhaltigkeit nicht aus dem Fokus geraten darf. In der Finanzbranche werden die Nachhaltigkeitsebenen, die Umwelt, das Soziale und die Grundsätze guter Unternehmensführung, unter den drei Buchstaben ESG (*Ecological, Social, Governance*) zusammengefasst.

GRÜNE FEDERN?

Mittlerweile gibt es kaum eine Fondsgesellschaft, die das Kürzel „ESG“ noch nicht auf irgendein Finanzprodukt gedruckt hat, keine Bank mehr, die sich keine ethische oder ökologische Finanzierung auf die Fahne geschrieben hat, und keine Versicherung, die nicht eine nachhaltige Strategie vorweisen kann. Einige kritisieren, dass sich die Finanzinstitute lediglich mit grünen Federn schmücken und Grünfärberei, also *Greenwashing*, betreiben, um Produkte nachhaltiger erscheinen zu lassen, als sie es tatsächlich sind.

Zwar lässt sich das in einigen Fällen nicht von der Hand weisen, doch klar ist auch, dass die Finanzindustrie nicht losgelöst vom Klimawandel oder der Einhaltung von Menschenrechten wirtschaften kann. Die Auswirkungen von Hitzewellen oder Naturkatastrophen als Folge der Erderwärmung zu ignorieren, kann die Branche teuer zu stehen kommen. Das betrifft an vorderster Front die Versicherungsbranche. Innerhalb von rund dreißig Jahren stieg die Zahl der Naturkatastrophen bis 2018 von 240 auf 820. Laut der Europäischen Zentralbank betrug 2018 der komplette Verlust der Versicherungen weltweit infolge von wetterabhängigen Ereignissen knapp 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die gesamtwirtschaftlichen Verluste haben sich in der gleichen Zeit von 150 Milliarden Dollar auf 350 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt.

„Geld ist Macht“, formuliert es Anne Simpson, Direktorin des *California Public Employees' Retirement System*, eines der größten Pensionsfonds in Amerika. Könne man das Kapital und die Macht der Finanzmärkte nutzen, könne man sicherstellen, dass die Unternehmen den nötigen Wandel zur Eindämmung der Erderwärmung vollziehen.

Die Rolle des Finanzmarktes ist dafür von wesentlicher Bedeutung. Die 500 größten Vermögensverwalter der Welt verwalteten 2019 global mehr als 104 Billionen Dollar. Das geht aus einer Studie des *Thinking Ahead Institute* im Auftrag des multinationalen Risikomanagement-, Versicherungsmakler- und Beratungsunternehmens *Willis Towers Watson* hervor. Und auch auf der Kreditseite werden Billionen bewegt. Laut Daten der *International Capital Markets Association* umfasst der Bondmarkt weltweit die stolze Summe von 128 Billionen Dollar – ein Drittel davon entfällt auf Unternehmensanleihen.

Dabei stehen Banken, Vermögensverwalter und Versicherungen auch selbst unter spürbarem Druck: seitens Politik mit immer strengeren Vorgaben, der Zivilgesellschaft und vor allem seitens ihrer eigenen Kunden. Es sind nicht nur die großen institutionellen Investoren, sondern auch verstärkt Privatanleger, die eine schnellere Umschichtung der Vermögenswerte in nachhaltige Anlagen verlangen. In einer vom Wirtschaftsprüfungsnetzwerk *PricewaterhouseCoopers International* (PwC) durchgeführten Umfrage erwarteten 99 Prozent der befragten institutionellen Investoren eine zunehmende Angleichung von ESG- und nicht nachhaltigen Produkten; die Mehrheit ging davon sogar schon bis zum nächsten Jahr aus.

ETHISCHER ALS DIE KONKURRENZ

Mit zunehmender Nachfrage steigt der Wettbewerbsdruck innerhalb der Branche, nachhaltige Produkte ins Sortiment aufzunehmen und noch ethischer oder umweltfreundlicher zu sein als die Konkurrenz. Das Geschäft mit den grünen Finanzprodukten hat sich längst zu einem Milliardenmarkt entwickelt. Das Jahr 2020 endete hierzulande trotz der Coronakrise mit einem neuen Höchststand beim Vermögen nachhaltiger Fonds, meldete der Deutsche Fondsverband BVI Anfang März. Bis zum Ende des vergangenen Jahres verwalteten nachhaltige Fonds ein Vermögen von insgesamt 147 Milliarden Euro und damit rund dreißig Prozent (33 Milliarden Euro) mehr als noch im Vorjahr. Das Wachstum der konventionellen Fonds betrug dagegen nur kümmerliche drei Prozent. Auch weltweit kletterte das verwaltete Vermögen in ESG-Fonds 2020 laut dem Fondsanalysehaus *Morningstar* auf ein neues Rekordhoch von knapp 1,7 Billionen Dollar.

Ähnlich stark wächst auch der Markt für grüne Anleihen, die *Green Bonds*. Nach Angaben der *Climate Bond Initiative* wächst der kumulierte Gesamtmarkt seit 2015 im Schnitt um jährlich sechzig Prozent. Vor sechs

Jahren war er gerade einmal 104 Milliarden Dollar schwer, fünf Jahre später schon mehr als eine Billion Dollar.

Bei der Forcierung ethischer oder ökologischer Faktoren bei der Geldanlage geht es jedoch nicht nur um Gewinne, sondern auch um die Begrenzung von Verlusten, die durch ESG-Risiken entstehen können. Der ehemalige Gouverneur der britischen Zentralbank, Mark Carney, warnte Ende 2019 vor den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels auf den globalen Finanzsektor, sofern Unternehmen nicht mehr täten, um ihre Klima-Risiken einzudämmen.

UMLENKEN AUS EIGENNUTZ

Für die Branche stellt sich konkret die Frage nach den Folgen des Klimawandels auf ihr Geschäft und welche Instrumente sie zur Hand hat, um ihn zu bekämpfen. Die großen Kapitallenker der Welt haben längst erkannt, dass Investments, die dem Klima schaden, Menschen- und Arbeitsrechte verletzen oder eine gute Unternehmensführung außer Acht lassen, langfristig nicht rentabel sind. Eine der mächtigsten und einflussreichsten Personen der Finanzbranche und Chef des größten Vermögensverwalters der Welt, Black-Rock-Chef Larry Fink, lässt keine Konferenz mehr vergehen, ohne das Mantra zu predigen, dass ESG-Risiken auch Investmentrisiken seien.

Es gibt zahlreiche Beispiele von Unternehmen, die finanziell für ein verantwortungsloses Wirtschaften abgestraft wurden. Der britische Fast-Fashion-Händler Boohoo, der bei seinen Kunden wegen besonders günstiger Kleidung beliebt ist, bekam das im vergangenen Sommer zu spüren. Die britische Zeitung *The Sunday Times* deckte auf, dass Mitarbeitern eines Subunternehmens in Leicester Stundenlöhne von 3,50 Pfund gezahlt wurden, und damit weit weniger als die gesetzlich vorgeschriebenen 8,72 Pfund Mindestlohn für über 25-Jährige.

Es folgte ein Aufschrei in den sozialen Medien, auch von vielen der jungen Kundinnen des Händlers. Das Bekanntwerden der Arbeitsverhältnisse hatte jedoch nicht nur schwerwiegende Folgen für die Reputation des Unternehmens, sondern auch für dessen Aktienkurs: Innerhalb kürzester Zeit sackte er von vier auf 2,2 Pfund ab. Innerhalb nur zweier Tage verbrannte das Unternehmen rund zwei Milliarden Pfund seines Börsenwerts. Es war ein Desaster für das Unternehmen – und für seine Aktionäre. Die schottische Investmentgesellschaft *Standard Life Aberdeen* warf in der Folge fast ihre gesamten Anteile auf den Markt. Auch wenn sich der Kurs mittlerweile wieder etwas erholt hat: Das Image litt nachhaltig.

In der Textilbranche dreht sich ein Großteil der ESG-Risiken um die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten. Im Energiesektor treibt viele Vermögensverwalter dagegen die Furcht vor den sogenannten „Stranded

Assets“ um. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, dürften große Mengen der noch im Boden befindlichen fossilen Energieressourcen nicht mehr gefördert werden. Im schlimmsten Fall könnte das dazu führen, dass Aktien oder Anleihen von Investoren in dem Bereich auf einen Schlag wertlos und damit zu „gestrandeten Vermögenswerten“ würden.

Um sich vor solchen Risiken zu schützen, verabschieden sich immer mehr Vermögensverwalter von fossilen Investments oder reduzieren ihr Engagement drastisch. Der größte Staatsfonds der Welt, der norwegische Pensionsfonds, ist bekannt für seine strengen ESG-Anforderungen. Der knapp eine Billion schwere Fonds hat dabei schon vor einigen Jahren beschlossen, Unternehmen auszuschließen, die mehr als dreißig Prozent ihres Umsatzes aus Kohle beziehen.

BOYKOTT GEGEN KOHLE

Es klingt nach einer reizvollen und vor allem einfachen Lösung, sämtliche Umweltverschmutzer oder unsozialen Unternehmen aus dem Portfolio zu werfen und ihnen den Geldhahn zuzudrehen. Es gibt nicht wenige Nichtregierungsorganisationen, die solche extremen Forderungen stellen; eine davon ist die amerikanische Initiative *Stop the Money Pipeline*, die der Wall Street vorwirft, die Zerstörung des Klimas zu finanzieren. Gemeinsam mit der Initiative forderte auch die Hollywood-Ikone Jane Fonda die amerikanische Großbank JP Morgan dazu auf, die Finanzierung der Kohleindustrie zu stoppen. Am Ende des veröffentlichten Videos zerschnitt sie eine Bankkarte.

Hinter dem Stichwort *Divestment* verbirgt sich die Idee, Gelder aus klimaschädlichen oder unethischen Anlagen komplett herauszuziehen. Es ist das schärfste Schwert, das Vermögensverwalter schwingen können, um Unternehmen zum Einlenken zu bewegen. Banken können auf der anderen Seite „schlicht“ die Finanzierung etwa von Kohlekraftwerken beenden, Versicherungen besonders klimaschädliche Unternehmen oder Projekte nicht mehr versichern – Maßnahmen, die die Industrie schon jetzt zunehmend trifft.

Ist der Druck der Investoren groß genug, lenken die Unternehmen automatisch ein, so das Argument. Das Gegenargument lautet jedoch, dass letztlich nur die Inhaber der Firmen, also die Aktionäre, auch Ansprüche stellen können. Ziehen sich die Investoren ganz aus dem problematischen Unternehmen heraus, verlieren sie jedoch ihr Stimmrecht – und damit ihren Einfluss. Zumal sich solche Entscheidungen nicht einfach einseitig treffen lassen. Schließlich verwalten Fondsgesellschaften nicht ihr eigenes Geld, sondern das ihrer Kunden. Vermögensverwalter können nicht gegen deren Interesse handeln. Das ergibt sich allein schon aus ihrer treuhänderischen Pflicht, die besonders in Amerika noch immer die Rendite in den Vordergrund stellt.

Dem *Divestment* gegenüber steht das sogenannte *Engagement*, der aktive Dialog zwischen den Unternehmen und den Vermögensverwaltern. Im Gespräch werden, so zumindest die Hoffnung, Kompromisse getroffen, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens garantieren, jedoch auch deren nachhaltige Transformation. Auch wenn das nicht immer funktioniert, betonen Befürworter dieser Strategie gern, dass der Umwelt mehr dadurch geholfen sei, einen besonders „schmutzigen“ Akteur „grüner“ zu bekommen, als Geld in ohnehin schon umweltfreundliche Unternehmen zu pumpen. Da anpacken, wo es wehtut, lautet also die Devise.

Das *Engagement* ist jedoch nur so lange sinnvoll, wie die Unternehmen mitziehen. Werden bestimmte ESG-Reporting-Prozesse etwa bewusst verzögert oder kritische Themen ignoriert, verlieren Investoren, die keine Konsequenzen ziehen, ihre Glaubwürdigkeit. Dabei kommt dem Stimmrecht der Aktionäre eine immer größere Rolle zu.

So kann auf Hauptversammlungen gegen das Management votiert werden; auch können Aktionärsanträge unterstützt werden, etwa zu strengeren Klimazielen. Gerade im Verbund mit anderen großen Investoren kann der Druck auf die Unternehmen weiter erhöht werden. Das 2017 gegründete Investorennetzwerk *Climate Action 100+*, das aus 570 Investoren mit einem verwalteten Vermögen von 54 Billionen Dollar besteht, versucht etwa, Unternehmen zu bewegen, feste Klimaziele zu setzen oder ESG-Risiken offenzulegen.

SCHLUPFLÖCHER FÜR UNTERNEHMEN?

Auch auf der Kreditseite gibt es verschiedene neue Lösungsansätze, Anreize für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen. Dazu zählen die sogenannten *ESG-linked Loans* oder *Sustainability-linked Loans*, die an Beliebtheit zunehmen. Mit ihnen werden die Kreditkonditionen an bestimmte Nachhaltigkeitsziele gekoppelt. Der italienische Energiekonzern Enel, der 2019 solch einen *Sustainability-linked Loan* begab, muss bis Ende dieses Jahres das Ziel von 55 Prozent an installierter Leistung aus erneuerbaren Energien erreichen. Verfehlt er dieses, muss er 25 Basispunkte mehr für den Kredit von 1,5 Milliarden Dollar zahlen. Dabei müssen solche an Nachhaltigkeit gekoppelten Ziele jedoch vorher festgelegt und von unabhängiger Stelle überprüft werden.

Lösungen, die mit Anreizen arbeiten, könnten sich künftig in der Finanzbranche etablieren, etwa auch bei der Vergütung von Vorständen, die an ESG-Kriterien geknüpft ist. Ob sie den Unternehmen Schlupflöcher bieten und am Ende doch nur dem *Greenwashing* dienen, wird sich zeigen und vermutlich im Einzelfall nicht ganz vermeiden lassen. Der französische Energiekonzern Total hat im Februar zumindest verkündet, künftig nur noch Anleihen begeben zu wollen, die an Nachhaltigkeitsziele gekoppelt sind.

„Spinning Jenny“ zum Quadrat

Innovation als Schlüssel für Klimaneutralität und Wachstum

BERND WEBER

Geboren 1985 in Starnberg, Gründer und Geschäftsführer, EPICO Klima-Innovation, Berlin.

Die Corona-Pandemie verstärkt die Megatrends, die wir seit Langem wahrnehmen; angefangen bei der Digitalisierung über die Flexibilisierung der Arbeitswelt bis zum Auf-

streben Chinas, und sie wirft ein erhellendes Licht auf den Klima- und Umweltschutz. Auch wenn Deutschland aufgrund der pandemiebedingt niedrigeren Emissionen seine Klimaziele 2020 erreicht hat, wird mehr als zuvor deutlich, welche Folgen Verbote, Verzicht und Beschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens aus Gründen des Klimaschutzes hätten. Während der Krise konnten wir weltweit zwar einen Rückgang der Emissionen um sieben Prozent und um zehn Prozent in Deutschland

verzeichnen. Die Gegenfrage lautet jedoch: Was ist mit den restlichen neunzig Prozent? Um einen Großteil der Emissionen abzusenken, brauchen wir nicht Restriktionen, sondern Innovationen, die eine Überführung unseres bisherigen Wirtschaftens als Grundlage für unseren Wohlstand in eine klimaneutrale Zukunft ermöglichen. Die Chancen sind enorm: Durch eine konsequente Fokussierung auf Klimainnovationen könnten 802 Milliarden Euro zusätzliche Bruttowertschöpfung in Europa und 11,6 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.¹

Als vor gut 250 Jahren mit der Erfindung der Spinnmaschine „Spinning Jenny“ in England die Industrielle Revolution begann, benötigte man plötzlich nur noch einen Menschen und eine Maschine; für die gleiche Produktionsmenge waren zuvor vier bis acht Menschen erforderlich. Die enorme Effizienzsteigerung, die mit dieser und vielen weiteren Innovationen einherging, führte dazu, dass die Arbeit einfacher, diversifizierter und von einzelnen Arbeitskräften entkoppelt wurde.

Für das Ziel, Klimaneutralität bis 2050 in Europa zu erreichen und die vom Menschen verursachte Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad Celsius weltweit zu beschränken, benötigen wir viele „Spinning-Jenny“-Durchbrüche; angefangen bei Grünem Stahl über schwimmende Photovoltaik- und Windkraftanlagen, klimaneutralen Zement, marktfähigen grünen Wasserstoff und Lösungen für negative Emissionen bis hin zur digitalen Transparenz von CO₂-Emissionen und einer vollständigen Kreislaufwirtschaft. Die Hälfte der im Jahr 2050 zusätzlich zu den aktuellen politischen Plänen notwendigen Emissionseinsparungen muss durch Innovationen erfolgen, die heute noch keine Marktreife erreicht haben.² Es ist jetzt der Zeitpunkt, um umgehend verlässliche und technologieoffene Rahmenbedingungen zu schaffen, zumal Investitionszyklen weit über 2050 hinausgehen. So ist ein Hochofen durchschnittlich fünfzig, ein Zementofen sechzig und ein *Steamcracker* (Dampfspalter in der Petrochemie) sogar bis zu siebzig Jahre in Betrieb. Deshalb müssen wir jetzt die notwendigen technologischen Sprünge mit Nachdruck vorantreiben und Innovationszyklen verkürzen.

Für den Weg dorthin brauchen wir einen neuen Rahmen durch die Weiterentwicklung eines weiteren Erfolgsmodells: der Sozialen Marktwirtschaft. Entwickelt mit dem Gedanken, dass Märkte, die unmittelbar für Individuen und Unternehmen Anreize zum Erlangen von Wohlstand setzen, das beste Modell für eine prosperierende Wirtschaft und Gesellschaft sind und dass zugleich unerwünschte Nebenwirkungen eines ungezügelten Kapitalismus verhindert werden müssen, sieht die Soziale Marktwirtschaft Leitplanken vor, innerhalb derer die Kräfte des Marktes ihre Wirkung entfalten können. Sie müssen für den Klimaschutz neu gezogen werden. Wir brauchen die Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Was bedeutet das konkret? Wir müssen die Kosten für Umwelt, Gesundheit und Menschheit, die klimaschädliches Wirtschaften hat,

internalisieren, damit sie mit Preissignalen vorweggenommen werden, um so klimafreundliches Wirtschaften und Verhalten ökonomisch anzureizen. Dies bedeutet zudem, dass wir dort, wo dieser klimafreundliche Markt allein (noch) nicht die nötigen Anreize zum Erreichen von Klimaneutralität setzt, mit einem intelligenten und zielgerichteten Mix aus Fördermaßnahmen und Regulierung unterstützend eingreifen. Erforderlich ist dies nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch, um die soziale Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen und die Umbrüche etwa in den Strukturwandelregionen zu begleiten.

Die Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft muss dabei die Grundlage einer weitsichtigen Innovations- und Investitionsstrategie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum bilden, denn derjenige, der die effizientesten und vielversprechendsten Innovationen für Klimaschutz entwickelt, wird auf den klimaneutralen Märkten der Zukunft einen Wettbewerbsvorteil haben. Deutschland und Europa sind in einer guten Ausgangslage. Unser Ziel sollte nichts weniger als die Technologieführerschaft bei Klimainnovationen sein. Produkte *made carbon free in Germany* können der nächste Exportschlager unserer Volkswirtschaft werden.

EMISSIONSHANDEL ALS LEITINSTRUMENT

Mit dem *European Green Deal* der Europäischen Union (EU) im Juni und der Klimakonferenz in Glasgow im November ist 2021 ein Schlüsseljahr für den Klimaschutz. Das Herzstück einer jeden Strategie muss das CO₂-Preissignal sein, um sowohl Wachstum als auch technologischen Fortschritt effizient in eine klimaneutrale Richtung zu lenken: Klimainnovationen werden angereizt und zugleich Einnahmen zur Begleitung des Transformationsprozesses generiert. Mit dem Europäischen Emissionshandel (ETS) und dem deutschlandweiten, seit dem 1. Januar 2021 bestehenden Emissionshandel für Wärme und Verkehr sind die ersten Schritte vollzogen. Auch die Effektivität des Instruments ist bewiesen, denn vor allem der ETS sorgt dafür, dass die fossilen Energien sukzessive aus dem europäischen Markt in den Bereichen Energie und Industrie verdrängt werden.

Unser vorrangiges Ziel muss sein, ein europäisches marktwirtschaftliches CO₂-Preissignal so schnell wie möglich auch in den Sektoren Wärme und Verkehr zu etablieren. Der Aufbau eines zweiten Emissionshandels für diese Bereiche ist dabei ein Zwischenschritt mit Blick auf die sektoral unterschiedlichen CO₂-Vermeidungskosten und sollte mit einem klaren Fahrplan zu einer am Ende einheitlichen, alle Sektoren umfassenden CO₂-Bepreisung versehen werden. Das zweite Ziel ist ein grenzüberschreitendes, handelsrechtskonformes CO₂-Preissignal der EU mit anderen Staaten, die bereits einen CO₂-Preis

haben oder hierfür die Grundlage geschaffen haben, wie die USA, Großbritannien, China, Japan, Kanada, Mexiko oder Korea, auf dem Weg zu einem idealiter globalen CO₂-Preis. Ein Knackpunkt ist jedoch das sogenannte *Carbon Leakage*, die Gefahr also, dass Industrien, die der CO₂-Bepreisung unterliegen, ins Ausland abwandern oder schließen, da sie gegenüber Unternehmen, die nichts oder deutlich weniger zahlen müssen, einen Wettbewerbsnachteil erleiden. Solange es keine globale CO₂-Bepreisung gibt, gilt es, *Carbon Leakage* durch begleitende Maßnahmen zu verhindern. Ein mögliches Instrument ist der von der Europäischen Union vorgeschlagene CO₂-Grenzausgleich, in der Praxis sind jedoch viele Fragen der Machbarkeit und auch der Vereinbarkeit mit dem Handelsrecht völlig offen. Das zeigt auch, dass die CO₂-Bepreisung allein kein Allheilmittel, sondern das marktwirtschaftliche Leitinstrument in einem breiteren Instrumentenmix ist.

ERNEUERBARE ENERGIEN SIND FUNDAMENTAL

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die künftig für jegliche Anwendungen benötigt werden, ist die Grundlage für das Gelingen der Energiewende. Wir werden erneuerbare Energien für Wärme und Mobilität, für industrielle Prozesse sowie die Produktion von klimaneutralem Wasserstoff und alternativen Kraftstoffen benötigen. Die Notwendigkeit großer Mengen erneuerbarer Energien ist fundamental und steht nicht mehr zur Debatte. Stattdessen müssen wir den Rahmen für den künftigen Zubau diskutieren. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat als Instrument seine Aufgabe erfüllt und erneuerbare Energien im Stromsektor etabliert. Ihr Marktanteil beträgt bereits jetzt über 45 Prozent am Bruttostromverbrauch.³ Die EEG-Differenzkosten betragen zwischen 2000 und 2020 rund 240 Milliarden Euro. Anreize für Innovationen setzt das Instrument bis heute zu wenige. Einer der ersten Schritte der neuen Bundesregierung wird es sein müssen, einen Fahrplan für einen schrittweisen Ausstieg aus dem EEG vorzulegen, der gleichzeitig eine Refinanzierung über den Markt ermöglicht. Dies muss eingebettet werden in eine breite, konsequent auf CO₂ ausgerichtete Reform von Steuern, Abgaben, Umlagen und Entgelten, die längst überfällig ist. Das Leitprinzip sollte auch hier sein: Klimaschützendes Wirtschaften und Verhalten muss sich lohnen.

Parallel müssen Rahmenbedingungen entwickelt werden, die vor allem dort Investitionssicherheit bieten, wo die CO₂-Bepreisung als Anreiz zunächst nicht genügt. Auch dies ist neben der Schaffung von benötigter Infrastruktur ein Feld, auf dem der Politik absehbar eine Verantwortung zukommt, die jedoch zeitlich beschränkt werden sollte. Ein in anderen europäischen Staaten bewährtes Instrument sind Differenzverträge. Dabei bezahlt der Staat Unternehmen für eine Übergangszeit die Differenzkosten für Investitionen in klimafreundliche Technologien, die sich – wegen noch

unzureichender CO₂-Preise – betriebswirtschaftlich noch nicht rechnen. Auch dieses Instrument kann nur einen Zwischenschritt darstellen, der beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere bei Nutzung von Offshorewindparks, aber auch beim Einsatz von Wasserstoff in der Industrie, nötig sein wird. Dabei müssen wir aber von Beginn an ein Ablaufdatum oder eine degressive Ausgestaltung und eine Koppelung an ansteigende CO₂-Preise sicherstellen und weitere Schritte in einem Fahrplan Richtung vollends marktbasierter Refinanzierung vorzeichnen.

Dem, was erneuerbare Energien erreichen können, sind jedoch Grenzen gesetzt. Ihre Erzeugung ist volatil und von Verbrauchsverhalten und -orten meist entkoppelt, wofür neben konsequenter Digitalisierung ein beschleunigter Netzausbau, klimaneutrale Back-up-Kapazitäten und Speicher Lösungsbausteine sind. Hinzu kommen industrielle Prozesse wie die Stahlproduktion, die schlicht nicht elektrifiziert werden können. Grüner Wasserstoff ist der erneuerbare Energieträger, ohne den die Dekarbonisierung von Stahl- und Chemieproduktion, von Luft- und Schwerlastverkehr undenkbar ist. Mit den Wasserstoffstrategien der Bundesregierung und der Europäischen Union sind die ersten Schritte getan. Als Nächstes kommt es auf die konkrete Ausgestaltung des Rahmens an, der das Entstehen eines Marktes für klimaneutralen Wasserstoff über die gesamte Wertschöpfungskette ermöglicht. Ein wettbewerbsfähiger Wasserstoffmarkt in Deutschland und eine nationale Wasserstoffwirtschaft sind Grundvoraussetzung dafür, dass Deutschland in diesem Bereich die Technologieführerschaft übernehmen kann, insbesondere, weil es seinen Bedarf an Wasserstoff nicht selbst decken können wird.⁴

Die Botschaft ist eindeutig: Klimaschutz bedeutet weder ein Bereuen von Wirtschaftswachstum noch Verzicht, sondern ist der nächste Schritt, den wir gehen müssen. Genauso wie „Spinning Jenny“ einen komplexen Prozess vereinfachte, brauchen wir heute Innovationen, die uns auf dem Weg zur Klimaneutralität voranbringen. Jetzt gilt es, umsetzungsfähige und gesellschaftlich tragfähige Lösungsansätze vorzulegen, die auf die Dynamik von Wettbewerb und Innovation setzen, damit uns diese Transformation, die in der europäischen Wirtschaftsgeschichte ihresgleichen sucht, auch gelingt.

¹ Capgemini Invent: „FIT FOR NET-ZERO: 55 Tech Quests to accelerate Europe's recovery and pave the way to climate neutrality“, 2020, www.capgemini.com/wp-content/uploads/2020/10/Net-zero-main-report-2020.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

² International Energy Agency: Clean Energy Innovation. Part of Energy Technology Perspectives. Flagship report, Juli 2020, www.iea.org/reports/clean-energy-innovation [letzter Zugriff: 25.03.2021].

³ Umweltbundesamt: Erneuerbare Energien in Deutschland. Daten zur Entwicklung im Jahr 2020, Dessau-Roßlau 2021, www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021_hgp_erneuerbareenergien_deutsch_bf.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

⁴ Fraunhofer: Eine Wasserstoff-Roadmap für Deutschland, Karlsruhe/Freiburg 2019, www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/2019-10_Fraunhofer_Wasserstoff-Roadmap_fuer_Deutschland.pdf [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Netzwerke fürs Klima

—
Klimaschutz in den Kommunen

HANS-PETER MEISTER

Geboren 1959 in Bensheim,
Geschäftsführer, Cadmus
Deutschland, Gründer des Instituts
für Organisationskommunikation
(ifok GmbH), Bensheim.

Ein klimaneutrales Europa: Dieses Ziel hat die Kommission der Europäischen Union (EU) ausgegeben. Wie soll es bis 2050 erreicht werden? Viele Hoffnungen ruhen auf den Kommunen: Gebäudebestand, Verkehr, Strom und Wärme, alles kumuliert sich in den Metropolen der Welt.

Das ist nicht neu: Viele Förderprogramme, Regulationen und Modellprojekte wurden bereits in der Vergangenheit aufgelegt, allerdings ohne durchschlagenden flächendeckenden Erfolg. Was sollten wir aus der Vergangenheit lernen, was dieses Mal anders und besser machen?

Der Schlüssel zur Lösung liegt in der Frage, wie Veränderungen in der Gesellschaft möglich sind. Auch dafür liefern Kommunen ein ideales Laboratorium, das uns zu lernen hilft, wie heute dringend benötigte gesellschaftliche Lösungen effizient umgesetzt werden können. Denn nirgendwo sonst

kann man die heutige Netzwerkgesellschaft besser studieren als in Städten, die schon ohne Internet hochkomplexe und eng miteinander verwobene Netzwerke knüpfen. Wie also gelingen Steuerung und Umsetzung, zum Beispiel von Klimaschutz, in der modernen Netzwerkgesellschaft?

Vertreter der alten Schule würden sagen: Es müssen endlich couragierte Führungspersönlichkeiten den Mut auch zu unpopulären Entscheidungen haben. Nicht nur Oberbürgermeistern und Dezernenten entlockt diese Forderung bestenfalls ein müdes Lächeln. Die politische Praxis sieht völlig anders aus. Zum einen stellt es Wählerinnen und Wähler nicht mehr zufrieden, dass gewählte Politik wie selbstverständlich annimmt, das Kreuzchen in der Wahlkabine sei eine Zustimmung zu jedem Punkt des eigenen Wahlprogramms – und darüber hinaus zu allen anderen Dingen, die sich im Laufe einer Wahlperiode auftun. Diese Haltung führt in der Wählerschaft zu den Einstellungen im Sinne: „Das interessiert mich alles nicht, die da oben machen eh, was sie wollen“, aber auch zur Entstehung thematisch begrenzter und einzelne Spezialziele verfolgender Bürgerinitiativen, die der Komplexität anstehender Entscheidungen zumeist nicht gerecht werden. Zum anderen kann der unangenehme Effekt entstehen, dass die ungeheure mediale Vielfalt zu einer Meckerkultur und im Extremfall zu Shitstorms einlädt. Nicht zu vergessen für kommunale Entscheider sind die Unterschiede und Konflikte in der eigenen Partei, bei den Koalitionspartnern oder in den verschiedenen Ressorts der Verwaltung. Außerdem existiert neben den alten und etablierten Institutionen und Akteuren eine unübersichtliche Menge weiterer Gruppierungen, die teilweise über Nacht entstehen – und manchmal genauso schnell wieder verschwinden. Alle diese Akteure handeln untereinander auf vielerlei verschiedenen Kanälen, die niemand überblicken, geschweige denn kontrollieren kann.

NEUE FORMEN DER FÜHRUNG

Die zentrale Führungsaufgabe für Politiker besteht heute darin, innerhalb dieser unübersichtlichen Netzwerkgesellschaft Prozesse zu orchestrieren, die möglichst viele oder alle relevanten Akteursgruppen und Personen einbinden, um gemeinsam Probleme zu identifizieren, Lösungen zu entwickeln und diese gemeinsam umzusetzen. Mit anderen Worten: Der politische Erfolg hängt von der Beherrschung der Instrumente Partizipation, Kommunikation und Kooperation ab. Oftmals führen zum Beispiel intransparente Hinterzimmerlösungen zum Scheitern, die im Wesentlichen parteipolitische Interessen bedienen, aber hauptsächlich aufgrund eigener Überzeugungen ohne Einbeziehung der Praxis und fachkompetenter Akteure zustande kommen oder die Sichtweisen der betroffenen Menschen nicht einbeziehen.

RELEVANTE THEMEN FÜR DIE KOMMUNEN

An vielen Einzelthemen lässt sich beim Thema Klimaschutz in den Kommunen studieren und experimentieren, wie man trotz unüberwindlich erscheinender Hürden Dinge in die richtige Richtung bewegen kann. Relevante Themen sind zum Beispiel:

„*Renovation Wave*“, einer der Schwerpunkte der Europäischen Kommission bei ihrem *European Green Deal*: Wie gelingt die nachhaltige und energetische Sanierung der zahlreichen großen, älteren städtischen Wohnblocks, insbesondere, wenn sie im Besitz von Wohneigentumsgesellschaften sind und von Hausverwaltungen gemanagt werden? Hier gilt es, die Zustimmung der zahlreichen Eigentümer zu gewinnen, die Hausverwaltung zu einem konstruktiven Verhalten zu bewegen, die zahlreichen notwendigen Experten (Architekten, Energieberater, Handwerker, Fachingenieure, Finanzberater und Fördermittelgeber) unter ein Dach zu bringen und zumeist auch die Mitarbeit und Zustimmung der zuständigen städtischen und anderen Aufsichtsbehörden sicherzustellen.

Nachhaltige kommunale Mobilitätskonzepte mit entsprechenden Konflikten, nicht nur, sondern auch um Flächen: zum Beispiel Stärkung des Radverkehrs, Infrastrukturen für E-Mobilität, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu mancherorts geforderten oder als Zielvorgabe beschlossenen autofreien (Innen-)Städten. Das ist nicht nur ein Reizthema für die breite Bevölkerung und entsprechend attraktiv für Medien aller Art, sondern benötigt die konstruktive Mitarbeit fast aller städtischen Akteure – vom Einzelhandel und Wirtschaftsvereinigungen über Umwelt- und zumeist Bürgerinitiativen bis hin zu Mobilitätsanbietern aller Art.

Kooperative regenerative Energieversorgung, zum Beispiel mit Blockheizkraftwerken, greift in die Autonomie von Immobilienbesitzern ein, die sich über gemeinsames Vorgehen einig sein müssen und auf dem Weg dorthin hochkomplexe und vielfältige juristische, technische oder praktische Fragen maßgeschneidert für die spezifische Situation vor Ort zu lösen haben. Bei jeder dieser Fragen widersprechen sich bedauerlicherweise in der Regel die Experten, infolgedessen sich Laien in einem Wirrwarr zurechtfinden müssen.

Klimaneutrale (Kommunal-)Verwaltungen – ein hehres Ziel, das jedoch sicher als Option auch für die vor Ort ansässigen Unternehmen und den Einzelhandel dient. Erreichbar ist es in allen Fällen ausschließlich über ein größeres Maßnahmenbündel, das von einer regenerativen Strom- und Wärmeversorgung über Gebäudeeffizienz und nachhaltige Mobilitätskonzepte bis hin zur Kompensation von nicht oder nur schlecht vermeidbaren Klimagasemissionen reicht. Hier ist mindestens innerhalb der Kommune ein ressortübergreifendes Handeln unter Einbeziehung interdisziplinärer Expertengremien

erforderlich. Sobald auch Unternehmen und Handel mitmachen, empfiehlt sich ein gemeinsames Vorgehen mit der Kommune, um Synergien zu nutzen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Kompensationsmaßnahmen durch Baumpflanzungen, bei uns vor Ort oder an anderen Orten in der Welt, jedoch auch durch nachhaltige Forstfonds oder andere Ausgleichsprojekte dürften mindestens auf absehbare Zeit unerlässlich sein, da nicht sofort sämtliche CO₂-Emissionen vermieden werden können. Hier bedarf es sorgfältiger Analyse, welche Wirksamkeit die zahlreichen Angebote am Markt im Klimaschutz haben und wo für die gleichen Investitionssummen die größten ökologischen Wirkungen erreicht werden könnten.

Sobald auch die privaten Haushalte und Verbraucher in die Kompensation mit einbezogen werden, helfen nur breit angelegte, überzeugende und von möglichst vielen Akteuren und Persönlichkeiten getragene Kampagnen.

„*Smart cities*“, verstanden als Symbolbegriff einer konsequenten Digitalisierung der Städte, betrifft auch Klimaschutzmaßnahmen. Intelligente Netze mit entsprechenden Steuerungsmöglichkeiten, strategische Elektrifizierung oder digitale Verkehrssteuerung sind nur einige Beispiele, die das hohe Klimaschutzpotenzial verdeutlichen. Eine grundlegende Digitalisierung ist ohne die Zustimmung und Einbeziehung der breiten Bevölkerung und im Grunde fast aller Stakeholder undenkbar.

PARTIZIPATION, KOMMUNIKATION, KOOPERATION

Intuitiv dürfte bereits klar sein, dass bei derartigen Herausforderungen ein „Durchregieren“ von oben nicht funktioniert. Es gibt zu viele Akteure, zu viele Interessen, zu viele Optionen, zu viel Komplexität und zu viel betroffene Rechte, um die Probleme „einfach“ mit einem Gesetz oder einer Verordnung lösen zu können. Oft ist auch die Lösung vor Ort sehr spezifisch und muss maßgeschneidert sein. Mit einem Wort: Es sind viele Akteure und Institutionen notwendig, die gemeinsam an einem Strang ziehen und zusammenarbeiten, über gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und andere Grenzen hinweg.

Wie aber soll die geforderte Partizipation, Kommunikation und Kooperation funktionieren? Viele Politiker glauben, dass sie das alles bereits umsetzen. Sie reden doch ständig mit den verschiedenen Akteuren in ihrer Stadt. Sie informieren die Öffentlichkeit regelmäßig und laden zu Bürgerversammlungen und -sprechstunden ein. Das aber ist ein Trugschluss. Es ist nichts anderes als das bereits geschilderte alte Denken, das den Lösungsfindungsprozess für eine kleine Elite an der Spitze nach dem Motto „*divide et impera*“ organisiert, aber die Akteure nicht mitnimmt. Diese Informationsmaßnahmen erklären den Betroffenen die Welt, statt ihre Alltags- und Praxiskompetenz zu nutzen und sie zu Mitdenkern und Mitgestaltern zu machen.

Entsprechend empfinden Stakeholder, Zivilgesellschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen als etwas von außen Aufgepfropftes, für das sie keine Verantwortung tragen. Der perfekte Freibrief für Meckerei bis hin zu aggressivem Widerstand.

Es ist im Grunde einfach: Es muss in der Kommune ein Ort der Kooperation für Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bürgerschaft geschaffen werden, an dem gemeinsam Herausforderungen identifiziert, Lösungen erarbeitet und in kooperativer Arbeitsteilung umgesetzt werden. Ein entsprechender Arbeitsprozess schließt eine transparente Kommunikation und Andockoptionen für interessierte Außenstehende ein. Die Aufgabe des Initiators besteht darin, diese Kooperationsplattform bereitzustellen, offene Fragen als Herausforderungen zu formulieren (und keinesfalls die eigenen Ideen bereits verbindlich vorzugeben!), den erforderlichen fachlichen Input zu organisieren und den Prozess so zu moderieren, dass Ergebnisse entstehen und gemeinsam umgesetzt werden, ohne dass einzelne Interessengruppen besonderen Einfluss ausüben können. Derartige Projekte sind keine Informations- oder Diskussionsveranstaltungen; der Clou besteht darin, dass *alle gemeinsam* arbeiten und Lösungen entwickeln.

GESAMTGESELLSCHAFTLICHES LERNEN

Mit anderen Worten: Die Politik organisiert gesamtgesellschaftliches Lernen für Akteure und Bürgerschaft der Kommune. Denn die Erarbeitung von Lösungen zwingt dazu, sich intensiv mit der Sache auseinanderzusetzen und zugleich die Verantwortung für das Ergebnis zu übernehmen – im Gegensatz zum bisher üblichen Verfahren, bei dem wenige in Politik und Verwaltung mit Experten Wissen aufbauen, dieses aus ihrer Sicht bewerten und das Ergebnis dem staunenden Publikum „erklären“.

Erfolgreiche Kooperations- und Beteiligungsprozesse kennt man unter verschiedenen Namen, hinter denen sich allerdings das gleiche Vorgehen verbirgt: Bürgerrat, Dialogplattform, Bürgerbeteiligung, Bürgerforum, Bürgergutachten oder Ähnliches sind Verfahren, die sich in der Regel nur in Kleinigkeiten unterscheiden, nicht jedoch im grundsätzlichen Vorgehen und in der zugrunde liegenden Denkweise.

Aber Vorsicht: Unter diesen Namen existieren sowohl gut gemachte, erfolgreiche Kooperationsprozesse als auch ihre bösen Fake-Geschwister, die Etikettenschwindel betreiben. Eine moderne Führungskraft verfügt über die Kompetenz, beides zu unterscheiden – auch, aber nicht nur für einen erfolgreichen kommunalen Klimaschutz.

Come to business!

Fridays for Future und die Wirtschaft sollten mehr miteinander sprechen

JULIA WILDNER

Geboren 1986 in München, Senior Researcher (Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik), Institut der deutschen Wirtschaft Köln Akademie.

Dass wir in der Klimapolitik einen Wandel benötigen, ist nicht neu. Das große weltweite Erwachen erfolgte im Jahr 1972 durch die vom Club of Rome in Auftrag gegebene global angelegte Studie mit dem Titel *The Limits to*

Growth. Die Kernaussage der Studie: Wenn wir weiter so wie in den 1970er-Jahren wirtschaften, werden die Grenzen des Wachstums irgendwann im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erreicht sein. Ein Zusammenbruch des industriellen und landwirtschaftlichen Wachstums muss aufgrund der Erschöpfung natürlicher Ressourcen erwartet werden (Meadows et al., 1972). Auch wenn heute rückblickend festgestellt werden kann, dass die Prognosen der Studie zu pessimistisch waren, lässt sich an der Begrenztheit natürlicher

Ressourcen und der Tatsache des fortschreitenden Klimawandels nicht rütteln. 2019 war das zweitwärmste Jahr – nach 2016 –, und es reiht sich damit ein in das heißeste Jahrzehnt seit Beginn der Wetteraufzeichnungen (Umweltbundesamt [UBA], 2020; NOAA *National Centers for Environmental Information*, 2020).

Bereits 1972 wurde auf einer Konferenz der Vereinten Nationen (UN) das UN-Umweltprogramm gegründet, das sich seither für den globalen Umweltschutz einsetzt. Infolge dessen wurde 1987 die Agenda für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet, und 1992 wurden auf der ersten UN-Klimakonferenz in Rio de Janeiro Ziele für eine globale Umwelt- und Klimapolitik festgelegt. Parallel entwickelte sich aus dem *Triple-Bottom-Line*-Ansatz ein Verständnis nachhaltigen Wirtschaftens, das Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“ beschreibt. Gemäß diesem Verständnis veröffentlichte die Europäische Union (EU) 2001 mit ihrer ersten *Corporate Social Responsibility* (CSR) eine Definition zur unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung, die den freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung formuliert. Sie stellte damit die Bedeutung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange für Unternehmen heraus (EU, 2001). Auch die deutsche Bundesregierung hat sich für ihre Politik Klimaschutzziele gesetzt und arbeitet an der Erreichung der 2016 durch die Vereinten Nationen auf den Weg gebrachten nachhaltigen Entwicklungsziele *Sustainable Development Goals* (SDGs).

SCHWIERIGE GEMENGLAGE

Unabhängig davon kämpft die Aktivistin Greta Thunberg für ein Umdenken in der Klimapolitik. 2018 begann die damals fünfzehnjährige Schülerin, mit ihrem medienwirksamen Schulstreik für die vollständige Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu demonstrieren, und startete damit eine weltweite Bewegung. Aus Gretas Protest hat sich die globale Bewegung *Fridays for Future* entwickelt. Tausende Schülerinnen und Schüler streikten regelmäßig freitags und machten weltweit auf die drängenden ökologischen Herausforderungen unserer Zeit aufmerksam. Damit haben Schülerinnen und Schüler einen wertvollen Beitrag geleistet, die Klimaproblematik weltweit ins breite öffentliche Bewusstsein gebracht und sich öffentlichkeitswirksam für die Anerkennung der Erkenntnisse des Weltklimarates eingesetzt.

Die *Fridays for Future*-Bewegung hat den politischen Handlungsdruck erhöht. Gleichzeitig zeigen sich bei der Debatte um Umweltbelange Tendenzen, das zunehmende Wirtschaftswachstum unseres marktwirtschaftlichen sozioökonomischen Systems für den Klimawandel verantwortlich zu machen. Dies äußert sich unter anderem in Protesten von Zweigen von *Fridays for Future* und durch Aktionen der Umweltaktivistinnen und -aktivisten der

Gruppe *Extinction Rebellion*. Gezielt ins Visier der Umweltaktivisten waren Thinktanks und Verbände der deutschen Industrie geraten (*Die Welt*, 2020). Angesichts dieser Spannungen ist ein verstärkter Dialog zwischen Umweltaktivistinnen und -aktivisten sowie Akteuren der freien Wirtschaft dringend angeraten. Umwelt und Wirtschaft als Nullsummenspiel zu betrachten und gegeneinander auszuspielen, ist nicht zielführend. Stattdessen haben verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine multidimensionale Beziehung zwischen Wirtschaft und Umwelt identifiziert und eine ganzheitliche Perspektive auf den Klimawandel gefordert, die die Interdependenz von ökologischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen anerkennt, um globale Nachhaltigkeit zu erreichen (Carter, 2018, 26). Unternehmen spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der für den Umweltschutz notwendigen Innovationen (Hüther/Mack, 2019).

Die Unternehmen sehen sich mit einer schwierigen Gemengelage konfrontiert. Sie werden zunehmend politisch und gesellschaftlich in die Pflicht genommen, grüne Innovationen voranzutreiben und Lösungen zu präsentieren. Den jungen Menschen von *Fridays for Future* kann es dabei nicht schnell genug gehen. Und auch die Verbraucher äußern den Wunsch nach nachhaltigeren Alternativen. Verschiedene Umfragen belegen, dass die Sorge um die Umwelt in der Bevölkerung beachtlich ist. Eine Allensbacher Studie von 2019 zeigt, dass 61 Prozent der Befragten tiefe Besorgnis über den Klimawandel äußern (Köcher/Allensbach-Umfrage, 2019). Man sollte meinen, dass dies eine gute Ausgangslage für Unternehmen zum Vertrieb nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen darstellt. Denn je stärker die Verbraucher das Engagement der Unternehmen honorieren, umso schneller kann eine grüne Transformation der Wirtschaft gelingen. Würden alle Stakeholder von heute auf morgen ihre Entscheidungen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten, so würde man die Wirtschaft in die Lage versetzen, auf die veränderten Wünsche in Form nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen zu reagieren.

DIE „MIND-BEHAVIOR-GAP“

In Teilen gelingt dies auch, denkt man beispielsweise an Fair-Trade-, Bio- oder regionale Produkte. Die Krux ist aber, dass sich diese Sorge der Menschen nicht immer in ihrem Handeln widerspiegelt. Eine vom Bundesumweltministerium (BMU) und vom Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegebene Studie, die die Bevölkerung alle zwei Jahre nach ihrer Wahrnehmung des Zustands der Umwelt und ihrem eigenen Umweltverhalten befragt, belegt einen Unterschied von 36 Prozent zwischen einer „grünen“ Denkweise und dem tatsächlichen Handeln (UBA/BMU, 2019). Stott, Nottingham und Letherby zeigen, dass Menschen dazu neigen, ihr umweltfreundliches Verhalten zu überschätzen (Stott et al., 2020). Erhebliche Abweichungen wurden

zwischen der nachhaltigkeitsbewussten Kaufeinstellung und dem tatsächlichen Kaufverhalten der Verbraucher beobachtet (Eyerund, 2015; Kollmuss/Agyeman, 2002; Terlau/Hirsch, 2015). In der Verhaltensökonomik wird dieses Phänomen als *Mind-Behavior-Gap* – als Kluft zwischen dem, was wir wissen und beabsichtigen, und dem, was wir wirklich tun – beschrieben. Die Verhaltensökonomik integriert psychologische Einsichten menschlichen Verhaltens in die Wirtschaftstheorie und untersucht unter anderem, wie man die *Mind-Behavior-Gap* zwischen grünem Gewissen und tatsächlichem Verhalten überwinden kann. Ziel ist es, herauszufinden, wie verhaltensökonomische Erkenntnisse genutzt werden können, um umweltfreundliche Praktiken mit Anreizen zu unterstützen (Enste et al., 2021). Denn all unsere Kaufentscheidungen werden durch kognitive Vorurteile beeinflusst. Schätzungsweise vierzig Prozent unserer täglichen Entscheidungen basieren auf Gewohnheiten. Ohne eine Änderung dieser Gewohnheiten stehen die Unternehmen vor einem Dilemma aus Kundenforderungen, die sich nicht mit deren Kaufverhalten decken.

VERHALTENSÖKONOMISCHE LÖSUNGSANSÄTZE

Zugegeben: Globale Herausforderungen benötigen globale Antworten, diese wiederum benötigen Zeit. Dass es jungen Leuten zu lange dauert und das bisher Erreichte angesichts des stetig steigenden Handlungsdrucks mitunter wenig ambitioniert erscheint, ist nachvollziehbar. Hilfreich ist es jedoch nicht, Ökologie und Wirtschaft gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen für die ökologische Wende eine nachhaltige Transformation in der Wirtschaft. Die Ausführungen zur *Mind-Behavior-Gap* veranschaulichen, dass wir es den Unternehmen dabei nicht leicht machen, wenn wir einerseits Forderungen stellen und andererseits nicht bereit sind, die Mehrkosten für nachhaltige Produkte zu tragen. Dennoch gibt es in der Wirtschaft bereits viele positive Beispiele und Vorreiter, die intensiv an grünen Innovationen arbeiten und den Weg aufzeigen.

Insgesamt sollten wir in einen konstruktiven Dialog einsteigen und die Wechselwirkungen komplexer Zusammenhänge gemeinsam analysieren und verstehen. Wir sollten die kritische Kraft und das Engagement der jungen Generation mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zusammenbringen, gemeinsam Ideen entwickeln und Lösungen forcieren. Es geht um die Frage, wie wir die Wirtschaft nachhaltig ausbauen, wie Unternehmen nachhaltige Innovationen fördern und wie wir die Verbraucher motivieren können, Unternehmen durch den Kauf grüner Produkte zu unterstützen. Denn eines ist klar: Unternehmen sind der Schlüssel für grüne Innovationen. Diese Innovationen sind nur so stark wie die Nachfrage nach ihnen.

Immerhin geben 42 Prozent der Deutschen an, eine radikale Veränderung ihrer individuellen Gewohnheiten sei der beste Weg zur Bekämpfung des Klimawandels. 28 Prozent setzen auf technologische Innovationen, sechzehn Prozent auf staatliche Regulierung, und vierzehn Prozent vertrauen auf Investitionen in nachhaltige Projekte (*European Investment Bank / EIB Climate Survey*, 2021). Um Menschen bei der Umsetzung ihrer nachhaltigen Intentionen im Kaufverhalten zu unterstützen, sind verhaltensökonomische Erkenntnisse hilfreich. Beispielsweise können durch sogenannte *Nudges* Anreize gesetzt werden, um das Kaufverhalten in eine gewünschte Richtung zu lenken. Es geht um kleine Änderungen von Gewohnheiten, die ohne große Anstrengung etwas bewirken. Wer CO₂ sparen möchte, sollte prüfen, wo die individuelle Klimaschädigung am größten ist, und dort ansetzen, wo es am wenigsten wehtut und am meisten hilft. Dazu empfiehlt es sich, mittels eines CO₂-Rechners, den beispielsweise das Umweltbundesamt online zur Verfügung stellt, seinen ökologischen Fußabdruck zu ermitteln. Klimaschädlich ist dabei vor allem das Fliegen. Auf Kurzflüge möchten aber nur 28 Prozent der Deutschen zwischen zwanzig und 29 Jahren verzichten, während die ältere Generation über 65 Jahre ein Verbot zu 46 Prozent befürwortet (EIB, 2021). Ein weiterer Grund für einen vorurteilsfreien Diskurs nicht nur zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Klimaaktivisten, Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch zwischen den Generationen.

Literatur

- Carter, Neil: *The politics of the environment. Ideas, activism, policy*, Cambridge 2018.
- Die Welt: Extinction Rebellion-Demo vor Haus der Deutschen Wirtschaft, 16.06.2020, www.welt.de/regionales/berlin/article209654319/Extinction-Rebellion-Demo-vor-Haus-der-Deutschen-Wirtschaft.html [letzter Zugriff: 12.03.2021].
- European Investment Bank: EIB Climate Survey, Teil 3 von 3, www.eib.org/en/surveys/climate-survey/3rd-climate-survey/best-ways-to-fight-climate-change [letzter Zugriff: 10.03.2021].
- Enste, Dominik / Wildner, Julia / Nafzinger, Lucia: Going green with behavioral economics: How to combine business and ethics, IW-Report, Nr. 1, Köln, 01.01.2021, www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/dominik-h-enste-julia-wildner-how-to-combine-business-and-ethics.html [letzter Zugriff: 12.03.2021].
- Eyerund, Theresa: „Umweltfreundlicher Produkte: Mind the Gap“, IW-Report, Köln, 31.12.2015, www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/theresa-eyerund-umweltfreundliche-produkte-259841.html [letzter Zugriff: 12.03.2021].
- Hüther, Michael / Mack, Daniel: „Wir brauchen Unternehmer, und wir brauchen Kapital“, in: *Die Welt*, 19.08.2019.
- Köcher, Renate: „Klimaschutz polarisiert. Stehen beim Thema Erderwärmung Junge gegen Alte? Oder verläuft der Graben zwischen den Anhängern der Parteien?“, Allensbach-Umfrage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 217, 18.09.2019, S. 8.
- Kollmuss, Anja / Agyeman, Julian: „Mind the Gap: Why do people act environmentally and what are the barriers to pro-environmental behavior?“, in: *Environmental Education Research*, 8. Jg., Nr. 3, 2002, S. 239–260.
- Meadows, Donella H. / Meadows, Dennis L. / Randers, Jørgen / Behrens, William W.: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's project on the Predicament of Mankind*, New York 1972.

- NOAA National Centers for Environmental Information: *Global Climate Report – Annual 2020*, *Global Climate Report – Annual 2020 | State of the Climate | National Centers for Environmental Information (NCEI) (noaa.gov)* [letzter Zugriff 13.10.2020].
- Stott, Henry / Nottingham, Ed / Letherby, Abigail: „Green new deals: Social boasting and the true value of ethical branding“, in: Alain Samson (Hrsg.): *The Behavioral Economics Guide*, www.behavioraleconomics.com, 2020, S. 57–68.
- Terlau, Wiltrud / Hirsch, Darya: „Sustainable Consumption and the Attitude-Behaviour-Gap Phenomenon – Causes and Measurements towards a Sustainable Development“, in: *Journal on food system dynamics*, Vol. 6, Nr. 3, 2015, S. 159–174.
- Umweltbundesamt/Bundesumweltministerium: *Umweltbewusstsein und Umweltverhalten*, 19.02.2020, www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/umweltbewusstsein-umweltverhalten#das-umweltbewusstsein-in-deutschland [letzter Zugriff: 12.03.2021].
- Umweltbundesamt: *Weltweite Temperaturen und Extremwetterereignisse seit 2010*, www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltweite-temperaturen-extremwetterereignisse-seit#Chronik, 21.08.2020 [letzter Zugriff 12.03.2021].

En vogue oder leere Hülle?

Die neue Serie zu Fragen der Sozialen Marktwirtschaft

An dieser Stelle erwartet die Leserinnen und Leser der Zeitschrift eine Neuheit: der Auftakt zur Reihe „Mensch und Wirtschaft“, in der Mitglieder des *Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft* über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen schreiben. Bereits für Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard war die Soziale Marktwirtschaft mehr als Währung, Wachstum und Wohlstand, sie ist ein ganzheitlicher Ordnungsrahmen.

Mit der Gründung des *Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft* 2010 reagierte die Konrad-Adenauer-Stiftung darauf, dass die Grundlagen der Ordnungsökonomik in der universitären Lehre an Bedeutung verlieren. Den rund zwanzig aktiven und mehr als dreißig ehemaligen Stipendiaten stehen zwölf Kollegprofessoren zur Seite. In enger inhaltlicher Abstimmung miteinander geht das Forschungsinteresse des interdisziplinär besetzten Kollegs über die reine wissenschaftliche Weiterentwicklung der Ordnungspolitik hinaus und richtet sich auch auf konkrete Lösungswege für bestehende und künftige Herausforderungen, für das Wirtschaften zwischen Mensch und Markt.

Die Vielfalt seiner Mitglieder spiegelt sich in den Themen des Promotionskollegs wider, die von landwirtschaftlichen Projekten in Subsahara-Afrika über marktkonforme Mechanismen der Finanzmarktregulierung bis hin zu sozialverantwortlichen Maßnahmen des Firmenmanagements reichen.

Entsprechend facettenreich sind die Beiträge für die *Politische Meinung* angelegt. Es geht uns *erstens* darum, durch sozialwissenschaftliche Beobachtung Problemfelder zu erkennen und Fragen zu formulieren: In welche Richtung muss sich eine Wirtschaftsordnung unter den Bedingungen des Klimawandels entwickeln? Gibt es eine faire Lösung für das Problem der steigenden Mieten in Großstädten in Deutschland und weltweit? Inwieweit ist die Soziale Marktwirtschaft im Politikbetrieb überhaupt noch „en vogue“ oder bleibt nur noch eine leere Hülle? Dem soll *zweitens* eine breite und methodisch fundierte Analyse konkreter Zahlen und Daten folgen. *Drittens* sollen die Beiträge lebensnahe Lösungswege präsentieren. Denn bei allem wissenschaftlichen Anspruch des Kollegs und seiner Mitglieder gilt: Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung für den Menschen.

Als Mitglied des Promotionskollegs und Koordinator dieser Reihe darf ich den Leserinnen und Lesern der *Politischen Meinung* eine anregende Lektüre wünschen.

Maximilian Kutzner

promovierter Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, freier Journalist und Berater für politische Öffentlichkeitsarbeit

Arbeit for Future?

Von montags bis freitags die Welt retten

HANS RUSINEK

Geboren 1989 in Düsseldorf, Mitglied des Promotionskollegs Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung, promoviert an der Universität St. Gallen zum Thema „Organisational Purpose“, zuvor Organisationsberater und als erster Mitarbeiter beim Aufbau der europäischen Purposeberatung der Boston Consulting Group tätig. Als Autor beteiligt er sich an Debatten zwischen Wirtschaft und Gesellschaft (etwa in „Brand-Eins“ oder „Deutschlandfunk“), 2020 mit dem Förderpreis des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

In der Welt der Wirtschaft wächst das Problembewusstsein, und es scheint eine Art Sinneswandel vor sich zu gehen: Immer mehr Firmen schreiben sich und ihren Mitarbeitern einen höheren sozialen Zweck auf die Fahnen. „We exist to make sustainable living commonplace“ („Wir existieren, um nachhaltiges Leben alltäglich zu machen“), proklamiert etwa Unilever, Produzent von Pfanni-Knödeln und Magnum-Eis.

Immer mehr Arbeitnehmer, besonders junge, umkämpfte Fachkräfte, verlangen einen „Job mit Sinn“, verlangen, dass die Lösung sozialer Probleme Hauptziel

der Arbeitgeber sein soll, nicht etwa die Gewinnerwirtschaftung. Eng verknüpft mit diesem Sinndiskurs ist der neue Kontext, in dem sich Unternehmen befinden: Obwohl an vielen Universitäten noch die neoklassische Vorstellung von isolierten Profitmaximierungsmaschinen gelehrt wird, verstehen die echten Wirtschaftsakteure, dass sie in komplexen adaptiven Systemen operieren, wie wir sie aus der Natur kennen. In diesen Systemen werden Ergebnisse durch Interaktionen zwischen Mitgliedern geformt. Lokale Wechselwirkungen führen hier zu unvorhersehbaren globalen Effekten (nicht-lineare Schmetterlingseffekte wie jüngst im Suezkanal). Hier gibt es eine tiefe Einbettung von Geschäftssystemen in Ordnungen lokaler und nationaler Ökonomien, in gesellschaftliche und gemeinschaftliche Systeme, die etwa Legitimitätsforderungen stellen, und nicht zuletzt in das System der Ökologie – Verwobenheiten also, die weit über die immer brüchigeren Marktgrenzen hinausgehen. Dies verlangt eine neue Selbstverortung, die sich in vielen Unternehmen in einem sogenannten *Purpose* herauskristallisiert, also einem sozialen Anliegen, das gegenüber Mitarbeitern und Bewerbern, gegenüber Politik und Aktionären Werterhellung verspricht.

In solch einem Bewusstsein der Unternehmen für Soziales und für Sinn, jenseits eines Sinnes für Profit, liegt Potenzial für die geforderte sozial-ökologische Transformation: Wenn in Debatten auch der Anschein erweckt wird, dass es leichter wäre, die Bedürfnisse von sieben Milliarden Menschen zu verändern als das Verhalten von einhundert Schlüsselkonzernen, so scheinen doch die Unternehmen geeigneter Hebel zu sein. Dass nämlich eine einzige Organisationsform so

viele Funktionen erfüllen konnte, vom Tante-Emma-Laden bis zum Mischkonzern, vom Start-up bis zur öffentlichen Infrastruktur, sollte Hoffnung machen. Auch, dass sich die wandelnde Rolle von Unternehmen in historischer Betrachtung sowohl mit dem Aufkommen von sozialen Problemen als eben auch mit ihrer Bewältigung in Verbindung bringen lässt.

Ebenso wichtig wird hierbei die organisationale Mikroebene der Arbeitenden: Verantwortung versandet oft im Vorstandsbüro oder in spezialisierten Funktionen. Was bringen die Elektrovisionen der Automobil-Vorständin, wenn sich die eigenen Maschinenbauingenieure davon nicht motivieren lassen? Wie kann der Mittelständler attraktiv sein für Menschen mit neuen Perspektiven, statt immer nur bei den gleichen Profilen punkten zu können oder zu wollen? All dies soll eine mit Sinn aufgeladene Arbeitswelt ändern.

SINN ALS WIRTSCHAFTSGUT

Mein Erkenntnisinteresse gilt einer wirtschaftsethischen sowie einer organisations- und arbeitssoziologischen Einordnung dieses Phänomens. Ist es richtig, von einem natürlichen Sinnbedürfnis der Mitarbeiter zu sprechen? Es mag stimmen, dass Menschen im Innersten nach Sinn streben. Dass aber Konzerne Sinnangebote machen sollen, dass wir gut bezahlte Jobs kündigen, weil sie sinnlos erscheinen, dass selbst eine Müslipackung mich über ihre Werte aufklärt („Integrität, Verantwortung, Nachhaltigkeit“ heißt es da), scheint doch eine sehr zeitgenössische Form der Sinnfrage darzustellen.

Dem Soziologen Andreas Reckwitz zufolge stehen wir an einem Umbruch von einer sozialen Logik des Allgemeinen zu einer Logik des Besonderen. In der industriellen Moderne suchten wir die Antwort auf ein Knappheits- und Ordnungsproblem und fanden sie in Massenproduktion, Mischkonzernen, Matrixorganisationen. Man arbeitete, um sich ein gutes Leben leisten zu können, um „dazugehören“. Es ging nicht darum, besonders zu sein oder gar die Welt zu retten. Selbstverwirklichung fand weit außerhalb der Lohnarbeit statt.

Diese rationalisierende Industrieökonomie wandelt sich gemäß Reckwitz nun in eine kulturalisierende Wissensökonomie. Diese antwortet nicht mehr auf ein Knappheits- und Ordnungsproblem, sondern auf das Folgeproblem von Sinn und Motivation. Je mehr die Arbeit zu kreativer Wissensarbeit wird, je mehr die Gesellschaft zu einer Multi-Optionsgesellschaft wird, desto mehr wird intrinsische Begeisterung und eine starke Antwort auf die Frage „Warum arbeite ich gerade hier?“ zum Wirtschaftsgut. Die Wirtschaft ist nun darauf angewiesen, Besonderheiten zu inszenieren: weshalb mir eben das Müsli von seiner Integrität berichtet. Diese Besonderheiteninszenierung wird befeuert von der Digitalisierung, die im Gegensatz zur Industrie-Ära nicht aus Standardisierungsmaschinen besteht, sondern aus Kulturmaschinen, Infrastrukturen für Besonderheiten (selbst Autos werden Plattformen für individuelle Software). Gerade wegen dieser Logik des Besonderen wollen Berufseinsteiger Sinn im Job und reagieren Organisationen darauf, indem sie sich als unvergleichliche Kämpfer für das Gute darstellen. Der Lebensstil der neuen Mittelklasse ist geprägt durch

die Authentizitätsrevolution, in der das Individuum seine Individualität stetig zu steigern versucht, in der es gerade nicht dazugehören möchte, sondern authentisch sein will. So fusioniert die subversive Ich-Entfaltung der Hippies mit der bürgerlichen Idee des Stauerhalts und -ausbaus: Wir wollen unser einzigartiges Ich leben, aber trotzdem keine bürgerlichen Privilegien missen, wir wollen sie dadurch sogar mehr. Das stellt drängende Fragen für eine Zukunft der Arbeit.

ARBEIT IM KULTURKAMPF

Etwa danach, wie viel Sinn Arbeit verträgt. Eine (Über-)Beanspruchung der Arbeit durch ihre identifikatorische Aufladung ist nicht nur ein Versuch, Zufriedenheit zu steigern, sondern auch Auslöser einer spätmodernen Tendenz zur Selbstausbeutung. „Gierige Organisationen“ nennt es der Soziologe Lewis A. Coser, wenn Personen mit all ihrer Emotionalität beansprucht werden, wenn Firmen sich plötzlich „Familie“ oder „Stamm“ nennen. Bei dieser Analogie wird vergessen, dass die meisten zum Erwachsenwerden von ihrer Familie wegziehen und wir auch die Stammesstrukturen aus ähnlichen Gründen überwunden haben. Es ließe sich also fragen, ob das Sinnbedürfnis im Job nicht eher ein weiteres Konsumbedürfnis ist. Gibt es Sinn beim Jobwechsel oder im Müsliregal? Lässt sich ein Sinnempfinden mit all seinen körperlichen und überkörperlichen Facetten in eine Managementtechnologie gießen? Oder muss man nicht eher sein eigener Sinnproduzent werden, statt bloßer Konsument zu sein?

Eine andere Frage verbindet diese Sinn- suchte mit der größeren Anerkennungs- krise der Arbeit. Es lässt sich seit Jahr- zehnten, nun in der Pandemie besonders, eine Polarisierung der Arbeitswelt in *lovely* und *lousy jobs* diagnostizieren. In der Ar- beit am Besonderen (die engagierte For- scherin, der kreative Designer, die vegane Biobäuerin) wird mal eben die Welt geret- tet, die andere Arbeit ist nur mehr indus- trielles Relikt, eher Teil der Malaise als Teil der Lösung. Sie erfährt in der elitären Logik des Besonderen eine Abwertung. So steht heute das Thema Arbeit inmitten ei- nes Kulturkampfes: Kern vieler populistischer Ressentiments ist der Unmut über die Arbeit. Dabei geht es um mehr als um Arbeitsplatzverluste und stagnierende Löhne. Arbeit hat neben ökonomischer eben auch kulturelle Bedeutung, und viele spüren, dass ihre ehrliche Arbeit nicht län- ger Quelle von Anerkennung ist. Die Ver- besonderung des oberen Endes der Ar- beitswelt führt dazu, dass in dieser An- erkennungskrise neben einer materiellen nun auch eine kulturelle Entwertung stattfindet. *Purpose* eröffnet hier also eine weitere Privilegiendimension.

Wie ließe sich die Würde der Arbeit aber umfassend erneuern? Wäre auch hier ein Wechsel von einer Konsumenten- zu einer Produzentenperspektive möglich? Noch betrachtet eine konsumistische Vor-

stellung von unserer Arbeitsgesellschaft vor allem die Maximierung der Wohl- fahrt, so der Philosoph Michael Sandel, und zwar typischerweise durch die Ma- ximierung des Wirtschaftswachstums. Wäre das gesellschaftliche Gemeinwohl einfach eine Frage der Befriedigung der Verbraucherpräferenzen, so wären hohe Löhne das Maß für sinnvolle Arbeit. Wie stünde es aber mit einer Produzentenper- spektive, in der es nicht einfach darum ginge, Konsumpräferenzen zu addieren und Verbraucherwohlfahrt zu maximie- ren? Ein Nachdenken über wirklich sinn- volle Arbeit würde erfordern, dass wir unsere (oft umweltschädlichen) Präferenzen kritisch betrachten und gemeinsam darü- ber beraten, wie wir sie in eine Ordnung überführen können, die auch noch unse- ren Enkeln gerecht wird. Dies hieße, dass die wichtigste Rolle, die wir in der Wirt- schaft spielen, nicht die des (Sinn- und Gehalts-)Konsumenten, sondern die des produzierenden Bürgers ist. Dieser ent- wickelt und entfaltet seine Fähigkeiten unternehmungsfreudig und sucht seinen eigenen Sinn, um damit die echten Be- dürfnisse der Mitbürger zu adressieren. Würde ein solches Arbeitsverständnis nicht auch Wirtschaft, Natur und Ge- sellschaft wieder mehr zu einem Zusam- menspiel der gegenseitigen Anerkennung machen?

Zündende Ideen

Politische Impulse für den Wandel des Energiesystems

CHRISTOPH PLOSS

Geboren 1985 in Hamburg, Historiker und Politikwissen- schaftler, Altstipendiat der Konrad- Adenauer-Stiftung, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und seit 2020 Landes- vorsitzender der CDU Hamburg.

Klimaneutral bis 2050 – das ist Vision und rea- listisches Ziel zugleich.¹ Das Klima verändert sich langfristig. Aber wir müssen und können kurzfristig handeln, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Die Einhaltung der bei der internationalen Klimakonferenz 2015 in Paris vereinbarten Klimaschutzziele² kann gelin- gen, wenn der Verbrauch nicht nachwachsen-

der Rohstoffe und Ressourcen sowie der Einsatz fossiler Brennstoffe auf ein Minimum reduziert werden, indem wir auf regenerative Kraftstoffe setzen. Dabei geht es nicht darum, die Freiheit und Mobilität durch Verbote und ideologische Vorgaben einzuschränken, sondern vielmehr darum, den Alltag

und unsere Mobilität umweltverträglich zu gestalten sowie konkrete Anreize und Möglichkeiten zu schaffen – Anreize für Verbraucher, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung. Ideen, nicht Ideologien bringen uns der Klimaneutralität näher.

Die Politik ist gefordert, wenn es gilt, zum Erreichen unserer Klimaschutzziele einen ressortübergreifenden Ansatz zu entwickeln, der Klimapolitik nicht isoliert betrachtet, sondern zu einem Querschnittsthema macht, das sämtliche Lebensbereiche und Politikfelder einbindet. Die Bundesregierung hat bereits 2014 das *Aktionsprogramm Klimaschutz 2020*³ und 2016 den *Klimaschutzplan 2050*⁴ auf Grundlage des *Integrierten Energie- und Klimaprogramms*⁵ beschlossen und sich damit das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um vierzig Prozent, bis 2030 um 55 Prozent und bis 2050 um achtzig bis 95 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Ziel für 2020 wurde erreicht, ja sogar leicht übertroffen.

Im Folgenden möchte ich einige Ideen skizzieren, wie dieser Weg weiterbeschritten werden kann – Ideen, mit denen wir nicht nur für den privaten, gewerblichen und öffentlichen Mobilitäts- und Verkehrssektor, sondern auch für energieintensive Industriesektoren wie die Chemieindustrie, für die Stromproduktion und den gewerblichen beziehungsweise privaten Stromverbrauch die Impulse setzen können.

EINSATZ ALTERNATIVER ANTRIEBSTECHNOLOGIEN

Im Mobilitäts- und Verkehrssektor muss die bisher in der öffentlichen Wahrnehmung vorherrschende batteriebetriebene Elektromobilität um den Einsatz von auf Wasserstoff basierenden regenerativen Kraftstoffen, sonstigen Biokraftstoffen sowie Energieträgern aus erneuerbaren Energien ergänzt werden. Elektroautos sind für die Klimabilanz nur dann sinnvoll, wenn sie mit sauberem Strom aus Wind-, Wasser- oder Solarenergie betrieben werden; sonst verlagert sich der Schadstoffausstoß lediglich in andere Bereiche. Eine große Chance liegt in regenerativen Kraftstoffen, die sich bereits jetzt über einen langen Zeitraum lagern und weltweit transportieren lassen. Zudem bieten sie den Vorteil, dass bereits vorhandene Infrastrukturen wie Tankstellenetze, See- und Binnenhäfen, Knotenpunkte und Verteilnetze weitergenutzt werden können. Regenerative Kraftstoffe können mithilfe nachhaltiger Produktionsprozesse – zum Beispiel der elektrolytischen Wasserstoffherzeugung sowie biogener und solarer Erzeugungspfade – und aus biologischen oder industriellen Rest- und Abfallstoffen hergestellt werden, vor allem aber aus Kohlenstoffdioxid (CO₂), Wasser und regenerativ erzeugtem Strom. Das benötigte CO₂ kann entweder direkt aus der Atmosphäre gewonnen oder dort, wo es bei Produktionsprozessen anfällt, abgefangen werden.

Für das Ziel der Klimaneutralität müssen wir im Bereich Mobilität alternative Antriebstechnologien, wie batterieelektrische Motoren, Wasserstoff- und Brennstoffzellen, sowie die Produktion von grünen strombasierten Kraftstoffen (*E-Fuels*) und Strom aus erneuerbaren Energien konsequent (weiter)entwickeln. Alternative Antriebstechnologien und regenerative Kraftstoffe können bei allen Verkehrsträgern eingesetzt werden; sie sind also keineswegs auf den automobilen Individual- und Schwerlastverkehr beschränkt, sondern bieten neben dem öffentlichen Personennahverkehr – sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene – auch und gerade denjenigen Verkehrsträgern eine Chance, bei denen aufgrund des hohen Verbrauchs fossiler Brennstoffe der Handlungsdruck besonders offensichtlich ist, wie etwa in der Luft- und Schifffahrt.

Voraussetzung für einen umfassenden Einsatz alternativer Antriebstechnologien und regenerativer Kraftstoffe ist deren Marktfähigkeit und Serientauglichkeit. Nur wenn es wirtschaftlich vertretbar ist oder sich sogar rechnet und nur wenn die erforderliche Lade- und Tankinfrastruktur flächendeckend – also auch auf dem Land – vorhanden ist, werden die Menschen, auch unterstützt durch finanzielle Anreize, bereit sein, in signifikantem Umfang auf klimafreundliche, emissionsarme Autos umzusteigen; und nur dann kann der Umstieg auf alternative Antriebstechnologien gelingen, ohne Einschränkungen bei der Mobilität oder Lebensqualität.

KLIMASCHUTZ, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND SOZIALER AUSGLEICH

Ideen und Ansätze gibt es viele. So ist die Möglichkeit, Straßenlaternen als Ladepunkte für das Aufladen von Elektroautos zu nutzen, eine der innovativen Ideen, die bereits in der Praxis erprobt werden. Anstelle von Verboten und einschränkenden Maßnahmen ist es wichtig, den Menschen plausibel zu machen, dass mit der Transformation der Mobilität für sie keine Nachteile entstehen und sie weiterhin uneingeschränkt mobil sein können. Traditionelle Verkehrsträger, die heute mit fossilen Brennstoffen angetrieben werden, werden nicht einfach abgeschafft, sondern bleiben erhalten – sie werden jedoch durch klimaneutrale Alternativen wie *E-Fuels* und Wasserstoff angetrieben. Im Schwerlastverkehr etwa kommen aus erneuerbaren Energien gewonnene Flüssigkraftstoffe zum Einsatz, die wiederum auf grünem Wasserstoff basieren und weniger CO₂ produzieren. In der Luftfahrt kann synthetisches Kerosin auf Wasserstoffbasis verwendet werden und den fossilen Antrieb für Flugzeuge ersetzen. In der See- und Binnenschifffahrt können Flüssigerdgas und Wasserstoff als umweltfreundliche Antriebe für Schiffe genutzt werden; ihre Bordstrom- und mobile Landstromversorgung können durch Energie aus regenerativer Erzeugung erfolgen. Deren Förderung reiht sich in die Vielzahl

von Ideen zur nachhaltigen Lösung bestehender Mobilitätsprobleme im Sinne der Klimaschutzziele ein.

Die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien und Kraftstoffe leistet nicht nur einen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele, sondern sichert zum einen die Mobilität der Menschen und zum anderen die Wettbewerbsfähigkeit sowie Weltmarktstellung der deutschen Exportwirtschaft und der Automobilindustrie. Durch die Entwicklung künftiger Schlüsseltechnologien, wie Speichertechnologien für sauberen Strom, und durch Investitionen in erneuerbare Energien und CO₂-neutrale Kraftstoffe erhält Deutschland einen Standortvorteil im globalen Wettbewerb. Es geht also nicht darum, auf Mobilität, Komfort und Wettbewerbsfähigkeit zu verzichten. Die zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 erforderliche gesellschaftliche Akzeptanz erlangen wir nur durch glaubwürdige Perspektiven, nicht durch Verbote und Verzichtsforderungen. Es geht auch darum, durch den Einsatz modernster Technologien Klima und Arbeitsplätze zu schützen und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Mobilität ist beim Thema Klimaschutz nur ein Bereich, wenngleich ein sehr wichtiger; ein weiterer ist der der energieintensiven Industriesektoren. In der Chemieindustrie, in Stahlwerken oder Raffinerien kann Wasserstoff aus regenerativen Quellen in der Produktion eine wichtige Rolle spielen. Ökostrom kann über Wasserstoff und Kohlenstoff auch zur Herstellung von Chemikalien als Basis für die meisten Kunststoffe genutzt werden. Auch im gewerblichen und privaten Gebäudesektor kann die Verwendung von mit Wasserstoff oder Synthesegas betriebenen Brennstoffzellen zur Wärme- und Energieproduktion beitragen. Zum Heizen von Wohnungen oder Arbeits- und Produktionsstätten werden Gase aus erneuerbaren Energien oder flüssige regenerative Energieträger eingesetzt. Strom sollte künftig nur noch aus erneuerbaren und damit klimafreundlichen Energien wie Wind-, Sonnen- und Wasserkraft erzeugt werden.

WASSERSTOFF „MADE IN GERMANY“

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Politik die erforderlichen Impulse für Innovationen, Unternehmertum, die Förderung von Wissenschaft und Forschung setzen sowie gleiche Rahmenbedingungen für alle klimafreundlichen Technologien schaffen – von der Batterie über Wasserstoff bis hin zu CO₂-neutralen Kraftstoffen. Entscheidend dabei ist die Technologieoffenheit, da nicht abzusehen ist, welche Qualitäts- und Entwicklungssprünge es bei derzeit verfügbaren Technologien in den kommenden Jahren geben wird. Einzige Richtschnur für die Förderung sollte sein, dass sowohl bei der Herstellung von Antriebstechnologien als auch bei deren Nutzung möglichst wenig Treibhausgase freigesetzt werden.

Beim Wasserstoff und bei den regenerativen Kraftstoffen sollten die Erforschung und Erprobung von Erzeugungspfaden für strombasierte Kraftstoffe im industriellen Maßstab in Feldversuchen und der testweise Aufbau einer Energieinfrastruktur gefördert werden. Dazu gehört der Aufbau eines Marktanzreizprogramms für neue Anlagen zur Produktion strombasierter Kraftstoffe. Durch den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur kann aus dem Wind des Nordens und der Sonne des Südens Ökostrom und anschließend mit Elektrolyseuren Wasserstoff „made in Germany“ produziert werden. So könnten in Deutschland, das bei der Produktion von Elektrolyseuren führend ist, neue Arbeitsplätze entstehen, und es könnte zudem eine breite industrielle Anwendung erreicht werden. Um den Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromproduktion zu erhöhen, müssen wir auch hier in die erforderliche Infrastruktur investieren, das heißt in den verstärkten Ausbau und die Modernisierung leistungsfähiger und intelligenter Stromnetze, die Strom aus erneuerbaren Energien innerhalb Deutschlands und Europas transportieren und trotz schwankender Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie die Netzstabilität gewährleisten können.

Kurzum: Gefragt sind Ideen und Anreize, keine Verbote. Wenn es uns gelingt, Soziale Marktwirtschaft und Klimaschutz nicht als Gegensatzpaar zu sehen, sondern sie miteinander in Einklang zu bringen, und wenn es uns gelingt, mit dem Thema Klimaschutz eine positive Geschichte zu erzählen, dann erreichen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

¹ Deutschland hat sich bereits das Klimaziel gesteckt, bis 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu sein; vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, Berlin 2016, hier insbesondere Seite 7.

² Siehe Pariser Klimakonferenz: Übereinkommen von Paris im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), Paris 2015.

³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Klimaschutzbericht 2015. Zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung, Berlin 2015. Das Aktionsprogramm beinhaltet u. a. den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE), die Strategie „Klimafreundliches Bauen und Wohnen“ sowie Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor.

⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung, Berlin 2016.

⁵ Bundesregierung: Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung, Berlin 2007.

Bewegung statt Stillstand

Orientierungen zu einer nachhaltigen Mobilität

ANNA LUISA LIPPOLD

Geboren 1989 in Dormagen, 2015 bis 2019 Promotion am Lehrstuhl für Angewandte Ethik, Ruhr-Universität Bochum, zu ethischen Fragen in Bezug auf den Klimawandel, Referentin für Mobilität, Stadt und Land, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Verkehr ist nach der Energiewirtschaft und der Industrie der drittgrößte Verursacher von Treibhausgasemissionen. Fast dreißig Prozent der CO₂-Emissionen der Europäischen Union (EU) und rund zwanzig Prozent der CO₂-Emissionen Deutschlands entstehen, indem sich Personen und Güter auf der Straße, mit der Bahn, dem Schiff oder dem Flugzeug von einem Ort zu einem anderen bewegen.

Der weitaus größte Teil dieser Emissionen entsteht im Straßenverkehr. Während alle anderen Sektoren ihre Emissionen seit 1990 deutlich senken konnten, ist das im Verkehrswesen bis Anfang 2020 kaum (Deutschland) beziehungsweise gar nicht (EU) gelungen. Vor dem Hintergrund der globalen, europäischen und nationalen Klimaziele weist der Trend nach wie vor in die falsche Richtung. Dass der Verkehrssektor allein schon mit Blick auf den Klimawandel CO₂-neutral werden muss, ist also keine

Frage. Die Frage ist: Wie gelingt das, ohne Teile der Gesellschaft abzuhängen und ohne den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden?

Wer in der gegenwärtigen Diskussion über *nachhaltige* Mobilität spricht, verweist damit meist auf den Schutz des Klimas. Doch nicht nur aus ökologischer Sicht spricht vieles für Veränderung. Hohe Fahrpreise, Zeitverluste durch Staus oder Verspätungen sind die unmittelbaren wirtschaftlichen Kosten des Verkehrs. Hinzu kommen die indirekten Kosten durch Unfälle oder Schadstoffbelastungen. Gleichzeitig ist das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität vielerorts nach wie vor nicht befriedigt: Staus und Wartezeiten durch fehlende Abstimmung der einzelnen Verkehrsträger, fehlende Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel oder der nicht vorhandene Zugang zu Verkehrswegen zeigen auch unter sozialen Gesichtspunkten großes Verbesserungspotenzial. Entsprechend oft wird der Ruf nach einer „radikalen Verkehrswende“ laut.

NACHHALTIGE MOBILITÄT – MEHR ALS KLIMAPOLITIK

Dass der Weg zu nachhaltiger Mobilität selbst mit Blick auf die ökologische Dimension nicht mit der radikalen Einschränkung des gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Lebens zu beschreiten ist, hat die Entwicklung der Emissionen während der Corona-Pandemie eindrücklich gezeigt. Im März 2021, ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie, veröffentlichte das Umweltbundesamt neue Daten: Die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors sind 2020 um 11,4 Prozent gesunken. Zehn Prozent davon können auf die „Stay at Home“-Politik zurückgeführt und damit als Corona-Effekt verbucht werden. Trotz der Härte der Einschränkungen bleiben dennoch neunzig Prozent; das zeigt am praktischen Beispiel: Die unabdingbare Dekarbonisierung des Verkehrssektors wird nicht allein durch Einschränkungen, sondern nur durch eine große Transformation gelingen.

Es geht es nicht allein um die Optimierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur. Prognosen zufolge wird die Nachfrage nach Mobilität bis 2030 um zwölf Prozent im Personenverkehr und um 38 Prozent im Güterverkehr steigen (Basisjahr 2010).¹ Wenn diese Nachfrage ökologisch verträglich, sozial gerecht sowie wirtschaftlich effizient gedeckt werden soll, steht außer Frage, dass technologische Innovationen in allen Bereichen, neue Markt- und Geschäftsmodelle sowie eine moderne Denkweise, die die veränderten Arbeits-, Wohn- und Einkaufsbedingungen mitdenkt und vor allem auch nutzt, ebenfalls Teil der Lösung sind.

Die Gestaltung einer nachhaltigen Mobilität birgt vielschichtiges Konfliktpotenzial. Während Teile der Bevölkerung etwa autofreie Innenstädte, Flugverbote und den Ersatz des motorisierten Individualverkehrs fordern, verteidigen andere die individuelle Freiheit sowie den ökonomischen

Wohlstand und fordern, die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen. Wiederum andere sind einfach nur genervt. Die Initiative „Fridays for Hubraum“ und die Worte „Klimahysterie“ oder „Ökodiktatur“ stehen stellvertretend dafür. Irgendwo dazwischen versuchen politische Akteure, Maßnahmen zu verabschieden, die ökologisch wirken, ökonomisch sichern und sozial nicht abhängen. Unter der Prämisse, dass Politik die Aufgabe hat, selbst für die komplexesten Herausforderungen kompromissfähige Lösungen hervorzubringen, die von allen Seiten zumindest als legitim oder hinnehmbar erachtet werden, ist die Gestaltung eines nachhaltigen Mobilitätssystems eine Mammutaufgabe.

DAS POLITISCHE SPANNUNGSFELD

Legitimität als Fundament gesellschaftlicher Akzeptanz bezieht sich auf die Anerkennung von Maßnahmen vor dem Hintergrund von Normen und Werten. Im Beurteilungsprozess werden Maßnahmen sowie ihre Auswirkungen vor den kulturellen und individuellen ethischen Maßstäben bewertet. Das Problem: Jede politische Entscheidung wird im Spannungsfeld moralisch relevanter Ansprüche getroffen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des möglichen Arbeitsplatzabbaus im Zuge der potenziellen Ablösung traditioneller Antriebstechnologien, wie etwa bei den Zulieferern der Automobil- oder Schifffahrtsindustrie. Im gesellschaftlichen Beurteilungsprozess steht der moralisch relevante Anspruch, einer Arbeit nachgehen zu können und ein Einkommen zu haben, neben dem moralisch relevanten Anspruch, nicht unter den Auswirkungen des Klimawandels (Nahrungsmittelknappheit infolge von Dürren, unbewohnbaren Unterkünften durch Waldbrände et cetera) zu leiden, das heißt, psychisch und körperlich unversehrt zu sein oder das Recht auf Eigentum gewahrt zu wissen.² Um eine Chance zu haben, dass politische Entscheidungen trotz dieser Spannungen von einer Mehrheit der Gesellschaft als legitim erachtet werden, obwohl sie dem individuellen Gerechtigkeitsempfinden unter Umständen widersprechen, benötigen sie ein wertebasiertes Fundament, auf dem rational, konsistent und nachvollziehbar entschieden werden kann, welcher moralisch relevante Anspruch übergeordnet wird und wie der untergeordnete Anspruch flankiert werden muss, um seine Relevanz zu wahren. Politische Entscheidungen sind also in hohem Maße begründungsbedürftig. Für gesellschaftliche Akzeptanz ist die Frage nach dem *Warum* mindestens ebenso wichtig wie das *Was*.

Angesichts der Komplexität und Emotionalität der Debatte ist es kaum verwunderlich, dass sich die Diskussion oft an Einzelfragen aufhängt. Leicht könnte man beispielsweise den Eindruck bekommen, es ginge bei nachhaltiger Mobilität primär um das Auto im urbanen Straßenverkehr oder um ein Duell des Verbrenners mit dem Elektroantrieb. Zwar sind die Verteilung der knappen

Fläche in Innenstädten und die Antriebsformen im motorisierten Verkehr zentrale Zukunftsfragen. Sie sind aber nicht die einzigen, und gleichzeitig suggerieren sie, dass die Veränderungen, die auf uns zukommen, aus dem bestehenden Verkehrssystem heraus entstehen und als solche zu lösen sind.

Ein Blick auf die Trends nur der nächsten Jahre zeigt, dass nachhaltige Mobilität in größeren Zusammenhängen und „von außen“ gedacht werden muss.

Automatisierung und Konnektivität. Durch Assistenzsysteme wird das aktive Führen von Fahrzeugen zunehmend zur Nebensache. Der weltweite Gesamtumsatz in 2030 durch die zunehmende Automatisierung wird für die Mobilitätsbranche auf mehr als das Doppelte des Umsatzes von Ford, GM, Toyota und VW in 2017 zusammen geschätzt – eine gigantische Zahl.³ Die gesellschaftlichen Effekte sind aber noch größer, und hier liegt die eigentliche transformative Kraft der Automatisierung: Ein stark reduzierter Bedarf an Parkraum, eine produktivere Nutzung von Fahrzeiten, eine effizientere Auslastung und weniger Verkehrsunfälle gehören zu den positiven Auswirkungen. Intelligente Infrastruktur und Leitsysteme vernetzen den Mobilitätssektor zu einem kommunikativen System, das den Personen- und Güterverkehr klimafreundlicher, sicherer und effizienter machen kann.

Elektrifizierung. Das exponentielle Marktwachstum von E-Fahrzeugen zeigt, dass Elektromobilität keineswegs eine vorübergehende Erscheinung ist. Ob E-Fahrzeuge tatsächlich einen flächendeckenden Durchbruch erleben oder primär im erweiterten urbanen Raum zum Einsatz kommen, hängt von der Reichweite der Fahrzeuge, ihrem Kaufpreis und der Ladeinfrastruktur ab. Nicht umsonst wird zusätzlich das Potenzial alternativer Kraftstoffe diskutiert, die entweder biogen (etwa aus Pflanzen) oder synthetisch (mittels chemischer Verfahren aus unterschiedlichen Ausgangsstoffen) gewonnen werden. Der große Streitpunkt: Sollen diese Kraftstoffe primär in den Bereichen zum Einsatz kommen, die nur schwer zu elektrifizieren sind (Luft- oder Seeverkehr), oder kann der Markthochlauf und damit die Preissenkung sowie Verfügbarkeit gerade über die Nutzung im Straßenverkehr gelingen? Insbesondere für die Herstellung synthetischer Kraftstoffe wird extrem viel Strom benötigt. Ganz gleich, ob es also um E-Mobilität oder synthetische Kraftstoffe geht: Die Elektrifizierung ist sicher. Nachhaltige Mobilität hängt also wesentlich von der Dekarbonisierung des Energiesektors ab.

Veränderte Mobilitätslandschaft. Roller, Fahrräder und Autos, die für alle bereitstehen, sind die ersten Eindrücke einer Veränderung, wie Mobilität künftig angeboten und nachgefragt werden wird. Vor allem in Großstädten geht der Trend hin zu einer Mobilität als Dienstleistung. „Mobility-as-a-Service“ beinhaltet nicht nur Multi- und Intermodalität, also die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel generell und auf einem einzelnen Weg, sondern auch On-Demand-Dienstleistungen, also Angebote wie Uber oder auch Fahrzeuge, die auf Basis von Daten eine zu erwartende Nachfrage autonom

bedienen. Zur veränderten Mobilitätslandschaft gehören auch neue Geschäftsmodelle im Bereich des Güterverkehrs, wie etwa die Nutzung von Drohnen. Der Paradigmenwechsel in der Wettbewerbslandschaft wird zusätzlich durch den Markteintritt von Tech-Giganten wie Apple oder Google beschleunigt.

Flexibilität, Unabhängigkeit und das Verschwimmen von Privatem und Beruf. Spätestens die Pandemie hat die Lebens- und Arbeitswelt verändert. Immer mehr Menschen werden zeit- und ortsunabhängig leben, arbeiten und konsumieren. Die Flexibilisierung des Privaten und Beruflichen sorgt dafür, dass Menschen im Alltag mehr Orte aufsuchen. Dadurch steigt die Mobilität. Gleichzeitig erfordert das Bedürfnis nach Unabhängigkeit und einer stärkeren individuellen Selbstbestimmung neue Home- und Mobile-Office-Lösungen, die – wenn sie gut gestaltet sind – zu einer Entlastung des Verkehrssystems beitragen können. Gemeinsam müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Lösungen finden, die dem neuen Mix aus beruflichen und privaten Anforderungen gerecht werden.

Bedeutung des internationalen Verkehrs. Angesichts des prognostizierten Anstiegs bis 2030 fällt dem Güterverkehr deutlich mehr Gewicht zu. Für Deutschland als Exportnation ist insbesondere die nachhaltige Ausrichtung des internationalen Güterverkehrs wichtig. Aber auch der internationale Personenverkehr kommt auf die Agenda: Mit 65 Prozent Wachstum bis 2030 verzeichnet der Flugverkehr den größten Zuwachs – Corona hin oder her. Dieser steht im Widerspruch zu den Klimazielen. Wer jetzt nicht den Investitionsstau auf den Binnenschiffahrtsstraßen sowie die Digitalisierung der Schiene aufholt und garantiert, dass Flug- und Seeverkehr klimaneutral werden, muss spätestens mittelfristig zu der Entscheidung kommen, dass Einschränkungen der einzige Weg sind.

Bewegung, nicht Stillstand ist das Ziel von Mobilität. Noch nie war diese vordergründige Erkenntnis wichtiger. Wer Mobilität grundsätzlich einschränken will, wird im Klimaschutz nicht erfolgreich sein. Ebenso wenig kann der Verkehr so bleiben, wie er ist. Bewegung ist auch im Denken gefragt.

¹ Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Verkehrsverflechtungsprognose 2030, www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/verkehrsverflechtungsprognose-2030.html [letzter Zugriff: 07.04.2021].

² Für eine detaillierte Analyse zum Spannungsfeld moralisch relevanter Ansprüche vgl. Lippold, Anna Luisa: Climate change and individual moral duties. A plea for the promotion of a collective solution, mentis Verlag, Paderborn 2020, S. 112–127.

³ Baltic, Troy / Hensley, Russell / Salazar, Jeff et al. (2019): „The trends transforming mobility's future“, in: McKinsey Quarterly, Teil 5, 08.03.2019, www.mckinsey.com/industries/automotive-and-assembly/our-insights/the-trends-transforming-mobilitys-future [letzter Zugriff: 07.04.2021].

Ansporn zum Umbau

Impulse zur Transformation der Industrie

ANDREAS BARNER

Geboren 1953 in Freiburg im Breisgau, seit 2013 Präsident des Stifterverbandes, Essen, seit Juli 2016 Mitglied des Gesellschafterausschusses der Boehringer Ingelheim GmbH.

VOLKER MEYER-GUCKEL

Geboren 1960 in Twistringen, stellvertretender Generalsekretär und Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes, dort Leiter des Bereichs „Programm und Förderung“.

Der Klimawandel schreitet voran. Auch die pandemiebedingte Verringerung des CO₂-Ausstoßes hat an dieser Entwicklung nichts geändert. Es ist daher klar: Die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden in den öffentlichen Debatten der kommenden Jahre wieder den Stellenwert einnehmen, den sie verdienen. Wir stehen vor einem Umbau von Industrie und Gesellschaft, der zu Recht als vierte industrielle Revolution beschrieben wird. Wie bei allen anderen grundlegenden Transformationsprozessen werden diese stets mit Untergangs- und Verheißungserzählungen

ausgemalt. Richtig ist: Es wird bei diesem Umbau Gewinner und Verlierer geben. Daher ist es wichtig, beim Thema Nachhaltigkeit gleichzeitig ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in den Blick zu nehmen. Aber der offene Ausgang solcher Szenarien sollte uns auch die Zuversicht geben, dass wir den notwendigen gesellschaftlichen und industriellen Wandel zum Wohle aller klug gestalten können.

Auf dem langen Weg zu einer nachhaltigen Industrieproduktion wird bisweilen übersehen, welche Strecke wir schon zurückgelegt haben. In den vergangenen dreißig Jahren ist die deutsche Wirtschaftsleistung um fast sechzig Prozent gewachsen, der CO₂-Ausstoß hat sich im gleichen Zeitraum um vierzig Prozent verringert. Das Thema Nachhaltigkeit steht in allen strategischen Szenarien und Selbstverpflichtungen von Branchen und Unternehmen ganz oben – Aktionäre, Eigentümer, Investmentbanken, vor allem aber die Mitarbeiter erwarten dies. Daran werden sie in den nächsten Jahren gemessen werden. Ein paar Beispiele: Volkswagen wird bis Ende dieses Jahrzehnts siebzig Prozent seiner Autos als Elektrofahrzeuge verkaufen, BASF wird 250.000 Kubiktonnen recyceltes Material bis 2025 für die Chemieproduktion verwenden und hat gerade bekanntgegeben, bis 2050 zur Gänze klimaneutral sein zu wollen. Die Energieerzeugung von Vattenfall ist „in einer Generation fossilfrei“, die Stahlproduktion von ThyssenKrupp soll bis 2050 klimaneutral werden. Dies geschieht in einem Kontext neuer CO₂-Verbrauchsbepreisungen, globaler, europäischer und nationaler Zielvorgaben (*Sustainable Development Goals*, *European Green Deal*, Lieferketten-Gesetz et cetera) für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeits-Rankings sowie Ratings von Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsprüfern, die den Anstrengungen eine Richtung geben.

ÖKOLOGISCHE UND DIGITALE TRANSFORMATION

Das Konsumverhalten der Gesellschaft wandelt sich, nachhaltig produzierte Waren werden verstärkt nachgefragt, wenn auch ihr Anteil am Gesamtkonsum weiterhin viel zu niedrig ist. Eine größere Lenkungswirkung für den industriellen Umbau verspricht eine voranschreitende Nachhaltigkeitsorientierung von Investoren, Fonds und Banken, die ihre Anlagestrategien zunehmend an ökologischen und gesellschaftlichen Zielen ausrichten. Dazu gibt es eine Welle neuer Start-ups und „Sozialunternehmen“, die mit nachhaltigkeitsgetriebenen Produkten und Dienstleistungen Märkte in Bewegung bringen. In diesem Umfeld steht die Industrie in einem harten internationalen Wettbewerb um innovative und weltweit konkurrenzfähige Lösungen für Kunden und Konsumenten. Es ist gut, dass die neue US-Administration dem Thema Nachhaltigkeit und Klima wieder mehr Aufmerksamkeit entgegenbringt und sich auch China für eine Veränderung in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit ausspricht.

Über allem steht eine digitale Transformation, die alle gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche erfasst hat und als Teil der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft den Boden für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas bereitet. Branchenübergreifend können digitale Ansätze sowohl in der Produktion für Effizienzgewinne sorgen als auch völlig neuartige Geschäftsmodelle ermöglichen (Industrie 4.0). Digitale Infrastrukturen können nicht nur die Effizienz, sondern auch die Transparenz in den Wertschöpfungsketten erhöhen.

Für die Zukunft des deutschen Industriestandorts ist die Verbindung von ökologischer und digitaler Transformation zukunftsweisend (etwa durch *Green IT*). Gleichzeitig kann die Digitalisierung helfen, Ressourcen zu schonen. Effizienzgewinne in der Produktion, zum Beispiel durch weniger Ausschuss, effektive Steuerungsmechanismen in der Energieversorgung und nicht zuletzt die Substitution physischer durch digitale Prozesse, sind Beispiele dafür. Die Corona-Pandemie hat vor Augen geführt, dass viele Reisen vermeidbar sind, wenn gute digitale Alternativen genutzt werden. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik können bei der Förderung und dem Ausbau grüner Zukunftsmärkte eine führende Rolle im internationalen Wettbewerb einnehmen.

NEUE INFRASTRUKTUREN

Das alles ist noch nicht ausreichend, zeigt jedoch, wie zunehmend ein Rad in das andere greift. Dieses „systemische Ineinandergreifen“ ist das Entscheidende in der nächsten Phase des industriellen und gesellschaftlichen Umbaus. Denn die notwendigen Transformationsprozesse unterscheiden sich von „klassischen“ Innovations- und Veränderungsprozessen dadurch, dass keine Branche, keine Disziplin, keine einzelne Technologie oder Akteursgruppe die künftigen Herausforderungen allein bewältigen kann.

Neue Technologien bleiben für Prozessumstellungen in Unternehmen entscheidend. Diese Transformationsprozesse erfordern Investitionen, von der Forschung und Entwicklung bis zum Aufbau komplett neuer Herstellungsanlagen, und sie benötigen flankierende Rahmenbedingungen sowie finanzielle Unterstützung. Die in der Industrie verbrauchte Energie muss künftig aus regenerativen Quellen stammen. Dazu muss auch CO₂-neutral produzierter Wasserstoff als Energieträger einen entscheidenden Beitrag leisten. Er dient künftig ebenfalls zur Defossilisierung besonders CO₂-lastiger Herstellungsverfahren, zum Beispiel in der Stahl- oder Zementproduktion (*Green Steel*). Die Produktion von Wasserstoff wiederum ist an Infrastrukturen gekoppelt, die Wind- und Sonnenenergien effizient und günstig nutzen, und der Transport erfordert neue Speicherstrukturen. Die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung ist ein kluger Schritt, den Weg in die Wasserstoffwirtschaft einzuleiten.

Das Beispiel Wasserstoffwirtschaft zeigt den neuen Charakter der großen Transformationsprozesse: Jenseits neuer Technologien, Produktionsprozesse, Werkstoffe und Geschäftsmodelle müssen Infrastrukturen, Versorgungs- und Sicherheitssysteme geschaffen, jedoch auch neue Normierungs- und Datenstandardfragen geklärt werden, die nur in nationaler und internationaler Zusammenarbeit zwischen Marktteilnehmern, staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gelingen können. Eine Versorgung mit regenerativen Energien benötigt neue Stromtrassen, die in Deutschland noch fehlen und deren Realisierung vor Ort oftmals umstritten ist. Es stellt sich die Frage, ob das Planungsrecht heute noch adäquat für die Herausforderungen von morgen ist. Elektroautos brauchen eine neue Ladeinfrastruktur, die Städte und Gemeinden herausfordert und die sowohl neue technische Lösungen für die lokalen Energienetze benötigt als auch die Frage beantworten muss, wie eine urbane Mobilität in der jeweiligen Stadt in Zukunft aussehen soll. Vernetzte Mobilität braucht ein flächendeckendes 5G-Netz, das in anderen Ländern zurzeit schneller wächst als bei uns. Industrie 4.0 benötigt die europäische Daten-Plattform *GAIA-X*, um nicht in die Abhängigkeit von asiatischen oder amerikanischen Cloud-Anbietern zu geraten und deren Interpretation von Datenschutz und Datensicherheit folgen zu müssen.

Das alles zeigt: Transformationsprozesse bedürfen einer Neujustierung der Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Die *Governance* solcher systemischen Wandlungsprozesse wird zum Schlüssel des Erfolges – nicht nur bei der Klärung der Frage, wer für die notwendigen neuen Infra- und Sicherheitsstrukturen (Stichwort: Resilienz) Verantwortung trägt, die Finanzierung und den Aufbau gestaltet, sondern auch bei den gesellschaftlichen Entscheidungen darüber, welche Strukturen wir überhaupt wollen. In diesem neuen Miteinander wird es die Kunst sein, eine ausgewogene Balance zu finden zwischen innovativen Kräften des Marktes, politischen (Ziel-)Vorgaben, einer klugen Regulierung, die den Umbau erleichtert, einer staatlichen Verwaltung, die Innovationen agil befördert, und gesellschaftlichen Vereinbarungen („*contrat social et écologique*“) über das Notwendige und Gewollte.

ENTWICKLUNG KONSENSFÄHIGER ZUKUNFTSBILDER

Ein Transformationsprozess, der gleichzeitig Innovationsprozess und die Resilienz fördernder Prozess ist, bietet eine große Chance für die beteiligten Wirtschaftsnationen, insbesondere für Deutschland. Dies ist umso wichtiger, als eine Verzichtsdebatte gesellschaftlich nicht tragfähig sein wird. Die großen Innovations- und Wertschöpfungspotenziale liegen im Hightechland Deutschland in nachhaltigkeitsorientierten technologischen Innovationen und sogenannten „Cross-Technologien“, die auf viele Branchen anwendbar

und digital miteinander vernetzt sind. So wird die zunehmende Bedeutung von Nachhaltigkeit zum Treiber von Produkt- und Prozessinnovationen sowie *Smart Services* werden, etwa im Bereich der Kreislaufwirtschaft oder der *Sharing Economy*. Um Wertschöpfung und Wohlstand in Deutschland und Europa zukunftsfähig abzusichern, muss die Wirtschaft bestmöglich auf zirkuläre Geschäftsmodelle und auf mit Produkten verknüpfte Dienstleistungsmodelle umgestellt werden. Einerseits werden so Ressourcen geschont, andererseits werden Anwendungen für Kundinnen und Kunden optimiert; dafür gilt es, regulatorische Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch das Einpreisen von Externalitäten, so anzupassen, dass *Circular Economy*-Ansätze wirtschaftlich konkurrenzfähig sind.

Für die Politik sollte gelten: Handlungsanstöße – neudeutsch „Nudging“ – und Anreize sind besser als kleinteilige Regulierung. Die Politik sollte Planungssicherheit zusichern, langfristige Zielhorizonte definieren und eine Innovations- und Pfadoffenheit für Technologien und Versorgungsstrukturen gewährleisten. Wir werden auch mehr Experimentierräume benötigen, in denen zunächst die Möglichkeiten neuer Technologien ausprobiert und erst mit und nach diesen Erfahrungen eventuell notwendige neue regulatorische Prinzipien angepasst werden. Vor allem aber benötigen wir funktionierende Verwaltungsstrukturen, die sich als „Ermöglichungsagenturen“ verstehen und sich nicht in dauerhaften Entschleunigungsschleifen durch eine überbordende Regulierung verzetteln. Für die Wirtschaft gilt: Wir benötigen deutlich mehr gesellschaftliche Partizipation beim technologischen Umbau; gemeinsam müssen wir neben Technologien Narrative und gemeinsame Zukunftsbilder entwickeln, die konsensfähig sind und die sich an den Bedarfen der Menschen orientieren.

WETTBEWERB FÜR MEHR INNOVATION

Eine an solchen Leitlinien orientierte Transformationspolitik ist anschlussfähig an die Missionsorientierung in der deutschen Hightech-Strategie und im Innovationsprogramm „Horizont Europa“. Daher erscheint es notwendig, das Hightech-Forum der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode zu einem Transformationsforum weiterzuentwickeln. Die beschriebenen systemischen und *Governance*-Herausforderungen für unterschiedliche Transformationsfelder könnten hier adressiert und konturiert werden. Es sollte dort auch über neue innovations- und bedarfsorientierte Mechanismen staatlicher Forschungsförderung im Sinne offenerer Lösungswege und Innovationskulturen beraten werden.

Einen Fingerzeig dazu gibt das aktuelle Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI): Gegenüber einer A-priori-Festlegung auf eine bestimmte Problemlösung, wie etwa „batteriebetriebene

Fahrzeuge“, setzt das Gutachten auf eine offene Beschreibung von Missionen und Förderzielen, wie etwa „nicht fossile Antriebstechnologien“, und die kreativen Kräfte der Marktakteure, da diese unterschiedliche Wege zur Erreichung des Ziels einschlagen können. Erfahrungsgemäß erhöht Wettbewerb die Innovationsfähigkeit. Eine Förderung von Problemlösungsalternativen in der vormarktlischen Phase, das heißt bis hin zum Erkenntnis- und Technologietransfer, stellt keinen massiven Eingriff in die Marktdynamik dar. Die privatwirtschaftlichen Akteure entscheiden selbst, ob und inwieweit sie bestimmte Innovationsmöglichkeiten nutzen wollen. Sind direkte Markteingriffe nicht vermeidbar, sollten sie einen katalytischen Charakter haben, also nur eine Anstoßwirkung entfalten und dann wieder zurückgenommen werden. Dies gilt etwa bei der Förderung junger Technologien, bei der Überwindung von Lock-ins in alten Technologien oder für den Aufbau neuer Infrastrukturen, beispielsweise von Betankungssystemen für innovative Mobilitätsformen.

Transformationspolitik ist aber nicht nur Innovationspolitik. Wichtig ist eine Sozialpolitik, die den ökologischen Umbau und den digitalen Wandel begleitet. Und wir brauchen eine Bildungspolitik, die auf Transformationsprozesse vorbereitet, nicht nur durch die Vermittlung neuer Kompetenzen und Inhalte, die in den klassischen Curricula von Schulen und Hochschulen und in der Berufsbildung noch zu wenig Raum finden: Künstliche Intelligenz, Datenkompetenzen, systemisches Denken, Erfahrungen von Selbst- und Gruppenwirksamkeiten (*Transformational Literacy, Entrepreneurial Skills*) – und vieles mehr.

Ist das machbar? Unser Land hat die Kraft und die Ressourcen dafür. Aber die „Points of no Return“ im Klimawandel rücken näher. Je schneller wir voranschreiten, desto weniger steil ist der Berg.

Existenziell wichtig

—
Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz

MARLEHN THIEME

Geboren 1957 in Lübeck, Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe (WHH), Bonn.

Die Corona-Pandemie zeigt, dass tragfähige Lösungen für weltweite Probleme nicht in nationalen Alleingängen liegen, sondern in einem auf Fakten basierten Dialog gefunden

werden müssen. Dies gilt auch für die globale Herausforderung des Klimawandels. Wir wissen, dass wir in allen Lebensbereichen Änderungen benötigen, um mit den vorhandenen Ressourcen nachhaltig zu wirtschaften. Aber wie gestalten wir diese Transformation? Wie etablieren wir nachhaltige Produktions-, Finanzierungs- und Ernährungssysteme, die von gesellschaftlicher Akzeptanz und politischer Mehrheit getragen werden? Vor allem auch: Wie stellen wir sicher, dass das Leben im globalen Norden nicht auf Kosten

der Menschen im globalen Süden geht? Die internationale Gemeinschaft hat sich bis 2030 die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) gesetzt, die allerdings nur noch schwer zu erreichen sind. Notwendig ist eine neue Dynamik, die bisherige Errungenschaften anerkennt und aktuelle Erfordernisse in den Blick nimmt.

Klimaschutz benötigt einen faktenbasierten Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte mit dem Ziel, einen verbindlichen Konsens und Handlungsempfehlungen zu generieren. Die Welthungerhilfe erfüllt hier eine klare Aufgabe: Sie kooperiert mit der Zivilgesellschaft in den Programmländern, um die Regierungen daran zu erinnern, wozu sie sich verpflichtet haben oder sich verpflichten sollten. Dabei haben Nichtregierungsorganisationen nicht die Aufgabe oder den Anspruch, Staat oder regionale Behörden zu ersetzen, sondern nehmen eine anwaltschaftliche und vermittelnde Rolle ein. Sie stellen ihre Erfahrungen aus dem globalen Süden der Öffentlichkeit und Entscheidern auch hierzulande zur Verfügung.

STIMME DES GLOBALEN SÜDENS

Die Welthungerhilfe versteht sich als Stimme der Menschen des globalen Südens. Erfahrungen aus der täglichen Projektarbeit in 36 Ländern spielen ebenso eine Rolle wie standardisierte Fortschrittsberichte. Eine wichtige Publikation der Welthungerhilfe ist der *Welthunger-Index* (WHI), der jährlich die weltweite Hungersituation analysiert, Fortschritte erfasst, Forderungen formuliert und Handlungsfelder aufzeigt. Der WHI regt einen Dialog nicht nur innerhalb Europas, sondern auch mit Ländern des globalen Südens an und ermöglicht somit eine faktenbasierte, partizipative und vertrauensbildende Debatte mit Entscheidern in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Der *Welthunger-Index* 2019 unterstreicht den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Hunger und Klimawandel und zeigt, wie die Klimakrise die Ernährungssysteme schädigt. Wer den Hunger langfristig besiegen will, muss die Ursachen für den Klimawandel in den Blick nehmen.

Ein erfolgversprechendes Beispiel für einen funktionierenden Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und Regierung hat die Welthungerhilfe in Indien mit „Community Score Cards“ durchgeführt. Mit lokalen Partnern informiert die Welthungerhilfe die Bevölkerung darüber, was ihnen aufgrund staatlicher Beschlüsse zusteht, und fördert damit einen Dialog in einem schwierigen Umfeld. Die Ziele des Projekts sind die Förderung der Bewusstseinsbildung der armen und ausgegrenzten Gruppen, die Unterstützung der Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und die Schaffung lokaler Mechanismen zur Kontrolle der Verwaltung durch die Bürger.

Das gegenwärtige Konsumverhalten und das Ernährungssystem haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Umwelt.

Das zweite Nachhaltigkeitsziel, den Hunger zu beenden, ist bei Weitem nicht erreicht: 690 Millionen Menschen leiden an chronischem Hunger, zugleich sind zwei Milliarden Erwachsene weltweit übergewichtig oder fettleibig.¹ 31 Prozent aller CO₂-Emissionen werden durch Landwirtschaft und Landnutzung verursacht. Rechnet man Verarbeitung, Transport, Kühlung, Erhitzung und Entsorgung von Lebensmitteln hinzu, hängen über vierzig Prozent aller CO₂-Emissionen davon ab, wie wir uns ernähren und Landwirtschaft betreiben. Es gibt ausreichend Ressourcen, alle Menschen nachhaltig und gesund zu ernähren und zugleich die negativen Folgen des Klimawandels zu bremsen, wenn wir etwa eine Umstellung auf tierproduktarme Ernährung in Kombination mit einer Umstellung auf diversifizierte Produktionssysteme angehen.²

LEBENSSTIL ÄNDERN

Das Verhalten des Nordens wirkt sich negativ auf den Süden aus, was weder ethisch noch aus eigennützigen Motiven, zum Beispiel zur Vermeidung klimawandelbedingter Migration, hinzunehmen ist. Die Industriestaaten tragen als wesentlicher Verursacher des Klimawandels eine historische Verantwortung. Darum müssen sie ihren besonders emissionsreichen Lebensstil verändern: anders essen, anders transportieren, anders reisen und auch anders arbeiten. Anders bedeutet nicht immer nur Verzicht, sondern kann auch Gewinn und Gesundheit sein: Entschleunigung, neue Dienstleistungen und mehr Ruhe und Genuss. Die Politik hat die Aufgabe, diese notwendige Transformation gesellschaftlich akzeptabel zu gestalten und Alternativen für die von Veränderungen betroffenen Lebensbereiche zu unterstützen, die auch Schaffung neuer Arbeitsplätze, neuen Wohlstand und eine Gestaltungsfrage für eine klimagerechte Welt bedeutet.

Der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer (und ehemaliges Mitglied des Präsidiums der Welthungerhilfe) hat es so formuliert: „Es ist die entscheidende Bemühung, mit größter Dringlichkeit einen Prozess des Handelns gegen den Klimawandel auf den Weg zu bringen und nicht zu resignieren vor nicht erreichbaren Zielen. Entscheidend wird sein, dass der Prozess in Zukunft verbindlich und überprüfbar ist. Dann wird er zu einer sich stets verstärkenden, dynamischen Klimapolitik führen.“³

Die Entwicklungsländer sind existenziell und am stärksten vom Klimawandel bedroht, obwohl ihr direkter Beitrag zum Klimawandel gering ist. Neben den Industrienationen müssen auch aufstrebende Länder wie China als gegenwärtige Hauptverursacher des Klimawandels Verantwortung übernehmen. Eine ambitionierte und verbindliche Klimapolitik der Industrie- und Schwellenländer ist daher unverzichtbar.

Social Business-Kooperationen – Kooperationen zwischen Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen – sind innovative Möglichkeiten für

eine neue Art des Dialogs und der Kooperation. In Uganda zum Beispiel unterstützt eine solche Kooperation der Welthungerhilfe die Vermarktung lokal gefertigter Wasserfilter aus Ton, die für Einsparungen im CO₂-Bereich sorgen, da für das Abkochen von Wasser kein Brennholz mehr benötigt wird. Die Firma kann deshalb sogar CO₂-Zertifikate nach Goldstandard veräußern.

In Simbabwe hat die Welthungerhilfe eine App mitinitiiert, die als mobiler landwirtschaftlicher Berater fungiert. Sie enthält speziell auf die Region abgestimmte Handbücher und Videos zu Anbaumethoden und Viehzucht, inklusive Mustern für Finanzpläne, Preisentwicklungen, Informationen zu historischen Wetterdaten, und zeigt die Regenzeiten an, die sich in den letzten Jahren bereits erheblich verschoben haben. Ebenso enthalten sind praktische Tipps zur Verbesserung von Nährstoffversorgung, Hygiene und Zusammenarbeit im Familienbetrieb. Mit diesen Beratungsleistungen werden Inhalte verbreitet, um Verständnis für die Auswirkungen des Klimawandels bei den Kleinbauern zu schaffen sowie Strategien vorzustellen, besser mit den Folgen des lokalen Klimawandels umzugehen. Es werden Beratung und Kompetenz vermittelt, die wissenschaftlichen Forschungen zufolge zu den wichtigsten politischen Instrumenten im Kampf gegen Hunger und Klimawandel zählen.⁴

PRÄVENTION UND FRÜHWARNSYSTEME

Neben der Umsetzung innovativer Ideen ist ein Paradigmenwechsel in der Finanzierungsarchitektur der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit und der globalen Klimapolitik in Richtung Prävention notwendig. Schon aus eigenem Interesse sollten wir, wo immer möglich, diese Veränderungen initiieren und fördern. Rund 300 Milliarden US-Dollar kosten Schäden durch Naturkatastrophen durchschnittlich pro Jahr. Der Aufwand für Vorbeugungsmaßnahmen ist um ein Vielfaches günstiger als die Schadensbeseitigung. Die Mittel für Prävention und Ausbau von Frühwarnsystemen sollten daher gerade in Entwicklungsländern weiter aufgestockt werden. Risikomanagement und *Early Warning/Early Action* sind dabei entscheidend. Der Idee der Versicherung kommt für die Unterstützung humanitärer Maßnahmen eine Schlüsselrolle zu. Doch derzeit ist das humanitäre System zu langsam und zu reaktiv, weil die Suche nach Hilfsgeldern erst nach einer Katastrophe oder dem Eintritt einer Krise beginnt und es Monate dauern kann, bis die Hilfe ankommt.

Instrumente wie parametrische (indexbasierte) Versicherungen, so etwa die *Drought Financing Facility* (DFF) oder die *African Risk Capacity* (ARC) *Replica*, können Unterstützungsgelder zur Verfügung stellen, wenn bestimmte Indikatoren (zum Beispiel bestimmte Hurrikangeschwindigkeiten oder eine kritische Abnahme der Bodenfeuchtigkeit) erreicht werden.⁵ Zu erwartende

Schäden können vorherberechnet und die Versicherungssumme unmittelbar nach Eintreten des Ereignisses ausgezahlt werden. Die ARC arbeitet mit dem NRO-START-Netzwerk, in dem die Welthungerhilfe neben weiteren Nicht-regierungsorganisationen „implementation agency“ ist. Der Einsatz moderner Finanzinstrumente, wie gemeinschaftlicher Versicherungssysteme und Risikotransfers, ist ein wichtiger Baustein, aber kein Allheilmittel. Noch immer ist die Vermeidung von Katastrophen die günstigere Variante.

Die Welthungerhilfe betreibt aktuell ein *Forecast Based Financing*-Pilotprojekt in Madagaskar, Kenia und Simbabwe, das Leitlinien, Indikatoren, Schwellenwerte und Notfallpläne entwickelt, auf deren Basis Hilfsgelder bereits unmittelbar vor Eintritt eines Extremereignisses bereitgestellt werden. In diesem Projekt werden bestehende Frühwarnsysteme und Katastrophenschutzpläne geprüft und verbessert. Politische Strukturen und Entscheidungsabläufe werden ebenso erfasst wie die Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere bedrohter Bevölkerungsgruppen vor Ort. Klimaforscher werden mit staatlichen Behörden vernetzt und in den Prozess eingebunden.

Es ist wichtig, in dem Diskurs über Nachhaltige Entwicklung bestehende Vereinbarungen und Gesetze in den Blick zu nehmen. Hilfreich sind ebenfalls Selbstverpflichtungen von Regierungen oder Unternehmen. Diese reichen nur zu oft nicht aus – erheblich mehr ist notwendig, und Innovationen im Mix aus diesen Instrumenten sind zentral.

Gerade wenn Selbstverpflichtungen keine hinreichenden Erfolge generieren, muss der Gesetzgeber ordnungsrechtliche Festlegungen beschließen. Hierfür bedarf es einer politischen Emanzipation, die klare Grenzen und Anreize setzt, wenn *Soft Law*-Ansätze nicht helfen. Auch finanzielle Anreize und Berichtserfordernisse (wie etwa der Nachhaltigkeitskodex) können ergänzende Instrumente für den faktenbasierten Dialog sein.

¹ Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): *The State of Food Security and Nutrition in the World (SOFI): Safeguarding against economic slowdowns and downturns*, Rom 2019, www.wfp.org/publications/2019-state-food-security-and-nutrition-world-sofi-safeguarding-against-economic [letzter Zugriff: 30.03.2021].

² Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): *Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration*. Hauptgutachten, Berlin 2020, www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/landwende#sektion-downloads [letzter Zugriff: 30.03.2021].

³ Klaus Töpfer: „Klimaschutz: Jahr der Entscheidungen“, in: *Das Parlament*, Nr. 31–32, 27.07.2015.

⁴ Joachim von Braun (ZEF) / Bezawit Beyene Chichaibelu (ZEF) / Maximo Torero Cullen (FAO) / David Laborde (IFPRI) / Carin Smaller (IISD): *Den Hunger bis 2030 beenden. Kosten und empfohlene politische Maßnahmen*. Policy Brief, Oktober 2020. Ceres 2030 ist eine Partnerschaft zwischen Cornell IP-CALS, dem International Food Policy Research Institute (IFPRI) und dem International Institute of Sustainable Development (IISD), <https://ceres2030.org> [letzter Zugriff: 29.03.2021].

⁵ START Network: *Drought Financing Facility*, 07.11.2017.

Botschaft der Toleranz

Der Besuch von Papst Franziskus im Irak

MATTHIAS KOPP

Geboren 1968 in Velbert, seit 2009 Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz und als Nahost-experte seit über dreißig Jahren in der Region unterwegs.

„Gott hat Euren Brüdern, den Gotteskriegen, Sieg und Erfolg beschert, weshalb sie zur Ausrufung des Kalifats eilten und einen Kalifen wählten.“ Am 29. Juni 2014 ging dieser Gewaltaufruf des religiösen Fanatismus vom nordirakischen Mossul aus: Man wolle das Kalifat bis Rom ausdehnen und den Papst töten. So propagierte der selbsternannte Kalif Abu Bakr al-Bagdadi, Führer des Terrorregimes des Islamischen Staates (IS), seine Schreckensherrschaft. Geopolitische Strategien wi-

chen immer mehr einem theopolitischen Anspruch. Die Gottesherrschaft des Kalifats sollte eine globale Größe werden.

Fast sieben Jahre später steht an diesem Ort, wo das Kalifat und die Ermordung des Papstes angekündigt wurden, dieser selbst, Franziskus, in den Ruinen von Mossul. Im Anblick der Trümmer mehrerer Kirchen betet er für den Frieden. Es war vielleicht der dichteste Moment der viertägigen Reise vom 5. bis 8. März 2021, die Franziskus ins Zweistromland führte, inmitten auch der Corona-Pandemie. Deren Gefahren und die prekäre Sicherheitslage scheute er nicht, um dem roten Faden seines Pontifikats zu folgen, an die „Ränder der Gesellschaft“ zu gehen.

Erinnert man sich an die Christenverfolgung des 21. Jahrhunderts durch den IS in Mossul und in den vielen Dörfern und Städten der Ninive-Ebene, verbunden mit dem Vernichtungsfeldzug gegen die religiöse Minderheit der Jesiden, ist es umso erstaunlicher, dass seit drei Jahren die einst Verfolgten langsam zurückkehren. Der IS hatte kurz vor seinem Ende in Mossul verbrannte Erde hinterlassen, Häuser in die Luft gesprengt und vermint, was zu verminen war. Deshalb stehen die Rückkehrer vor dem buchstäblichen Nichts. Aber sie eint eines: Man will – als Christen und Jesiden – am Aufbau dieses Landes und seiner Zivilgesellschaft mitwirken.

Diese Mitwirkung am Aufbau forderte Papst Franziskus von der irakischen Regierung und der Bevölkerung ein, als er gleich mehrfach nicht nur die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz anmahnte, sondern zugleich den berechtigten Platz der Minderheiten mit allen Bürgerrechten und -pflichten betonte: „Die Präsenz der Christen in diesem Gebiet seit uralten Zeiten und ihr Beitrag zum Leben dieses Landes stellen ein reiches Erbe dar, das die Kirche im Dienste aller nach Möglichkeit fortführen möchte. Ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, als Bürger, die volle Rechte, Freiheit und Verantwortung genießen, wird Zeugnis davon ablegen, dass ein gesunder religiöser, ethnischer und kultureller Pluralismus zum Wohlstand und zur Harmonie des Landes beitragen kann“, sagte Franziskus im Präsidentenpalast von Bagdad.

Mossul war durch den historischen Besuch des Papstes von der Hauptstadt des organisierten Terrors zur Hauptstadt einer neuen Geschwisterlichkeit in Solidarität und Verantwortung füreinander geworden. „Wie grausam ist es, dass dieses

Land als Wiege der Zivilisation von einem so unmenschlichen Sturm heimgesucht worden ist, der [...] Abertausende von Menschen – Moslems, Christen, Jesiden [...] und andere – gewaltsam vertrieben oder getötet hat!“, so Franziskus. Seine Botschaft war eine *gegen* die Angst und *für* ein Verbleiben.

HOFFNUNG STÄRKER ALS DER TOD

Die Geschwisterlichkeit sei stärker als der Brudermord, die Hoffnung stärker als der Tod, der Friede stärker als der Krieg. Terrorismus und Tod dürften niemals das letzte Wort haben. Es brauche Vergebung, um Heilung zu ermöglichen: „Wir sagen ein klares ‚Nein‘ zum Terrorismus und zur Instrumentalisierung der Religion.“ Er erinnerte an die „unschuldigen Opfer sinnloser und unmenschlicher Barbarei, die wegen ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt und getötet wurden und deren Identität und Überleben selbst gefährdet war. [...] Die Waffen sollen schweigen! [...] Genug der Gewalt, des Extremismus, der Gruppenbildungen und der Intoleranz!“, so Franziskus in seinem Appell zu nationaler Versöhnung.

Die Reise wurde zu einer Ermutigung für Christen und Jesiden. Der Terror des IS zwang 3,2 Millionen Menschen zur Flucht. Heute leben rund 39,3 Millionen Menschen im Irak (1997: 22 Millionen). Zur größten Fluchtgruppe gehören die Christen, die im ersten Exodus nach dem Sturz Saddam Husseins das Land verließen und dann systematisch vom IS vertrieben oder ermordet wurden. Hinter den nüchternen Zahlen steht jeweils ein

individuelles Schicksal: Schätzte man die Christen um das Jahr 2000 noch auf 6,6 Prozent der Bevölkerung (damals knapp 1,45 Millionen Menschen), sind es heute maximal 1,5 Prozent (585.000 Menschen), von denen die chaldäische Kirche die größte Gruppe ist, gefolgt von den assyrisch-orthodoxen, lateinischen, syrisch-katholischen und armenischen Gläubigen. Angesichts dieser Zahlen warb der Papst für ein partizipatives, die Grundrechte aller Menschen anerkennendes Gesellschaftsmodell jenseits der Spaltungen des Konfessionalismus. Die ethnische und religiöse Vielfalt des Landes ist nach Überzeugung von Franziskus Ausdruck einer eigenen irakischen Identität, die vom IS vernichtet werden sollte. Die Katastrophen „der Kriege, der Geißel des Terrorismus und konfessionellen Konflikte“ seien auf einen Fundamentalismus zurückzuführen, der die friedliche Koexistenz gefährde. Sein Flehen gegen Diskriminierung und Verfolgung war ebenso unmissverständlich wie die Forderung, dass nur ein vereinigter Irak mit allen Religionen und Ethnien für einen Frieden im Zweistromland arbeiten könne. Es gehe um Einheit in einer oft zersplitterten und von Spaltungen zerrissenen Welt. Die Wunden in den Herzen müssten überwunden und die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse erreicht werden.

AUF DEN SPUREN ABRAHAM'S

An diesen Äußerungen zeigt sich – neben der Stärkung der christlichen Minderheit und einem Aufruf an die zivilgesellschaftliche Verantwortung aller Iraker – ein wei-

terer zentraler Schwerpunkt der Reise: der interreligiöse Dialog, vor allem mit dem schiitischen Islam zwischen Euphrat und Tigris. Sechzig Prozent der Bevölkerung gehören den Schiiten an, 37 Prozent sind sunnitischen Glaubens. Der Rest teilt sich auf Christen, Jesiden und kleinere Bekenntnisse auf, die alle Abraham als Stammvater ihrer Religion sehen. Dessen Spuren im Irak wollte Franziskus aufsuchen, wie schon Papst Johannes Paul II., der vom 4. bis 7. Dezember 1999 im süd-irakischen Ur erwartet wurde. Die Reise sagte Staatschef Saddam Hussein damals wenige Wochen vorher ab. Jetzt, mehr als zwanzig Jahre später, stand Franziskus in jenem Ur des Abraham: „Wir sehen zum Himmel hinaus. Wenn wir nach Tausenden Jahren den gleichen Himmel betrachten, erscheinen dieselben Sterne [wie zur Zeit Abrahams]. [...] Wenn wir die Geschwisterlichkeit bewahren wollen, dürfen wir den Himmel nicht aus den Augen verlieren“, sagte der Papst mitten in der wüstenähnlichen Ebene.

An diesem „Quellort des Glaubens“ verurteilte er die Beleidigung des Namens Gottes: „Feindseligkeit, Extremismus und Gewalt [...] sind Verrat an der Religion. [...] Wir [...] dürfen nicht schweigen, wenn der Terrorismus die Religion missbraucht.“ Unmissverständlich rief er zur Achtung der Gewissens- und Religionsfreiheit für alle Menschen des Irak auf. „Frieden erfordert weder Sieger noch Besiegte, sondern Brüder und Schwestern, die trotz der Missverständnisse und Wunden der Vergangenheit den Weg vom Konflikt zur Einheit gehen.“ Die Erziehung zu Geschwisterlichkeit werde der „wirksamste Impfstoff für ein friedliches Morgen sein“. Abraham habe gegen alle Hoffnung zu hoffen gewagt. „Es liegt an uns Menschen

heute und vor allem an uns Gläubigen jeder Religion, die Werkzeuge des Hasses in Werkzeuge des Friedens zu verwandeln. [...] Es liegt an uns, die gegenseitigen Beschuldigungen zum Schweigen zu bringen, um dem Schrei der Unterdrückten und Ausgestoßenen auf dem Planeten eine Stimme zu geben“, so Franziskus in Gegenwart von geistlichen Führern der Schiiten, Sunniten, Jesiden, Mandäer, Kakai und Zoroastrier.

Auch wenn die Juden fehlten, sprach er im Gebet bewusst alle Religionen an: „Wir, die Söhne und Töchter Abrahams, die dem Judentum, dem Christentum und dem Islam angehören, danken dir zusammen mit anderen Gläubigen und allen Menschen guten Willens, dass du uns Abraham [...] als gemeinsamen Vater im Glauben geschenkt hast.“

FEIERTAG DER TOLERANZ UND KOEXISTENZ

Die Verantwortung der Religionen für den Frieden in einem Land zu beschwören, in dem im Namen der Religion so viel Hass und Vernichtung verbreitet wurde, war die eine Zielrichtung des Papstes. Die andere war der Dialog mit dem schiitischen Islam, nachdem Franziskus durch den Besuch 2017 in der sunnitischen al-Azhar-Universität von Kairo und dem darauffolgenden gemeinsamen Dokument des Großscheichs der al-Azhar und des Papstes, das 2019 in Abu Dhabi unterzeichnet wurde, Grundlagen für den weiteren Dialog geschaffen hatte. Deshalb reiste Franziskus nach Najaf, um Großajatollah Sayyid Ali al-Sistani zu besuchen, der als moralische und theologische In-

stanz des Landes und weit darüber hinaus gilt. Im Gegensatz zum Regime in Teheran liegt ihm nicht an einer Regierung von Mullahs, sondern an einer konsequenten Trennung von Religion und Staat. Die Begegnung war ein Zeichen von Freundschaft, Verständigung und Toleranz.

Wird diese Bereitschaft zu Versöhnung und Heilung zwischen den Religionen im Irak gehört? Die Regierung hat als neuen Feiertag der Toleranz und Koexistenz den 6. März eingeführt, der künftig an die beiden historischen Begegnungen in Najaf und Ur erinnern soll. Es liegt an Regierung und Bevölkerung, die Worte des Papstes länger wirken zu lassen, als der Besuch gedauert hat. Als Büsser sei er in den Irak gekommen und bitte um Vergebung für Zerstörung und Grausamkeit, so Franziskus. Und er fügte hinzu: „Ich komme als Pilger des Friedens [...]“. Die Religion müsse immer im Dienst des Friedens stehen, und der Name Gottes dürfe nicht benutzt werden, um Mord, Exil, Terrorismus und Unterdrückung zu rechtfertigen. Es war von Franziskus eine Botschaft der Toleranz, Verständigung und geschwisterlichen Solidarität; eine Würdigung der verschiedenen religiösen und ethnischen Traditionen; ein Appell gegen die Gleichgültigkeit und für ein Verbleiben aller Minderheiten im Irak.

Der Weg dahin ist lang. In Ur sagte Franziskus: „Wir, Brüder und Schwestern verschiedener Religionen, [...] wollen uns von hier gemeinsam für die Verwirklichung des Traumes Gottes einsetzen: dass die Menschheitsfamilie für alle ihre Kinder gastfreundlich und aufnahmebereit werde; dass wir mit dem Blick zum selben Himmel in Frieden unseren Weg auf der gleichen Erde gehen.“ Der Aufbruch hat begonnen.

Distanzierung plus Annäherung

Extremistische Gewalt als „islamisches Problem“,
und was hat das mit Überlegenheitsvorstellungen zu tun?

MURAT KAYMAN

Geboren 1973 in Lübeck, Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, anschließend als Rechtsanwalt in Lübeck und Hamburg tätig, 2014 bis 2017 Jurist des muslimischen Verbands „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB), Köln. Nach der Affäre um die Spitzeltätigkeit von Imamen in Deutschland trat er von seinen Ämtern zurück. Er ist Mitbegründer der Alhambra-Gesellschaft, eines Zusammenschlusses von Muslimen, die sich als Europäer begreifen, und Mitverantwortlicher des Podcasts „Dauernörgler“.

Seit den Anschlägen am 11. September 2001 in New York sind mittlerweile zwanzig Jahre vergangen. In dieser Zeit ist es uns kaum gelungen, das Phänomen der extremistischen Gewalt durch Muslime vollständig und vor allem akkurat zu erfassen: Die „Islamdebatte“ im öffentlichen Raum pendelt zwischen einer grundsätzlich religions-skeptischen „Islamkritik“ auf mehrheitlich nicht muslimischer Seite und einer chronischen Verdrängungshaltung aufseiten der muslimischen Verbandsvertreter hin und her. Wir haben uns in dieser öffentlichen Debatte in eine

diskursive Sackgasse manövriert, in der es uns nicht mehr gelingt, Schlussfolgerungen zu ziehen, wie ein fruchtbares Zusammenleben in einer zunehmend vielfältigen und multireligiösen Einwanderungsgesellschaft aussehen und gestaltet werden kann.

Der islamkritische Diskurs erlebt die Muslime in einer Dauerschleife der Bekundung, dass Islam Frieden bedeutet und extremistische Anschläge unislamisch sind. Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass extremistische Attentäter ihre Mordtaten ausdrücklich religiös motiviert verstanden wissen wollen und diese auch als Ausdruck einer vermeintlich besonders authentischen Frömmigkeit stilisieren.

Die extremistischen Attentäter werden durch das nicht muslimische Publikum der Nachrichtensendungen so wahrgenommen, wie sie sich selbst inszenieren – als besonders fromme Muslime, die den „Mut“ haben, die Dogmen ihrer Religion bis zur letzten, tödlichen Konsequenz zu exekutieren, wohingegen alle anderen Muslime dies aus Schwäche oder Bequemlichkeit unterlassen würden.

Vor diesem Wahrnehmungshintergrund erstaunt es nicht, dass sich eine – in einer pluralistischen Gesellschaft anzustrebende – Atmosphäre der einander neugierig zugewandten Offenheit letztlich in ein Grundmisstrauen umgekehrt hat. Heute und mehr als vor zwanzig Jahren scheint das Vorurteil, dass „Deutsch“ das Gegenteil von „Muslim“ sei, zu einer allgemeinen Gewissheit erstarrt. Gerade weil der Islam nahezu ausschließlich negativ konnotiert ist und überwiegend negative Assoziationen weckt, wird das deutsche „Eigene“ gegenüber diesem muslimischen „Fremden“ als all das verstan-

den, was der Islam vermeintlich nicht ist. Und damit als Gegenteil dessen, was Muslimen zugeschrieben wird und was sie religiös prägt.

UNGLEICHGEWICHTIGES VERGLEICHEN

Dieses Bewusstsein bedient sich im Gewand der öffentlichen und als „islamkritisch“ apostrophierten Debatte einer nunmehr zwanzig Jahre andauernden Praxis des ungleichgewichtigen Vergleichs. Mit einer tief verwurzelten, aber nicht immer deutlich ausgesprochenen Selbstwahrnehmung von der Überlegenheit der westlich-europäischen Kulturen und der christlichen Religion werden ganz unterschiedliche Einzelaspekte der jeweiligen Glaubens- und Lebenswelten verglichen, um letztlich nur das eigene Vorurteil und die daraus resultierende Abwertung zu bestätigen.

Die differenzierten Facetten jahrhundertalter christlicher Theologie mitsamt ihren philosophischen Errungenschaften werden verglichen mit den „Fünf Säulen“ islamischer Religionspraxis. Und siehe da: Die Frage nach der intellektuellen Komplexität der Glaubenswelten ist scheinbar eindeutig beantwortet. Der Horizont humanistischer Aufklärung wird verglichen mit dem von nihilistischen Massenmördern. Und siehe da: Die einen lieben das Leben, die anderen den Tod. Die Grundwerte demokratisch-pluralistischer Gesellschaften werden verglichen mit den Regimen diktatorisch-absolutistischer Despoten. Und siehe da: Die Fremden dürfen hier all das, was Deutsche in deren Heimat nicht dürfen.

In ihrer gesellschaftlichen Wirkung sind dies höchst effektive Überlegenheits-erzählungen, die das Fundament einer pluralistischen, freiheitlichen Gesellschaft erodieren lassen. Gleichberechtigung und Gleichbehandlung werden dadurch zu einer verfassungsrechtlichen Bürde, weil eine unterschwellige Überzeugung existiert, wonach die deutsche und damit als nicht muslimisch definierte Gesellschaft eben nicht mit Muslimen „gleichwertig“ sei. Bis hin zu biologistischen Argumentationen ist die Überzeugung in die Gesellschaft eingesickert, im Vergleich zu Muslimen sei man zivilisatorisch fortschrittlicher, gesellschaftlich weiter entwickelt, tugendhafter, fleißiger, leistungsfähiger und klüger.

Was hat der Islam denn schon gebracht, außer dem Schwert und Zerstörung? Das ist in weiten Teilen der Gesellschaft keine offene Frage mehr – obwohl seit Jahrzehnten Muslime in diesem Land leben. Oder gerade deshalb? Diese Phänomene und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit antimuslimischer Gewalt dürfen wir nicht als Normalzustand unserer Gesellschaft hinnehmen.

ANTAGONISTISCHE ROLLEN

Die Problematik einer solchen gesellschaftlichen Entwicklung wird durch die eigenen Überlegenheits-erzählungen der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland und das Unvermögen ihrer Verbandsvertreter, die eigene Verantwortlichkeit im Kampf gegen religiös verbrämten Extremismus zu erkennen, verstärkt.

Das dauerhafte Verdrängungsmuster, wonach Islam Frieden bedeutet und es demnach denklogisch keine muslimischen Extremisten geben könne, ist nicht nur offenkundig abwegig, sondern in seinem Duldungseffekt geradezu kontraproduktiv.

Die an Muslime adressierte Distanzierungserwartung der nicht muslimischen Gesellschaft wird als diskriminierende Stigmatisierung begriffen und zurückgewiesen, wodurch sich die gegen Muslime gerichtete Ausgrenzungserfahrung zunehmend zu einer von eigenen muslimischen Überlegenheitsvorstellungen flankierten Selbstaussgrenzung wandelt. Die muslimischen Vertreter pochen darauf, dass es keine Nähe zu extremistischen Attentätern gibt, dass das alles nichts mit dem Islam zu tun hat. Ihre Reaktion auf wiederkehrende Gewalt erschöpft sich in der wiederkehrenden Zurückweisung jeglicher eigenen Verantwortung.

Es ist jedoch von zentraler Bedeutung für die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens, dass sich alle Muslime und mit ihnen eben auch die muslimischen Verbände darauf besinnen, welche tatsächlichen Konsequenzen eine solche Haltung in und zu dieser Gesellschaft entfaltet. Denn den extremistischen Kräften ist gemein, dass sie die Erzählung von einer Unvereinbarkeit muslimischen Lebens mit der Lebensweise der vermeintlich ethisch und sittlich minderwertigen nicht muslimischen Gesellschaft propagieren. Viel wirkungsvoller als jeder noch so problematisch interpretierbare Koranvers ist die Etablierung einer solchen antagonistischen gesellschaftlichen Rollenverteilung für die Ausgrenzung und Radikalisierung von vornehmlich jungen Muslimen.

Die Vorstellung, als Muslim dieser nicht muslimischen Gesellschaft als Fremder, als Gegenspieler, als Gegner und letztlich als Feind gegenüberzustehen, ist das Fundament, auf dem Gewaltbereitschaft sich überhaupt erst entwickeln kann.

MONOLITHISCHE FEINDE?

Den extremistischen Tätern ist gemein, dass sie ihre Opfer nicht vornehmlich als Einzelpersonen wahrnehmen. Die Opfer stehen je nach Kontext der ausgeübten Gewalt stellvertretend für eine Facette der Gesellschaft, die der Täter angreifen will: Es sind die Andersgläubigen, wenn der Täter in einer Kirche oder Synagoge mordet. Es ist die vermeintlich moralisch degenerierte, hedonistische, nicht muslimische Gesellschaft, wenn er in einem Nachtclub oder in einem Straßencafé das Feuer eröffnet. Es ist die aus Sicht des Täters moralisch verwerfliche Gesellschaft, die sündige Lebensweisen duldet, wenn er ein homosexuelles Paar angreift. Es ist letztlich der als monolithischer Feind wahrgenommene Gegner, der all diese Laster in sich vereinigt, wenn der Täter – wie am 2. November 2020 in Wien – wahllos durch die Straßen zieht und vorher erklärt, niemand werde von nun an ohne Angst auf die Straße gehen können, weil ihm andere Täter mit der gleichen Gesinnung nachfolgen werden.

Erst die Vorstellung, dass Muslime als Fremde in dieser Gesellschaft von Feinden umringt sind, sich in ihrer vermeintlich höherwertigeren identitären Wagenburg verschanzt haben, begünstigt und legitimiert für den Täter die Entscheidung, sich nun „mutig“ aus dieser Deckung zu wagen und auf die Feinde zu schießen.

Das sind die Nähe und die Gemeinsamkeit, die die extremistischen Täter durch ihre Tat zu muslimischen Gemeinschaften herstellen. Es ist diese Schnittmenge, die eine Distanzierung erforderlich macht. Nicht die Distanzierung vom Islam oder von Inhalten des Korans. Denn der Weg zur extremistischen Gewalt beginnt nicht mit einem Koranvers. Er beginnt mit dem, was Muslime in ihren Gemeinschaften dulden – mit unwidersprochenem abwertendem Glauben, Denken und Reden in muslimischen Gemeinschaften.

Die Distanzierungserwartung der nicht muslimischen Öffentlichkeit wird von Muslimen stets missverstanden als eine Standortbestimmung in einem dualen Verhältnis zwischen muslimischen Gemeinschaften und dem extremistischen Täter. In Wirklichkeit ist es jedoch eine Erwartung, die die Standortbestimmung in einem triangulierten Verhältnis hinterfragt. Keine noch so große Distanz der Muslime zum extremistischen Täter wird groß genug sein, wird glaubhaft wirken und Vertrauen aufbauen, wenn sich muslimische Vertreter nur dazu äußern, wie weit sie vom Täter und seiner Gewalt entfernt sind.

Die offene Frage bleibt, ob die Entfernung, die Muslime zwischen sich und dem extremistischen Täter aufbauen, gleichzeitig eine Annäherung an die nicht muslimische Gesellschaft darstellt. Momentan distanzieren sich die muslimischen Verbandsvertreter öffentlich nur vom extremistischen Täter, ohne dass die Distanz zur nicht muslimischen Gesellschaft dadurch verringert wird. Solange diese Distanzierung nicht gleichzeitig die Annäherung und Verbindung mit der nicht muslimischen Gesellschaft bedeutet, wird sie nicht verstanden oder als verlässlich wahrgenommen werden.

Annäherung und Verbindung bedeutet in diesem Zusammenhang, die hiesige Gesellschaft ausdrücklich als eigene wahrzunehmen und sich für sie einzusetzen. Wer die Meinungsfreiheit nach einem Mordanschlag in Freitagspredigten relativiert, wer sich zur Gewalt in dieser Gesellschaft nur im Kontext der selbst erfahrenen Gewalt gegen Muslime äußern kann, wer immer wieder aktuelle Diskriminierungserfahrungen mit der historischen Judenverfolgung in Europa und insbesondere in Deutschland gleichsetzt, der signalisiert in die Öffentlichkeit, dass er das muslimische „Wir“ nicht als Teil des gesamten gesellschaftlichen „Wir“ wahrnimmt, sondern zwischen einem muslimischen „Wir“ und einem nicht muslimischen „Ihr“ unterscheidet. Solange diese Distanz – welche nur die selbst erlebte Ausgrenzung

spiegelt – aufrechterhalten wird, kann sie auf potenzielle extremistische Täter als Rechtfertigung und Bestätigung wirken, diese Gesellschaft als „anderen“, als Gegner und Feind, wahrzunehmen.

Und solange wird es Muslimen nicht gelingen, den Islam als etwas vorzuleben, das einen legitimen und wertvollen Platz in dieser Gesellschaft hat – ihre Religion und damit auch sie selbst werden so dauerhaft als fremd, als bedrohlich wahrgenommen werden.

Welche Überlegenheitserzählungen die beschriebenen Probleme verstärken und wie wir alle diesem Phänomen entgegenwirken können, beschreibt der Autor in seinem Buch Wo der Weg zur Gewalt beginnt. Und was das mit Muslimen zu tun hat (riva Verlag, München), das am 14. September 2021 im Buchhandel erscheinen wird. Der obige Text gibt Grundgedanken aus diesem Buch wieder.

Eine neue Erinnerungskultur

—
1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

JÜRGEN RÜTTGERS

Geboren 1951 in Köln, 1994 bis 1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Kuratoriumsvorsitzender des Vereins „321–2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Mitglied des Kuratoriums der Auschwitz-Birkenau-Stiftung.

Am 7. Dezember 2015 fand im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Festakt aus Anlass der Gründung des Landesverbandes Nordrhein der jüdischen Gemeinden statt, die eigentlich bereits im November 1945 erfolgt war – sechs Monate nach der Kapitulation des Deutschen Reiches. Diese von Philipp Auerbach initiierte Gründung war eine unglaubliche Geschichte. Auerbach war ein Oberregierungsrat in Düsseldorf, der mit der Aufgabe der „Fürsorge für politisch, religiös und rassisch

Verfolgte“ betraut war. Er hatte selbst Auschwitz und Buchenwald überlebt. Er kämpfte mit aller Kraft als Vertreter eines Staates, den es gar nicht mehr gab, für die Opfer der Nazidiktatur.

Später wechselte er als Staatsrat in die bayerische Staatsverwaltung. Er kämpfte für Gerechtigkeit, womit er sich nicht nur Freunde machte. Er wurde verleumdet und vor Gericht gestellt. Nachdem die Richter – alle drei alte Nazis – keinen Grund fanden, ihn wegen maßgeblicher Vorwürfe zu verurteilen, blieben nur noch Nebensächlichkeiten, aufgrund derer er verurteilt wurde. Das hat er menschlich nicht verkraftet und sich in der Nacht nach dem Urteil 1952 das Leben genommen. Ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags rehabilitierte ihn 1954.

Damals, im Jahre 1946, hatten die jüdischen Gemeinden in der Provinz Nordrhein nur 810 Mitglieder. Da 75 Jahre nach der Befreiung von der Nazidiktatur wieder Antisemiten in unseren Parlamenten saßen, wollten wir, die Mitglieder des Vereins „321–2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, aufstehen und Verantwortung übernehmen. Weil wir helfen wollen, dass unsere jüdischen Mitbürger in unserem Land so leben können, wie es ihnen von unserem Grundgesetz garantiert wird, weil wir wollen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher leben können, wollen wir Plattformen für Gemeinsamkeit aufbauen. Anlass war ein historisches Datum. Im Jahre 321 n. Chr. schickte der römische Kaiser Konstantin einen Erlass an die Stadt Köln (damals noch unter dem Namen *Colonia Claudia Ara Agrippinensium*), durch den sichergestellt werden sollte, dass jüdische Mitbürger in den Stadtrat berufen werden konnten. Wir wollten das Jahr 2021 nut-

zen, um jüdisches Leben heute und damals öffentlich zu zeigen. Wir wollten an die Grausamkeiten erinnern, die es in den vergangenen 1.700 Jahren gegeben hat. Wir wollten über das größte Menschheitsverbrechen, aber auch die vielen anderen Pogrome berichten. Wir wollten darüber nachdenken, was wir unseren jüdischen Mitbürgern in der Wissenschaft, der Kunst und Kultur, der Wirtschaft und der Philosophie zu verdanken haben. Wir wollten zusammen einen Aufstand gegen den Antisemitismus organisieren. Wir wollten über das sprechen, was uns im Jahr 2021 und in Zukunft verbindet. Und wir wollten zusammen feiern.

Überall in Deutschland, aber auch zusammen mit unseren jüdischen Freunden in Israel, in den USA, in Europa wollten wir feiern, damit vor allem junge Menschen lernen können, was jüdisches Leben ist. Heute leben rund 100.000 Juden in Deutschland. Wir wollen in diesem Jahr Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft übernehmen. Und wir sind stolz, dass – trotz der Pandemie – in diesem Jahr überall in unserem Land mehr als 1.000 Veranstaltungen stattfinden.

GELUNGENER NEUANFANG – FEHLER BEI DER AUFARBEITUNG

Zwischen 1939 und 1945 wurde ein Sechstel der polnischen und ein Fünftel der ukrainischen Bevölkerung getötet. Nach Schätzungen sind rund zwanzig Millionen Einwohner der Sowjetunion, in China zwischen fünfzehn und zwanzig Millionen Menschen im Krieg getötet worden. Im Laufe des Zweiten Weltkriegs töteten Deutsche oder Kollaborateure sechs Millionen

Juden und sechs bis acht Millionen Nichtsoldaten und andere Kämpfende.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Menschen, die aus den Konzentrationslagern, den Gefängnissen und dem Exil, von den Schlachtfeldern oder aus der Emigration zurückkamen, eine neue Demokratie aufzubauen. In der wiedergegründeten SPD übernahm Kurt Schumacher, der fast zehn Jahre lang unter den Nationalsozialisten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gelitten hatte, die Führung. Auch der Gründungskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, war ein Verfolgter des nationalsozialistischen Regimes. Von Anfang an wollte Adenauer den neuen Staat „als Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat“ aufbauen. Er wollte eine Demokratie nach westlichem Muster. Dazu gehörte für ihn auch die Aussöhnung mit dem Staat Israel und die Überwindung der deutsch-französischen Erbfeindschaft. Am 27. September 1951 gab Adenauer eine feierliche Erklärung vor dem Deutschen Bundestag ab. Diese Erklärung war die Grundlage des Luxemburger Abkommens.

Ungeachtet dieser ersten Schritte zur Aussöhnung bleibt, dass die Justiz in weiten Teilen bei der Aufarbeitung der Nazi-verbrechen versagte. Es gab zu viele „Richter in eigener Sache“. Erst nachdem in den 1960er-Jahren nicht nur das politische Klima, sondern sich auch die kulturellen und gesellschaftlichen Lebenswelten änderten, begannen neue Diskurse und Konflikte zwischen jungen Menschen und der Generation ihrer Eltern. Mit dieser kulturellen Veränderung ging die Nachkriegszeit zu Ende. Adenauer schied zwar „nicht frohen Herzens“ aus dem Amt. Er wusste aber trotz aller Befürchtungen, dass die Bundesrepublik eine sta-

bile, „funktionstüchtige westliche Demokratie“ war. Durch die großen NS-Prozesse wie den Eichmann-Prozess in Jerusalem, den Auschwitz-Prozess, der in Frankfurt von Fritz Bauer gegen viele Widerstände vorangebracht worden war, wurden Fragen laut, was denn in der NS-Zeit in der eigenen Familie oder der Nachbarschaft damals geschehen war. Viele Junge wollten wissen, was die Alten damals getan hatten.

„UNTRENNBAR VERBUNDEN“

In den letzten siebzig Jahren haben Menschen in Deutschland versucht, die Erinnerung an die sechs Millionen ermordeten jüdischen Opfer im Holocaust zu erhalten. Wir sind heute darauf stolz, dass es uns in Deutschland gelungen ist, eine gesellschaftliche Verständigung darüber zu erarbeiten, wie wir mit dem Holocaust umgehen wollen. „Deutsche Juden und Nichtjuden sind untrennbar verbunden, die Nachkommen der Mörder und die Nachkommen der Ermordeten, sie können, auch wenn sie wollten, einander nicht entrinnen“, schreibt Uwe von Seltmann. Vielfach bedurfte es großer Anstrengungen, das als notwendig Erachtete durchzusetzen. Es dauerte länger als fünfzehn Jahre, bis das von Richard Serra und Peter Eisenman entworfene „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ der Öffentlichkeit übergeben werden konnte.

Immer wieder wurde über die Aufarbeitung unserer Geschichte, die Zeit der Nazibarbarei und des Zweiten Weltkriegs, über Erkenntnisse und Meinungen, Wahrheit und Unwahrheit, über die politischen Folgen und das politisch Beabsichtigte

gestritten, weil sie Grundlagen für unsere Erinnerungskultur waren oder werden sollten.

Die US-amerikanische Fernsehserie *Holocaust* hatte in Deutschland fast zwanzig Millionen Zuschauer. Im Jahre 1986 fand im „Historikerstreit“ ein öffentlich ausgetragener Streit über die „Einzigartigkeit des Holocaust“ vor allem zwischen dem „Sozialphilosophen Jürgen Habermas“ und dem Zeithistoriker Ernst Nolte statt. Dieser große Streit betraf vor allem die Frage der Vergleichbarkeit des Holocaust mit anderen historischen Ereignissen.

Auch die „Wehrmachtsausstellung“, die unter der Überschrift „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ von 1995 bis 1999 öffentlich gezeigt wurde, rief große Emotionen hervor. In dieser Ausstellung gab es „gravierende Fehler“, aber auch „Bilder von Erhängungen und Erschießungen von Soldaten und Zivilisten durch Angehörige der Wehrmacht“, die erstmals gezeigt wurden. So trat der „Alltag des Krieges“ hervor, „der in den Anekdoten der Kriegsheimkehrer nicht vorkam.“

GEFÄHRLICHE VERIRRUNGEN

Wer nun glaubt, dass nach den Fortschritten, die die deutsche Gesellschaft bei der Entwicklung der Erinnerungskultur gemacht hat, dankbar auf das Erreichte zurückgeblieben werden könne, täuscht sich. In den letzten Jahren sind alte Stereotype neu entstanden. In Deutschland und Europa ist linkes und rechtes „Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur“ öffentlich geworden. Hinzu kommt ein reli-

giöser Antisemitismus. In unseren Parlamenten sitzen wieder Antisemiten sowie Rechts- und Linksradikale. Mit Pegida ist eine Organisation gewachsen, die nationalistisch und fremdenfeindlich ist.

Mehr als 200 Menschen sind seit 1990 durch braunen Terror getötet worden. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ist aus rechtsradikalen Motiven erfolgt. In Hamm wurden bei einem Anschlag am 19. Februar 2020 neun Menschen erschossen. Ein Bekennerschreiben und ein Video enthielten rassistische Ansichten.

In Halle fand ein Anschlag auf die Synagoge an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, statt. Als dieser misslang, wurden zwei unbeteiligte Menschen getötet und zwei weitere verletzt. 2015 und 2016 gab es politisch motivierte Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. 2015 verletzte ein Rechtsextremist die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker mitten im Kommunalwahlkampf. Die Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) blieb dreizehn Jahre lang unerkannt. Auch die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten hat 2019 erheblich zugenommen.

Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklungen hat in Deutschland eine neue Debatte über die Erinnerungskultur begonnen. „Die größte Gefahr für alle in unserem Land war und ist der Rechtsextremismus. Und natürlich ist radikal rechtes Gedankengut ein wesentlicher Träger des Judenhasses. Auch im Linksextremismus ist Antisemitismus tief verwurzelt. Hinzu gekommen ist der Dschihadismus, die Gefahr durch den radikal islamischen Hass auf unsere Lebensart“, sagt Charlotte Knobloch im Deutschen Bundestag. Antisemitismus,

Rassismus und Nationalismus sind inakzeptabel. Wie gefährlich diese neuen Verirrungen sein können, hat schon George Orwell in einem Essay im Jahre 1945, der in diesen Tagen erstmals in Deutsch veröffentlicht wurde, beschrieben. Nationalismus und Patriotismus sind nicht dasselbe. Nationalismus ist für Orwell eine „Abirrung des Denkens“. Orwell stellt fest: „Jeder Nationalist ist zur eklatantesten Schandtat imstande, aber er ist auch – im Bewusstsein, einer Sache zu dienen, die größer ist als er selbst – unerschütterlich sicher, im Recht zu sein.“

Die französische Rabbinerin Delphine Horvilleur schreibt: „Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen Antisemitismus und anderen Rassismen. Letztere hassen den anderen im Allgemeinen für das, was er nicht hat: die gleiche Hautfarbe, die gleichen Bräuche, die gleichen kulturellen Referenzen oder die gleiche Sprache.“ Und: „Wer die Juden hasst, hasst vor allem seine eigene identitäre Schwachstelle.“

GEMEINSAME ERINNERUNGSKULTUR ENTWICKELN

Weil der Antisemitismus mit seinen alten Stereotypen neu entsteht und wächst, müssen wir dagegen kämpfen, dass die Erinnerungskultur beschädigt wird. „Unsere Erinnerungskultur schützt nicht vor einer dreisten Umdeutung oder gar Leugnung der Geschichte“, sagt Wolfgang Schäuble.

Weil die Fragen der Enkel der Kriegsgeneration anscheinend noch nicht beantwortet sind, bleibt der kommenden Generation eine große Aufgabe. Weil unsere Zukunft in Europa liegt, müssen die Mit-

gliedstaaten des vereinten Europas eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln. Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hofft, dass das Festjahr 2021 „weit über 2021 hinaus nachhaltig einen Beitrag zum jüdischen Leben und seiner Geschichte in Deutschland leisten“ kann, „und möglicherweise auch für Europa“.

Für Konrad Adenauer war die neue Bundesrepublik ein Gegenentwurf zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat. Nur als Teil Europas konnte Deutschland den Nationalsozialismus überwinden. Nur das besiegte Deutschland war in der Lage, Mitglied des Vereinten Europa zu werden. Weil die Bundesrepublik Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft war, konnte die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen der „Großen Europäischen Freiheitsrevolution von 1989/1990“ Wirklichkeit werden.

Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron geforderte europäische Souveränität kann nur auf Dauer Wirklichkeit sein, wenn die Europäische Union die Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung und Klimakatastrophe meistert. Die Europäische Union ist heute schon ein demokratischer Staat, der über ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsmacht verfügt. Die staatliche Souveränität ist in Europa aufgeteilt zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union.

Das Anwachsen von Nationalismus, Antisemitismus sowie des Links- und Rechtsradikalismus zeigt, dass in ganz Europa eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickelt werden und entstehen muss, um einen Rückfall in faschistische oder kommunistische Denkschemata zu verhindern.

Aleida Assmann verweist darauf, dass „das nationale Gedächtnis [...] im 19. Jahrhundert geschaffen wurde, um die nationale Identität zu stützen und ein heroisches Selbstbild zu zelebrieren“. Sie schreibt: „Geschichte verengt sich im nationalen Gedächtnis auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt. Angesichts einer schuldhaften oder traumatisierten Vergangenheit gibt es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und dieser Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierbaren Narratives werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene ‚vergessen‘.“ Sie fügt hinzu: „Das nationale Gedächtnis existiert im heutigen Europa aber keineswegs mehr in Isolation, sondern ist untrennbar mit anderen nationalen Gedächtnissen verbunden. Der Holocaust ist Teil eines Weltgedächtnisses, der Zweite Weltkrieg eines europäischen geworden.“ Aleida Assmann zieht daraus folgenden Schluss: „Offensichtlich kann die europäische Integration nicht wirklich fortschreiten, solange sich die monologischen Gedächtniskonstruktionen weiter verfestigen. Integration und Friedenssicherung erfordern ein ‚dialogisches Erinnern‘. Diese Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte ist als große kulturelle politische Chance im Projekt Europa enthalten.“

Obwohl wir Deutschen stolz auf unsere Erinnerungskultur sind, müssen wir diese europäische Dimension in unser Den-

ken und Fühlen aufnehmen. Dazu ist wichtig zu verstehen, dass eine europäische Erinnerungskultur kein Ersatz für unsere nationale Erinnerungskultur ist. Es geht auch nicht um eine europäische Einheitserinnerung. Es geht darum, dass wir lernen, was im Namen Deutschlands in unseren europäischen Nachbarländern Böses getan wurde. Wir sollten versuchen, zusammen mit unseren Freunden und Nachbarn diese Aufgabe gemeinsam zu erfüllen. Deutschland muss endlich das Schicksal der NS-Opfer in ganz Europa wahrnehmen und würdigen. Wir haben selbst erlebt, wie schwer es ist, die historische Wahrheit zu erkennen. Wir spüren, dass noch so gute Reden nicht ausreichen, um den Opfern gerecht zu werden. Wir spüren auch, dass Betroffenheit allein nicht ausreicht. Wir wissen, dass es immer schwerer wird, glaubhaft zu erinnern, wenn die Zeitzeugen uns nicht mehr helfen. Es reicht auch nicht aus, die Aufgabe des Erinnerns den Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu übergeben.

In unserem Land, in Deutschland, dem Land der Täter, in dem viele Opfer noch nicht benannt, Täter noch unbekannt und die Orte, wo das Unfassbare geschah, schon vergessen sind, bleibt das Erinnern eine Zukunftsaufgabe, um der Opfer willen, aber auch um unserer eigenen Zukunft willen.

Jede Generation muss dazu ihren eigenen Beitrag leisten. Es ist an der Zeit, sich gemeinsam in Europa auf den Weg zu machen.

In der elektronischen Fassung dieses Beitrages auf unserer Website www.politische-meinung.de ist dieser Beitrag mit einem wissenschaftlichen Anmerkungsapparat einzusehen.

Der Beitrag ist der Auftakt einer dreiteiligen Serie zu „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Natürliche Autorität

Hans Maier zum 90. Geburtstag
* 18. Juni 1931 in Freiburg im Breisgau

HEINRICH OBERREUTER

Geboren 1942 in Breslau, 1980 bis 2010 Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Passau, 1993 bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, seit 2012 Leitung der Redaktion des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft.

Intellektuell beispielhaft, fachlich kompetent, beruflich bewährt, politisch gestaltungskräftig – aber von Politik als Droge und Karrierevehikel gänzlich unabhängig: Das Ansehen der Politik und ihres Personals bewegte sich nicht in üblichen Tiefen, gälten diese Qualitäten unverbrüchlich bei der Rekrutierung unseres politischen Führungspersonals. Für Hans Maier, der nun auf neunzig Lebensjahre

zurückblicken kann, galten sie stets, als Person ohnehin und nicht zuletzt – ganz gleich, welche Ämter er bekleidete – im politischen wie im katholischen

Milieu. Im Privaten beispielhaft zu sein, entbehrt zwar nicht der Herausforderungen, die sich jedoch unermesslich steigern, sobald das Private ins öffentliche Leben hineinwächst, weil es die Verantwortung für den Nächsten und das Gemeinwohl erkennt. Wie sagte doch Dante? „Wer sich nämlich nicht darum sorgt, zum öffentlichen Wohl einen Beitrag zu leisten, obwohl er mit den Lehren, die dieses Wohl betreffen, vertraut ist, der zweifle nicht daran, daß er seine Pflicht versäumt.“ Diese Mahnung lässt sich als Weisung für Hans Maiers Lebensweg begreifen. Denn das öffentliche Wohl ist Gegenstand der Politikwissenschaft in ihrem klassischen Verständnis durch die Zeit. Für den Politiker ist es Ziel konkreten Handelns, notfalls gegen die Übermacht gesellschaftlicher Stimmungen oder parteipolitischer Verengungen. Für den Christen ist es eine Aufforderung, ihm mit seinen Grundwerten zu dienen.

So scheint der Weg in politische Verantwortung geradezu vorgezeichnet. Gleichwohl ist er es nicht. Zum einen lässt sich eine glanzvolle wissenschaftliche Karriere nicht so einfach mit einer üblichen politischen verbinden. Zum anderen suchen Parteien gewöhnlich nicht gerade vor ihren Toren nach Profilierten, es sei denn, sie fühlen sich in Not. So wurde Hans Maier in bewegten Zeiten gerufen, als Hochschul- und Bildungspolitik an der Spitze der Tagesordnung und Studenten auf der Straße standen. Standen? Um Systemveränderung kämpften – nicht nur hochschulpolitisch! Als einer von wenigen hatte sich Maier dieser Bewegung schon in der Universität entgegen gestellt, offen für den Diskurs, nicht offen für Zerstörerisches, sondern Pluralismus und Toleranz stets verteidigend. Er wurde zu einer Zeit, in der sich kaum jemand nach diesem dornenvollen Amt drängte, zunächst der jüngste, später der dienstälteste Kultusminister der Republik, höchsten Ansehens obendrein. Ideologischen Grabenkämpfen begegnete er ungetrübt mit Rationalität. Binnen Kurzem hat er vom Kindergarten bis zu den Hochschulen die bildungspolitische Landschaft neu vermessen, darüber hinaus das ganze kulturelle Feld mit Musik (selbst begnadeter Organist!), Theater, Kunst und Denkmalschutz sowie die Verbindung mit den Kirchen gepflegt. Sein Wort fand Gehör über parteiliche und regionale Grenzen hinaus.

BINDUNG AN DAS AMTSETHOS

Warum? Weil er weder zu Vereinnahmungen noch zu Instrumentalisieren war. Seine Selbstständigkeit im Urteil, seine Klarheit in Haltung und Verhalten und seine Bindung an das Amtsethos ließ er nie zweifelhaft werden. Auch die Ministerialen, das „Haus“, hatten zu lernen, dass der ursprüngliche Fremdling sich nicht beherrschen ließ. Natürlich war Parteibindung kein Fremdwort, und die Mechanismen des Politik- und Fraktionsbetriebs erschloss er sich, um handlungsfähig zu sein.

Doch war ihm Parteidisziplin im Zweifel nie oberster Maßstab. Intellektuell untermauerte Eigenständigkeit gilt im politischen Getriebe jedoch nicht unbedingt als Tugend, obgleich sie für dessen Reputation insgesamt eher nützlich erscheint. Hans Maier jedenfalls hat sie auch in tiefere Konflikte mit dem Bayernherrscher Franz Josef Strauß geführt, in denen er nicht nachgab: nicht im Kleinkrieg um Ressortverantwortlichkeit, nicht, als Strauß den Kabinettsmitgliedern nach einer ersten noch eine weitere eidesstattliche Erklärung über korrektes Verhalten in einem delikaten Fall abverlangte, durch die der Kultusminister die Würde des Amtes verletzt sah, und nicht, als Strauß ihm die Hälfte des Ministeriums wegnehmen und seine Zuständigkeit auf den Hochschulbereich beschränken wollte: Maier ließ sich darauf nicht ein und verzichtete ganz, was ihm nicht leichtgefallen ist, jedoch seiner Haltung entsprach. Die ließ er sich vom politischen Betrieb nicht abschleifen, auch wenn er an ihm Gefallen gefunden hatte.

GRÜNDUNG VON „DONUM VITAE“ GEGEN ROM

Im christlichen, im katholischen Engagement, das Hans Maier, betrachtet man Vita und Werk, mindestens gleich wichtig ist wie das wissenschaftliche und politische, verhielt es sich nicht anders. Aus seiner Orientierung hat er nie ein Hehl gemacht, ohne sie je anderen aufzudrängen. Ein anderes als ein offenes Klima war ihm stets fremd. Dass Christen in der Politik nicht klüger sind als andere, dass es keine politischen Patentrezepte aus der Bibel gibt und sich Christen in unterschiedlichen Parteien zu Hause fühlen können – kaum jemand hat es früher und besser formuliert als Hans Maier; so auch, dass der Pluralismus den eigenen Positionen nicht nur Räume eröffnet, sondern im Kern auch verlangt, sie in den öffentlichen Diskurs einzubringen, statt sich wohlfeil spiritualistisch zurückzuziehen.

Wissen, analytische Fähigkeiten und Verantwortungsbewusstsein macht er ethischem Urteilen zur Voraussetzung, über das eng Konfessionelle übrigens hinaus: Katholiken und Protestanten sollten sich nicht nur in der eigenen, sondern auch in der jeweils anderen Kirche wiederfinden: „mit Gottes Hilfe“, gewiss aber auch mit dem Ziel gesteigerter Vernehmbarkeit in der Kakophonie der Meinungen. Speziell innerkatholisch sind dagegen über Jahrzehnte die Mahnungen Richtung Rom: zu einer funktionsgerechten Kurienreform, zu stärkerer Kollegialität und zum Vorrang verantworteter Freiheit. Wie in der Politik forderten auch hier Eigenständigkeiten Autoritäten heraus, wie die unversöhnlich endende nächtliche Auseinandersetzung in Paris mit Kardinal Joseph Ratzinger über die katholische Beteiligung an der Beratung in Schwangerschaftskonflikten zeigt. Jahre zuvor hatte Maier gemeinsam mit Ratzinger ein Buch über Demokratie in der Kirche veröffentlicht. Nun aber mündete der Konflikt in die Gründung von „Donum Vitae“ – gegen Rom.

Auch im Christlichen führt geteilte Gemeinsamkeit in grundsätzlicher Orientierung nicht zur Preisgabe von Haltung und Überzeugung, nur weil Autoritäten widersprechen.

PROGRESSIVER BEWAHRER

Man kann sich natürlich fragen, ob eine knappe Laudatio sich ausgerechnet auf die hier genannten Bereiche konzentrieren soll. Sie soll es: nämlich von der Frage angeleitet, was von einer Persönlichkeit wie Hans Maier nicht in der Rückschau, sondern für Aktualität und Zukunft beispielgebend bleibt, nicht zuletzt im Blick auf die politische Repräsentation gerade in Zeiten sich verändernden, wenn nicht sogar schwindenden angemessenen Rollen- und Amtsverständnisses, auch in Zeiten immer oberflächlicherer Urteilsbildung. Immerhin lässt sich an Maier zeigen, dass die hier in den ersten Zeilen genannten Tugenden eine Chance haben. Voraussetzung: Man folgt ihnen auch, wie der Jubilar, der sich nie gescheut hat, Position zu beziehen. Zeitgeist und Opportunismus Opfer zu bringen, war ihm fremd; Argumente vorzulegen, Gründe und Gegen Gründe in Respekt vor der anderen Meinung abzuwägen, schien ihm unvermeidlich. Auf Stromlinie ist so jemand nicht zu bringen. Aber es nützt dem Amt und seinem Ethos ebenso wie der Gesprächsfähigkeit und der Vermittlungskompetenz seines Inhabers. Daraus wächst natürliche Autorität.

Hans Maier war, wie die wenigen Bemerkungen hier zeigen, auch kein Konservativer. Er selbst schreibt sich in seinen Erinnerungen zutreffend zu, nicht nur bewahrt, sondern auch erneuert und reformiert zu haben und für seine Einsichten nicht längere Zeit gebraucht zu haben als die „Progressiven“. Er fragt: „War bei mir nicht der Groschen manchmal – und gar nicht selten – viel rascher gefallen als bei Liberalen und Sozialisten? Waren diese nicht oft die langsamer lernenden Schüler – hielten sie nicht viel länger an überlieferten Vorstellungen fest als ich?“ Auch dafür spricht einiges. Wem zur rechten Zeit nichts einfällt, der wird dem Zeitgeist hinterherlaufen, statt Gestaltungskompetenz zu entfalten.

Macht und Mäßigung

Die Orientierung der britischen Konservativen zur politischen Mitte

HANS-CHRISTOF KRAUS

Geboren 1958 in Göttingen, seit 2007
Lehrstuhlinhaber für Neuere und
Neueste Geschichte, Universität Passau.

Matthias Oppermann: Triumph der Mitte.
Die Mäßigung der „Old Whigs“ und der
Aufstieg des britischen Liberalkonservatismus,
1750–1850 (Veröffentlichungen des Deutschen
Historischen Instituts London, 83), de Gruyter /
Oldenbourg Verlag, Berlin/Boston 2020, 542
Seiten, 69,95 Euro.

Einer der Begründer der modernen Politikwissenschaft in Großbritannien, Sir Ernest Barker, hat in seinen 1942 erschienenen *Reflections on Government* in bemerkenswerter Offenheit angemerkt, auch Großbritannien habe historische Phasen „totalitären“ Charakters hinter sich bringen müssen; er bezog sich hierbei auf den harten Absolutismus der Tudorzeit (1485 bis 1603), in der das später so gerühmte Parlament kaum etwas anderes als ein Werkzeug des Monarchen gewesen war, und er

hätte auch noch die Zeit des „Parlamentsabsolutismus“ nach 1649 und der Hinrichtung König Karls I. sowie der anschließenden Diktatur des „Lordprotektors“ Oliver Cromwell nennen können. Barker gehörte also zu denen, die die vormals so beliebte geschönte Version der englischen Geschichte als eines vermeintlich permanenten Freiheitsgeschehens ad acta gelegt hatten und die wussten, dass die neuere Geschichte des Landes seit der weitgehend friedlich abgelaufenen „Glorreichen Revolution“ von 1688 eben nur vor dem Hintergrund dieser zweifachen dunklen historischen Erfahrung zu verstehen ist. Die Quintessenz dieser Erfahrung lautet: Friedlich durchgesetzte Reformen sind allemal besser als absolute Königsherrschaft oder Parlamentsdiktatur, Bürgerkrieg oder Revolution. Die aus dieser historischen Erfahrung gezogenen politischen Lehren sowie das geografische Faktum der gesicherten Insellage begründeten seit dem frühen 18. Jahrhundert den inneren und äußeren Aufstieg Großbritanniens zur führenden europäischen Macht.

EINGEHENDE ANALYSE POLITISCHEN DENKENS

Diese Tatsachen sind stets im Blick zu behalten, wenn man die spezifisch britische politische Ideologie der „Old Whigs“, des im ausgehenden 18. Jahrhundert auf der Insel entstandenen Liberalkonservatismus, richtig einschätzen will; ebendieser politischen Richtung hat Matthias Oppermann jetzt mit seiner ausführlichen und grundgelehrten Potsdamer Habilitationsschrift eine gewichtige Studie gewidmet. In der Arbeit geht es darum, „politisches

Denken in den Begründungen von praktischer Politik ausfindig zu machen“ (S. 15); ihr Ziel besteht darin, „eine eingehende Analyse von Burkes Vorstellung von Mäßigung und des politischen Denkens und Handelns der auf ihn folgenden Liberal-konservativen“ (S. 13) vorzulegen. Methodisch fühlt sich der Autor den neueren britisch-französischen Ansätzen einer reflektierten politischen Ideengeschichte verpflichtet, die „einen Mittelweg zwischen der politisch-gesellschaftlichen Kontextualisierung von Ideen und dem genauen Studium politischer Texte“ (S. 17) gehen möchte. Bei näherem Hinsehen erweist sich die Arbeit trotzdem als eher ideen- denn als politikgeschichtlich im engeren Sinne orientiert, denn Oppermann folgt in stärkerem Maße dem Ansatz von Leo Strauss als dem konkurrierenden von Quentin Skinner, und das bedeutet: Der Autor geht von der „Existenz überzeitlicher Ideen“ (S. 19) aus, fühlt sich also offenbar eher einer von der Philosophie herkommenden politischen Ideengeschichte verpflichtet als einer geschichtswissenschaftlichen, streng auf eine präzise historische Verortung politischen Ideenguts dringenden Textanalyse.

Die Arbeit umfasst zwei große Teile: Im ersten, etwas knapperen, wird das politische Denken Edmund Burkes, der nach Oppermann zu einseitig nur als „Vater“ des modernen Konservatismus aufgefasst wird, im Licht der Fragestellung der Studie rekonstruiert (S. 45–181). Im zweiten Teil wiederum wird die Ausformung des britischen Liberalkonservatismus zwischen den traditionellen Tories und Whigs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Anschluss an die zentralen Gedanken Burkes über politische „Mäßigung“, über die Bedeutung von Maß und Mitte in der

Politik dargestellt. Vorangestellt ist ein „Prolog“, der die Frage nach der „politischen Mäßigung“ in Politik und Verfassungsordnung, ausgehend von Platon, Aristoteles, Cicero und Polybios, zu beantworten versucht und dabei über George Savile Halifax („The Character of a Trimmer“, 1684) und Charles de Montesquieu bis zu Burke gelangt.

DAS KONZEPT „BEGRENZTER VOLKSHERRSCHAFT“

Hierbei ist freilich – aus der Sicht des Historikers – zu fragen, inwiefern diese Debatten über Formen politischer Mäßigung und Mischverfassungen im Kontext ihrer jeweiligen Entstehungszeiten nicht mehr sind als realitätsferne „Schattenphänomene“ (S. 33, so Alfred Heuß über Cicero), die mit der konkreten politischen Wirklichkeit kaum etwas zu tun haben. Und das gilt auch dann, wenn diese Konzepte, wie Oppermann meint, als „heuristische Instrumente zur Beschreibung politischen Handelns und Denkens“ tauglich sind; auch deshalb, weil sie „zumindest als Idee über die Jahrhunderte hinweg fortbestanden“ (S. 35), wenn auch, wie hinzuzufügen ist, im Kontext äußerst unterschiedlicher historischer Rahmenbedingungen. Jedenfalls sollte man nicht der Illusion verfallen, man könne die historische Entwicklung gewissermaßen im Zeichen von Maß, Mitte und Mischverfassung „stillstellen“.

Die Rekonstruktion von Burkes politischem Denken im ersten Hauptteil der Studie verbindet ideen- und politikhistorische Analyse, arbeitet die Stringenz und Konsequenz von Burkes Grundideen

während fast eines halben Jahrhunderts (1750–1797) detailliert heraus, betont jedoch ebenfalls die Freiheiten der englischen Verfassung, die Burke als politischer Autor damals nutzen konnte. Hierbei ist natürlich zu beachten, dass er dem politischen System seines Landes affirmativ gegenüberstand (dessen Gegner, wie etwa John Wilkes und andere, wurden in ihren Freiheiten hingegen stark eingeschränkt, was nicht vergessen werden sollte!) und dass er sich als Aufsteiger in den Dienst der führenden sozialen Schicht des Landes, eben des Adels, stellte – was ihm von Karl Marx später das Schimpfwort eines „Sykophanten“ der herrschenden Klasse einbrachte. Leider hat Oppermann nicht die in jeder Hinsicht grundlegende monumentale „Konservativismus“-Studie von Panajotis Kondylis (1986) berücksichtigt, die ihm eine ideenhistorische und vor allem auch konkret-politische Kontextualisierung von Burkes Denken erleichtert hätte. Denn Burkes Konzept von „begrenzter Volksherrschaft“ (S. 117) stellte unter den Bedingungen des unreformierten Parlaments – in einer Zeit also, in der lediglich etwa zwei bis drei Prozent der erwachsenen männlichen Bevölkerung überhaupt das Wahlrecht ausüben konnten und in der das Unterhaus durch den ländlichen Adel, die „Gentry“, dominiert wurde – tatsächlich nicht mehr als eine wohlklingende Chimäre, ein ideologisches Schlagwort oder eben (nach Alfred Heuß) ein „Schattenphänomen“ dar.

Ihre eigentlichen Wirkungen konnten Burkes Ideen deshalb auch nicht in der aufgewühlten Epoche der Französischen Revolution ausüben, sondern erst – das wird von Oppermann im zweiten Teil seiner Studie ausführlich erörtert – in den politisch ruhigeren Jahren nach dem Wiener

Kongress, vor allem nach der großen englischen Parlaments- und Verfassungsreform von 1832. Zwei der führenden konservativen Politiker dieser Ära, George Canning und Robert Peel, erweisen sich, so die überzeugende These des Buches, als die wahren geistigen und politischen Erben Burkes, indem sie sich als Tories von den älteren Glaubenssätzen ihrer Partei nach und nach verabschiedeten und in Annäherung an die Liberalen eine Politik der politischen Mitte vertraten.

Peel spaltete nach 1846 sogar die Konservative Partei, um in Kooperation mit den Liberalen einen Übergang zur Freihandelspolitik zu ermöglichen. Diese Orientierung an der politischen Mitte im Wechsel von „Liberal-Tories“ zu „Liberal-Conservatives“ in den 1830er- und 1840er-Jahren führte im Resultat zu einer im eigenen Selbstverständnis am Ideal der Mäßigung orientierten Politik, die in ihrer gedanklichen Grundlegung auf die – immer wieder missverstandenen – Ideen Edmund Burkes zurückgeht. Genau dieser Nachweis ist dem Verfasser in seiner überaus präzisen Rekonstruktion des politischen Denkens und Handelns von Canning und Peel hervorragend gelungen.

VERMEINTLICH ÜBERZEITLICHE IDEEN

Freilich wird die Grenze zwischen vermeintlich „überzeitlichen“ Ideen einerseits und dem politischen Interessen- und Machtkampf verschiedener Epochen andererseits nicht immer genau gezogen, und deshalb kommt die von Oppermann mit gutem Grund gestellte Frage nach dem „Wann und Wie“ (S. 243), also nach

den konkreten historisch-politischen Kontexten, in denen Ideen entstehen, wirksam werden – oder eben auch an den Rand gedrängt und marginalisiert werden –, nicht immer in den Blick. Es sollte jedenfalls nicht übersehen werden, dass die „mäßigenden“ Ideen des Liberal-konservatismus oder konservativen Liberalismus vor allem in den außenpolitisch weitgehend windstillen Jahrzehnten nach dem Wiener Kongress ihre große Zeit hatten, in der das Inselreich nicht nur konsequent an der Vergrößerung seines Empire arbeiten konnte, sondern auch den Kontinent durch seine geschickte Politik dominierte.

MACHTLAGEN UND GEDANKENPHÄNOMENE

Mit anderen Worten: Von einem „Triumph der Mitte“ kann also nur für die von Oppermann eingehend untersuchten Jahre zwischen 1815 und 1850 mit Recht gesprochen werden, kaum jedoch für die späteren Krisenzeiten etwa zwischen 1885 und 1990, die auch auf den Britischen Inseln von starker politischer Polarisierung und internationaler Konflikträchtigkeit geprägt waren. Der Gedanke der Mäßigung kann auch im britischen Fall nur sehr begrenzt als „überzeitliches“ Ideal angesehen werden. Denn sieht man genauer hin, berücksichtigt man historische Lagen und Kontexte, achtet man auf konkrete politische Verortung eines jeweils bestimmten politischen Denkens und Handelns – dann erst kommen die eigentlichen Machtlagen und die wirklichen Interessen in den Blick, die jenem Denken erst die Durchschlagskraft verleihen, die

es als reines Gedankenphänomen niemals haben könnte.

Innenpolitisch diente die harmonisierende Rede von Maß und Mäßigung vor allem dazu, die Herrschaft einer (erst überwiegend adligen, dann großbürgerlich-adlig gemischten) traditionellen Oberklasse gegen die Ansprüche des dritten und später des vierten Standes zu legitimieren; *außenpolitisch* ging es nur vordergründig um Harmonie und Frieden, im Kern jedoch um Aufrechterhaltung der als „Pax Britannica“ deklarierten angelsächsischen Dominanz der Weltpolitik, um die Wahrung britischer Großmacht-

interessen und vor allem der maritimen Vorherrschaft; *wirtschaftspolitisch* wiederum wurde der Freihandel als Ideal propagiert – doch auch dieser nicht, wie die freundliche Legende sagt, als Instrument des Friedens, sondern als Versuch einer Institutionalisierung britischer wirtschaftlicher Überlegenheit sowie als Instrument zur Ausschaltung oder Marginalisierung handelspolitischer Konkurrenz. Kurz gesagt: Aus Oppermanns grundgelehrter und materialreicher Studie ist viel zu lernen, auch wenn sie gelegentlich gegen den Strich gelesen werden muss.

PUBLIKATIONEN

Am 26. Februar 2021 wurde der Sammelband *Deutsche Christliche Demokraten in Europa* veröffentlicht. Die Autorinnen und Autoren untersuchen die Rolle, die deutsche Christdemokratinnen und Christdemokraten bei der Gestaltung der europäischen Institutionen und der Besetzung von Spitzenämtern gespielt haben.

Die am 4. März 2021 erschienene Studie *Bürgerräte als Zukunftsmodell* stellt die Potenziale und Grenzen dieser Form der Bürgerbeteiligung vor. Sie untersucht die konkrete Ausgestaltung des Prozedere, mögliche Umsetzungsprobleme und deren Lösungsansätze. Dabei werden auch die Erfahrungen in anderen Ländern ausgewertet.

Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft schwer getroffen. Diverse Hilfspakete unterstützen die Unternehmen, erhöhen jedoch die staatliche Schuldenlast. In diesem Zusammenhang zeigt die am 25. März 2021 erschienene Studie *Corona und die Staatsschulden: ein Plädoyer für die Schuldenbremse* auf, warum die Schuldenbremse ein erfolgreiches Instrument ist, das möglichst bald wieder eingesetzt werden muss.

In der Publikation *Einsatz für Religionsfreiheit – gestern, heute, morgen*, die am 30. März 2021 erschienen ist, kommen nationale und internationale Expertinnen

und Experten aus der Zivilgesellschaft sowie deutsche und europäische Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Interviews zu Wort. Sie blicken auf ihr Engagement für Religionsfreiheit zurück und bewerten die bestehenden Herausforderungen.

Die am 6. April 2021 erschienene Studie *Regionale Vielfalten vor der Bundestagswahl 2021* befasst sich mit regionalen Unterschieden hinsichtlich der Nähe zu und der Ablehnung von Parteien. Sie geht der Frage nach, wo es regionale Hochburgen gibt und wie der politische Raum verteilt ist. Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage werden grafisch auf Landkarten dargestellt.

PERSONALIA

Im Juli 2021 wird Florian Feyerabend die Leitung des Länderprojekts Vietnam übernehmen; Matthias Schäfer wird das Länderprojekt Algerien leiten; Johann Fuhrmann übernimmt die Leitung des Büros in Peking; Philipp Bremer übernimmt das Regionale Rechtsstaatsprogramm Nordafrika/Nahost mit Sitz in Beirut; Heiko Herold übernimmt das Büro in Shanghai, und Ellinor Zeino wird das neue Regionalprogramm Südwestasien leiten und damit in Afghanistan und zu Pakistan sowie der Rolle des Iran in der Region arbeiten.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2021 zum Thema

Mittelmeer
—
Konflikte und Perspektiven

Mit Beiträgen unter anderen von Aboubakr Jamaï, Kristina Kausch, Michaël Tanchum und Johann David Wadephul.

IMPRESSUM

Nr. 568, Mai/Juni 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 310-333
kas@frommrasch.de

Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



TABULA RASA

Das erfolgreiche Videospiel „The Last of Us“ gilt als Exponent eines neuen kulturellen Trends, der sich ebenso in Literatur und Film widerspiegelt: die Postapokalypse.

Mit Landschaftsbildern über großstädtischen Ruinen (Seattle) nimmt es Abschied von der Zivilisation: Der „Systemfehler Mensch“ ist zurückgedrängt, die Natur hat wieder das Sagen. So grün ist noch nie eine Apokalypse gewesen: auf Trümmern das Paradies!

Die Angst vor Ausrottung scheint überwunden; entscheidend ist, was kommen könnte. Wofür stehen die Idyllen des Untergangs? Für den Wunsch nach radikalen Neuanfängen? Sind womöglich neue Gesellschaftsentwürfe im Werden?

Foto: © Sony Interactive Entertainment



